Nr. 236. 23. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 10. Oktober 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Quittung.

Im Monat September gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Groß-Berlin a Konto seiner 8 Wahlkreise 10 000,— (darunter Vierprozente der Möbelfabrik Nitsch 5,—, von den Arbeitern der Möbelfabrik Groschkus 28,45, von den Arbeitern der Möbelfabrik Siegmann u. Co. 30,—, von den Arbeitern der Möbelfabrik Wiesnewski 15,—, von den Arbeitern der Firma Landé 5,—, Sechserkasse der Bezirke 177a u. 177c 12,30, Ueberschuß vom Sommerfest der Bezirke 190, 190a u. 190b im „Elysium" 30,10, Reichst.-Wahlbez. 355 13,30, Parteibeiträge A. 1,50, Arbeiter der Möbelfabr. H. u. A. Schultz 27,25, Ueberschuß vom Vergnügen der Stadtbez. 179 und 180 100,—, Alt 31,—, Vierprozente Bau Aschinger 14,—, Bau Tauentzienstr. 17 5,—, Tischlerei Berger, Wienerstraße 5,—, Beiträge für 2. Qu. B. 3,—, Stadtbez. 102 15,—, Bau Ganser, 4 Raten a 6 M. 24,—, für das nicht getrunkene Falkenhagener Achtel 4,50, von den Putzern der Firma Hartung 17,50, A. B. Mister 1,—, alter Parteigenosse Buchholzerstraße 5,—, Baukantine Reichmutstr. 29 b „Uebern See gefahren" 2,50, Stukkateure der Firma Krüger u. Lauermann, Bau Bellevuestraße, Vierprozente 1,60, Stukkateure und Rabitzer desgl. 15,50, Bau Aschinger, Königgrätzerstraße, desgl. 14,—, Putzerkolonne Wilhelm 10,—, Kranzüberschuß für Genosse Willer 3,40, Vierprozente d. Bautischlerei Martens 15,80, Referat Dr. Hadek 6,—, Ueberschuß d. Herrenpartie d. Fa. Stern, Seelig u. Co. d. Herm 5,—, Ueberschuß der Kranzspende von den Angestellten der Fa. L. Kliemt 3,60, V. A. d. K. G. B. u. U. n. b. F. 0,40, Jule, Ritterstr. 85, 3. Quartal 20,20, Bau Unter den Linden, Ganser, zwei Raten 12,—). Berlin, diverse Beiträge: C. L. 1,—. Buchdruckerei-Hülfsarbeiter im „Vorwärts", 3. Quartal 5,—. A. Du., Diessenbachstr. 3,—. Ges. von den Maurern altes Kriminalgericht 8,75. V. d. Rabitzputzern, Spannern u. Trägern, Neubau Rotherstraße der Firma Boswau u. Knauer 18,60. Vierprozente v. Bau A. E.-G., Voltastraße 10,—. Machetes Aug.—Sept. 10,50. H., 3. Kr. Rückzahlung 10,—. Die Kontobucharbeiter vom Wedding 5,—. Parteibeitrag v. E. H. 5,—. Dr. L. A. 100,—. S. Ch. 96 bei einem gemütlichen Beisammensein 1,40. Jule II, Ritterstraße 10,—. Munition zum Kampfe für Wahrheit und Recht 5,—. P. S. 50,—. A. B. 50,—. Von Mitgl. d. U.-Dr. 11,50. C. D., Guhrau 2,—. Buchach, C. K. 3,—. Bern 50,—. Beelitz, Heilstätte B. I. durch Sander 5,—. Cöln a. Rh., stiller Genosse 3,—. Deutsch-Amerikaner d. Sassenbach 3,—. Durlach, 9. badischer Wahlkreis April—Juni 226,20. Dresden, 4. sächs. Reichstagswahlkreis 2000,—. Dessau-Zerbst, Wahlkreis 38,—. Dortmund, v. d. Setzern u. Druckern der „Arb.-Ztg." durch A. B. 100,—. Ellefeld i. Vgtl., ges. zum 40. Geburtst. d. Gen. M. 13,10. Falkenberg (Oberschl.) 3,—. Greiz, sozialdemokr. Verein f. d. Wahlkr. Reuß ä. L. 144,—. Hagenau-Weißenburg, Wahlkr. 12,76. Hildesheim, 10. hannoverscher Wahlkreis, erstes Halbjahr 1906 178,62. Halle und Saalkreis 300,—. Hamburg, im Monat September in d. Exped. d. „Hamb. Echo" eingegangen 187,90. Kattowitz, sozialdemokr. Verein 10,—. Königsberg-Land-Fischhausen, sozialdemokr. Verein 81,—. Lemgo (Lippe), 20 Proz. d. Einnahmen im 1. Halbj. 06 61,32. Luckenwalde, Rufus 5,—. München, Gau Südbayern, 2. Quart. 06 218,90. M.-Gladbach, A. A. 5,—. Molsheim-Erstein, Wahlkreis 5,52. Metz, Bezirk Lothringen 1. Halbj. 06 48,—. München, Waldläufer 5,—. Neuenhagen, unvorhergesehene Umzugsunterstützung 20,—. Neustadt in Holstein, 9. schlesw.-holstein. Wahlkr. 29,46. Nürnberg, S. 3,—. Oberlangenbielau, von Arbeitern aus dem Eulengebirge 100,—. Ohlau-Strehlen-Nimpsch, Wahlkr. 2. Quart. 25,60. Ober-Schöneweide, von einem Reservemann 5,—. Rappoltsweiler, Wahlkreis 10,64. Rixdorf, die Parteikasse der Arbeiter v. Pardemann u. Co. 25,—. Schwenningen, 9. württemb. Wahlkr. 2. Quart. 06 112,40. Stuttgart, 1. württemberg. Wahlkr. 2. Quart. 06 400,—. Straßburg i. Els., Stadt 201,80. Stuttgart, G. U. 10,—. Schöneck i. Vgtl., Rest der alten Parteikasse b. Auflösung 132,76. Ulm, Halbjahrsbeitrag v. 14. württemb. Wahlkreis 96,30. Vierzehnter sächs. Reichstagswahlkr. (Borna), 20 Proz. der Einnahmen v. Rechnungsjahr 1905/06 250,—. Weißensee, Sechserkasse der Möbelfabrik Schirn 30,—. Waidmannslust, für Recht und Freiheit 10,—.

Berlin, den 8. Oktober 1906.

Für den Parteivorstand: A. Gerisch, Lindenstr. 69.

Der nationalliberale Parteitag.

Dem sozialdemokratischen Parteitage in Mannheim folgte in den letzten Tagen der Parteitag der Nationalliberalen im altertümlichen Goslar — der ernsten dramatischen Handlung das heitere Possenspiel. Die Generalstäbler der nationalliberalen Fraktionen des Reichs- und preußischen Landtages hatten die Tagung in Goslar dazu ausersehen, den Eindruck des vor vier Wochen in Hannover abgehaltenen „Jugendtages" der nationalliberalen Jungen zu korrigieren. Die scharfe Kritik an der Betätigung der nationalliberalen Fraktionen, die sich in Hannover die Jungen in überschäumender Redseligkeit geleistet hatten, paßte den in Amt und Würden sitzenden „Alten" nicht in ihre wohltemperierte, staatsmännische Politik. Die Entgleisung von Hannover mußte repariert, der nationalliberale Frachtzug wieder auf das alte Gleise geschoben werden. Deshalb boten in den letzten drei Wochen die „Alten" in der Presse und den nationalliberalen Vereinchen ihren ganzen Einfluß auf, die Gärung des jugendlichen Mostes zu dämpfen und der Tagung in Goslar einen sogenannten würdigen Abschluß zu sichern. Das ist ihnen völlig gelungen. Der nationalliberale Parteitag in der alten Harzstadt hat sich völlig auf dem Niveau früherer Veranstaltungen dieser Art gehalten; er hat nirgends das zulässige, gewohnheitsmäßige nationalliberale Mittelmaß überschritten. Es ist auf ihm kein einziger Gedanke ausgesprochen worden, der nicht durch Tradition und Alter schon längst sich im nationalliberalen Gedankenkomplex ein Bürgerrecht erworben hätte.

Der nationalliberale Parteitag in Goslar hat bewiesen, daß die „Alten" vorläufig noch und voraussichtlich noch für lange die Leitung der Partei völlig in der Hand haben. Er hat damit bestätigt, wie recht wir hatten, als wir nach dem hannoverschen Jugendtage vor der Ueberschätzung der jung-nationalliberalen Opposition und der hervorgetretenen Differenzen zwischen der sogenannten alten und jungen Richtung warnten. Schon das Auftreten der als Vertreter der nationalliberalen Fraktionen in Hannover erschienenen Herren Bassermann, Paasche und Friedberg zeigte, wie sicher sie der Zustimmung der maßgebenden nationalliberalen Kreise zu ihrer Politik waren. Und wem es dieses Auftreten nicht bekundete, den lehrte es die sich an den „Jugendtag" anschließende Preßdiskussion, in der kein nationalliberales Blatt von einiger Bedeutung die in Hannover beschlossenen Wohnungsreform- und Wahlrechts-Resolutionen rückhaltslos anerkannte, wohl aber selbst linksnationalliberale Blätter wie z. B. die „Magdeburgische Ztg.", die von den Führern der „Jungen" in Hannover gehaltenen Reden als Zeugnisse politischer Unreife verspotteten und die Redner als Poseure und Phraseure bezeichneten.

Aeußerlich, das heißt soweit es sich um die bloße Form nationalliberaler Parlamentsreden, Aufrufe, Zeitungsartikel ꝛc. handelt, wird wohl in nächster Zeit der „liberale Gedanke" öfter und entschiedener betont werden. Derartige äußerliche Zugeständnisse an die liberale Phrase verfehlen auf die naiven ideologischen Elemente, die sich in den nationalliberalen Jugendvereinen zusammengefunden haben, eines gewissen Effektes nicht und verpflichten die in den Parlamenten hinter den Kulissen techtelmechtelnden Macher zu nichts. Aber zu irgend einer wesentlichen Aenderung ihrer bisherigen „staatsmännischen" Politik und Taktik verspüren weder die parlamentarischen Leiter des Nationalliberalismus, noch die hinter diesen stehenden maßgebenden Kreise der nationalliberalen Anhängerschaft die geringste Neigung. Man braucht sich nur die in Goslar gehaltenen Reden sowie den Beifall und Widerspruch, den diese bei den Parteitagsdelegierten fanden, anzusehen, um das zu erkennen. Waren es doch gerade vielfach die reaktionärsten, die bisherige „bewährte vaterländische" Schacherpolitik der nationalliberalen Fraktionen verteidigenden und lobpreisenden Aeußerungen, welche die stärksten Beifallsstürme entfesselten, so z. B. die Aeußerung des Reichstagsabgeordneten Hieber, die nationalliberale Partei halte trotz aller Kolonialskandale an der Ueberzeugung fest, „daß die Kolonialpolitik für das deutsche Volk eine nationale, soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit" sei, seine Verteidigung hoher Agrarzölle und seine Verspottung jener Liberalen, welche „die Wahrung des deutschen Bauerninteresses" als Junkerknechtschaft und Ostelbiertum bezeichnet haben. Selbst als er in seinem Referat die Behauptung aufstellte, das neue preußische Volksschulverpfaffungsgesetz stände mit den liberalen Grundsätzen durchaus nicht im Widerspruch, regte sich in der Versammlung nur mäßiger Widerspruch, der durch den lebhaften Beifall bald erstickt wurde.

Noch charakteristischer für das in Goslar vertretene Liberalitätsmaß ist es jedoch, daß Herr Professor Paasche während seiner langen Rede besonders dann lebhaften Beifall fand, als er erklärte, die nationalliberale Partei sei stolz darauf, durch ihre Mitwirkung an der Reichsfinanzreform dafür gesorgt zu haben, daß „für das Reich eine solide finanzielle Grundlage" geschaffen worden sei, und daß ferner Herr Kramer-Hagen sogar unter lebhafter Zustimmung des größten Teils der Parteitagsbesucher die Forderung stellen konnte, daß bei den nächsten allgemeinen Reichstagswahlen die nationalliberale Partei in allen rheinisch-westfälischen Industriebezirken mit dem Zentrum Hand in Hand gehen solle, um die Auslieferung dieser Kreise an die Sozialdemokratie zu verhüten.

Und dann die niedliche Schiebung bei der Abstimmung der Resolution Elberfeld-Barmen! Beide Städte hatten zu der Debatte über die Haltung der nationalliberalen Fraktionen des Reichstages und des preußischen Landtages einen Antrag gestellt, der mit den Sätzen begann:

„Der Vertretertag der nationalliberalen Partei hält bei vollster Wahrung des bisherigen nationalen Standpunktes die nachdrücklichste Betonung der liberalen Forderungen in Uebereinstimmung der Eisenacher Beschlüsse für dringend geboten. Er beauftragt dementsprechend den Zentralvorstand, auf dem 1907 in Kassel stattfindenden Vertretertage eine Entschließung herbeizuführen, durch welche die Richtlinien der nationalliberalen Politik erneut festgelegt werden."

Bereits diese mäßige Ermahnung ging aber den „bewährten" alten Stützen des Nationalliberalismus zu weit. Herr Struckmann, Hildesheims nationalliberaler Bürgermeister, gab den Sätzen die gewünschte mildere Fassung, und schließlich wurde von der Versammlung als Anhang zu einem Antrag des Zentralvorstandes, der die Vorbereitung der nationalliberalen Wahlvereine zu den nächsten Reichstagswahlen forderte, die Elberfelder Resolution in folgendem Wortlaut angenommen:

„Der Vertretertag fordert die nationalliberale Wählerschaft auf, dabei in Uebereinstimmung mit den Eisenacher Resolutionen unter vollster Wahrung des nationalen Standpunktes die liberalen Forderungen der Partei mit Entschiedenheit zu vertreten und ihnen zum Siege zu verhelfen."

Enthielt die erste Fassung eine Aufforderung an die Fraktionen, die liberalen Forderungen „nachdrücklichst" zu betonen, so richtet die zweite Fassung diese Aufforderung an die nationalliberale Wählerschaft. Außerdem aber fehlt in der Struckmannschen gemilderten Resolution die Forderung, daß auf dem nächsten nationalliberalen Parteitage erneut die „Richtlinien der nationalliberalen Politik" festgelegt werden sollen. Sich durch irgend welche derartige Festlegungen in ihre „nationale Politik" hineinreden zu lassen, sind die Kapazitäten des Nationalliberalismus nicht geneigt. Dagegen akzeptierten sie gern folgende kombinierte Resolution Elberfeld-Barmen-Köln-Moldenhauer-Hübsch, die das Fortwursteln in den „bewährten Grundsätzen" gestattet:

„Der Vertretertag spricht die Erwartung aus, daß die Partei sich auch fernerhin im Sinne positiver Mitarbeit an den politischen Aufgaben des Reiches und der Einzelstaaten beteiligen werde. Er fordert die Parteigenossen auf, einmütig und entschlossen den Kampf für die bewährten Grundsätze zu führen. Der Vertretertag betrachtet es als die Aufgabe der Partei, den Sammelpunkt für alle liberalen Elemente unseres Volkslebens zu bilden, indem er von der Ueberzeugung ausgeht, daß Engherzigkeit und Einseitigkeit nur zur Zersplitterung und Schwächung des Liberalismus führen muß."

Ein würdiges Ende der Goslarer Burleske!

Mögen freisinnige Blätter von einem nur schwer überkleisterten Riß in der nationalen Partei, von einer offenkundigen Linksschwenkung usw. reden. Der Stamm des Nationalliberalismus ist viel zu sehr angefault, als daß aus ihm kräftige neue Triebe zu entsprießen vermöchten. Stärker als das Wollen sind die realen Machtfaktoren des politischen Lebens, und sie drängen den Nationalliberalismus nicht nach links, sondern nach rechts. Weit kräftiger als die jungnationalliberalen sind die konservativen Strömungen innerhalb der nationalliberalen Partei. Seit die nationalliberale Partei ins schutzzöllnerische Lager abgeschwenkt ist und sich am 30. August 1880 der linke Flügel unter Bamberger und Rickert von der Hauptgruppe trennte, hat sie nach und nach immer mehr ihre Anhängerschaft im handel- und geschäftstreibenden Bürgertum der größeren Städte verloren. Bekanntlich hat bei den letzten allgemeinen Reichstagswahlen im Jahre 1903 die nationalliberale Partei in keiner der deutschen Großstädte ein Mandat erlangt. Selbst in den größeren Mittelstädten verliert sie ständig an Terrain. Ihre Mandate holt sie hauptsächlich aus den kleineren Mittel- und Landstädten, d. h. aus halbländlichen Kreisen; und in diesen ist sie, will sie nicht auf die Stimmen der ländlichen Wähler verzichten, gezwungen, deren Wünschen möglichst entgegenzukommen, also halbkonservative Politik zu treiben.

Tatsächlich ist die jung-nationalliberale Bewegung denn auch nur ein Großstadtkind — die Reaktion der dem Nationalliberalismus noch im großstädtischen Bürgertum, speziell in dessen liberalen Berufen treugebliebenen Anhängerschaft gegen das immer weitere Hinüberrücken der Partei nach rechts. Aber diese Bewegung ist keine prinzipielle; sie entspringt aus keiner wesentlich verschiedenen Auffassung der Parteigrundsätze und der politischen Lage. Sie ist lediglich opportunistischen Charakters. Ihr Motiv ist nur die Erkenntnis, daß die nationalliberale Anhängerschaft in den größeren Städten stetig schwindet und sich, wenn die nationalliberale Partei in bisheriger Richtung weiter marschiert, der übriggebliebene Rest noch mehr vermindern wird.

Doch eine Rückkehr zu der politischen Haltung, die sich einst in ihren Jugendtagen die nationalliberale Partei leisten konnte, ist heute unmöglich. Die jungliberale Bewegung mag dazu führen, daß in einige nationalliberale Stadtvertretungen ein etwas freierer liberaler Geist einzieht, vielleicht auch in einige süddeutsche Landtage; aber an der Richtung der nationalliberalen Politik im Reiche und in Preußen vermag sie nichts zu ändern. Diese wird vielmehr durch die Rücksicht auf den Mandatenbesitz immer weiter nach rechts gedrängt. Wahrscheinlich werden wir schon bei den nächsten Reichstagswahlen sehen, daß in den westfälischen und manchen rheinischen Wahlkreisen die Nationalliberalen mit dem Zentrum gemeinsam gegen die Sozialdemokratie marschieren, die alte Kulturkampfpartei Arm in Arm mit den Ultramontanen! —

Die russische Revolution.

Zu Ende mit ihrem Latein.

Die russische Regierung, die sich sonst doch so gut aufs Lügen und Entstellen — vornehmer ausgedrückt: aufs „Dementieren" — versteht, ist nicht imstande, die Feststellungen ihres Finanzministers Kokofzeff über die trostlose Leere der Staatskasse zu entkräften. Sie läßt nun wenigstens eine beschönigende und verschleiernde „Klarstellung" der Situation durch die amtliche „Handels- und Industrie-Zeitung" verbreiten.

Da heißt es denn z. B., daß die in Kokofzeffs Schreiben an Stolypin angeführten Ziffern „nichts Neues" enthalten! Ein Defizit von etwa 101 Millionen Rubel wird in aller Gemütsruhe zugegeben, aber mit rosigem Optimismus wird die finanzielle Situation so dargestellt, als ob es ein leichtes sei, jenes kleine Minus zu decken! Um diese Behauptung zu „beweisen", operiert die „Handels- und Industriezeitung" mit Hoffnungen auf hohe Ueberschüsse aus den Monaten Oktober—November—Dezember 1906. Die Möglichkeit aber, daß jene Hoffnungen sich leicht als trügerisch erweisen könnten, wird gar nicht in den Kreis der Betrachtung gezogen! —

Wenn die russische Regierung schon gar verlernt hat, so genial zu — „dementieren" wie früher, dann muß es in der Tat sehr schlimm um sie bestellt sein.

Finnland in Gefahr!

Helsingfors, 5. Oktober 1906.

Immer klarer und klarer stellt es sich heraus, daß die geheimnisvollen Mord- und Raubüberfälle, die einen politischen Charakter zu haben schienen, die Bombenattentate und Brandstiftungen der letzten Zeit, sowie auch die Gerüchte über die Sprengung der Nikolaikirche in Helsingfors am 18. September (während des Schlußaktes der Landtage) und der städtischen Gaswerke von einer Sippe verübt bezw. verbreitet worden sind, die im Solde der „wahren russischen Leute" steht. Die Bomben und deren Ueberreste, die an den Explosionsorten gefunden wurden, weisen die gleichen Fabrikationsmerkmale auf. In einem der Posträuber von Sydämaa, die ergriffen werden konnten, wurde ein Mensch erkannt, der ganz bestimmt im Dienste der russischen Gendarmerie steht. Die Provokateure, die leicht erregbare Personen zu Gewalttaten auffordern, verfügen über reichliche Mittel; sie haben angeblich Bomben und Waffen aller Art und sind bereit, solche auszuteilen, wenn es gilt, einen Gewaltakt auszuführen. Neulich, als ein Trupp Meuterer aus Sveaborg über Helsingfors nach Rußland transportiert wurde, suchten die Provokateure Anhang, um die verurteilten Opfer zu „befreien"! Sie rechneten auf die revolutionäre Begeisterung und glaubten, für ihren Plan Kräfte gewinnen zu können. Sie sprachen dabei von Bomben, Revolvern und Gewehren, welche sie am Landungsplatze austeilen wollten! Die Sache war jedoch so plump eingefädelt, daß man den Burschen auf die Spur kam. Es war den Provokateuren darum zu tun, ein Attentat mehr zu verüben, um der Welt zu zeigen, wie notwendig in Finnland „das strenge russische Regiment" sei!

Soeben erhalten wir die Nachricht, daß die Regierung in Wiborg einen Militärputsch plant, um die dortige Garnison von revolutionären Mannschaften zu reinigen, bevor diese der Regierung schädlich werden können, und — um Grund zu haben, das Gebiet in Kriegszustand zu versetzen. Es wird immer wahrscheinlicher, daß die Regierung auch den Sveaborger Aufstand planmäßig provazierte, um ihn für ihre Zwecke zu fruktifizieren!

Es ist ja bekannt, daß die „wahren russischen Leute" niemals ein Hehl daraus gemacht haben, wie wenig es ihnen gefällt, daß Finnland anders verwaltet wird als sonst die Gouvernements in Rußland. Sie haben es immer gesagt, daß Finnland mit seiner Konstitution und Volksvertretung für Rußland ein gefährliches Beispiel darbiete und die russischen Revolutionäre geradezu provoziere, für Rußland dasselbe zu fordern, was Finnland zugestanden sei. Als die finnische Revolution im Oktober 1905 von Erfolg gekrönt ward, gerieten die „wahren russischen Leute" außer sich. Ihre Erbitterung wuchs von Tag zu Tag und erlangte die Höchstgrenze, als der gottgesalbte Zar in seiner Thronrede die siegreiche Revolution sanktionierte, indem er der Ständevertretung für ihre Arbeit dankte und sich mit ihren Bemühungen einverstanden erklärte. Diesen Fehler wollen die „wahren russischen Leute" korrigieren. Sie wollen vor allen Dingen Rußland, aber auch der Welt und ganz besonders dem Zaren zeigen, daß sie sich allesamt geirrt haben in der Annahme, das Leben in Finnland könne sich unter der sogenannten Konstitution entwickeln. Nein! Die Konstitution kann nur Mord, Raub, Attentate, Brandstiftungen und den Krieg aller gegen alle bedeuten. Da nun aber diese furchtbaren Zustände — trotz der Konstitution — doch nicht von selbst in Erscheinung treten wollten, helfen die „wahren russischen Leute" auch in Finnland der „Vorsehung" gütigst nach, damit die Geschichte ins richtige Gleise kommt. Morde, Attentate, Brandstiftungen usw. lassen sich mit Hülfe von Geld machen! Und man muß sagen, daß die bisherige „Arbeit" dem „Schwarzen Hundert" in Finnland geglückt ist. Fast niemand ist ertappt, obwohl man die Bösewichter beinahe in der Hand hatte, wie z. B. in Porvoo, wo man einen Mann eine Hauswand mit Petroleum hat tränken sehen, aber doch nicht festnahm! — Ganz als ob die Polizei mitbezahlte Helferin wäre. Die Polizei in Helsingfors verhaftet ruhige Leute und Soldaten, die die Marseillaise singen, weil dieses Lied der russischen Regierung nicht gefällt, aber der Attentäter, Mordbrenner und Bankräuber kann sie nicht habhaft werden! — Sie verfolgt die ruhigen, durch die russische Regierung von Haus und Hof verjagten Emigranten, aber die im Solde der Obermordbrenner von Rußland stehenden Provokateure läßt die Polizei „arbeiten"! Wenn die Mache der Mordbrenner jetzt ans Tageslicht kommt, so ist das nicht ein Verdienst der Polizei, sondern der russischen Revolutionäre und Emigranten.

Man könnte nun fragen, weshalb die russischen Mordbrenner gerade den gegenwärtigen Zeitpunkt für ihre Aktion als besonders geeignet ausgesucht haben. Nun — erstens weil die Thronrede die Oktoberrevolution gerade jetzt sanktioniert hat und zweitens weil Nikolaus sich gegenwärtig in den finnischen Gewässern befindet! Da der Zar sich in Finnland befindet, sind die Augen aller kaisertreuen Russen auf Finnland gerichtet, daher muß das Feuerwerk, das hier abgebrannt werden soll, besonders wirksam sein. Und das Schauspiel soll doch auch auf den Zaren selbst wirken. Die in Brand gesteckte Stadt Lovisa, in der im Verlaufe von 12 Stunden vier große Brände stattfanden, von denen zwei erstickt werden konnten, liegt nicht allzu weit vom zarischen Ankerplatz. Das Schauspiel soll beim Zaren das Bewußtsein und die Erkenntnis hervorrufen, daß er sich geirrt hat, als er die Einführung der Konstitution in Finnland zugab und die Thronrede in der veröffentlichten Fassung unterschrieb. Es soll ihm leicht gemacht werden, das alles zu widerrufen und seine zarische Zustimmung zur Einführung einer wahren russischen Regierung in Finnland zu geben. Wie diese aussehen würde, kann man sich leicht vorstellen, wenn man weiß, daß die „wahren russischen Männer" gerade den Blutmenschen Meller-Zakomelski zum Generalgouverneur von Finnland machen wollen.

Nur der Erfolg der Revolution in Rußland kann die Scheinkonstitution von Finnland in eine wahre Konstitution verwandeln und die Freiheit und Sicherheit in Finnland verbürgen.

Die Arbeitspartei.

Im Frühling 1906 hat sich in Petersburg eine Gruppe gebildet, die sich die Aufgabe stellte, eine neue Partei zu bilden, nämlich die Volks-Sozialistische oder Arbeitspartei, „Trudowaja (Narodno-Sozialistitschoskaja) Partija". Nicht „Arbeiter"partei, sondern „Arbeits"partei wurde sie benannt. Jetzt hat sich das Organisationskomitee gebildet, das bis zur Einberufung des konstituierenden Kongresses der Partei diese leiten wird, und soeben ist die erste Nummer der „Revue" der Partei erschienen.

Eine hervorragende Rolle spielen in der neuen Partei einige Schriftsteller, die in ihrer Weltanschauung auf dem Boden der sozial-revolutionären Partei, wenigstens in ihrer gemäßigteren Form stehen oder ihr nahe gestanden haben. Gleichzeitig finden sich in ihr parteilose, sozialistisch angehauchte demokratische Elemente. Dem Organisationskomitee gehört auch Sadolotnyj an, einer der ehemaligen Führer der Arbeitsgruppe in der Duma, ferner der Schriftsteller Tann, der außerhalb der Parteien stand und sich besonders für die Entwickelung der Bauernorganisationen interessiert hat. Die markantesten Mitarbeiter der Zeitschrift „Ruhkoje Bogatstwo", Annenski, Mjakotin und Peschekhonoff sind Mitglieder des Organisationskomitees. Die Partei soll keine konspirative, sondern eine offene sein! Sie will solche Aufgaben erfüllen, welche nach ihrer Meinung die konspirativen sozialistischen Parteien sich gegenwärtig nicht stellen können; sie will an erster Stelle breite Massen des arbeitenden Volkes offen organisieren und verschiedenartige Elemente in sich vereinigen. Deshalb hat sie ihr Programm ausgeprägt opportunistisch gestaltet.

Das Programm der Partei wird endgültig erst vom konstituierenden Parteikongreß festgestellt werden. Der Entwurf des Programms ist aber bereits veröffentlicht worden. „Die Partei dient danach dem Interesse der Arbeit, deshalb nennt sie sich Arbeitspartei." Sie ist die Partei aller Arbeitenden, der Proletarier, der Bauern und der intellektuellen Arbeiter: „Sie dient nicht den Interessen einer Klasse, sondern den Interessen des gesamten arbeitenden Volkes; deshalb nennt sie sich Volkspartei." „Sie setzt nicht ihre Hoffnungen auf die Diktatur einer Klasse, sondern auf die Macht und den Willen des gesamten Volkes." (Diese grundlegenden Ideen ihres Programms sind direkt gegen die Sozialdemokratie, gegen den Grundsatz der proletarischen Klassenpartei gerichtet!) Das Endziel der Partei ist die Vergesellschaftung des Grund und Bodens und der Produktionsmittel, des Produktions- und des Verteilungsprozesses. „In dieser Richtung wird die Geschichte durch den elementaren Prozeß der Gesellschaftsentwickelung, durch die bewußte Denkkraft der Menschheit, durch die Lebensinteressen der arbeitenden Massen und durch die Ideale der hochentwickelten menschlichen Persönlichkeit geführt," (Dies ist gegen den ökonomischen Materialismus gerichtet!)

Die eigene Aufgabe der Partei ist aber die Aufstellung eines Programm-Minimums, das den gegenwärtigen Begriffen der breiten Volksmassen und der Situation einer offenen, nicht konspirativen Partei angepaßt wäre. Die Republik wird im Programmminimum nicht erwähnt!!

Die Partei begnügt sich zunächst mit der Forderung einer Volksvertretung, die aus einer Kammer bestehen soll, gewählt auf Grund des allgemeinen, geheimen, direkten und gleichen Wahlrechts für alle Bürger und Bürgerinnen von 20 Jahren aufwärts, mit Legislativmacht, Budgetrecht, Kontrolle über die Exekutive, verantwortlichem parlamentarischem Ministerium, neben lokaler demokratischer Selbstverwaltung und neben der Autonomie der nationalen Gebiete. Die Partei begnügt sich auch mit der Verminderung der Armee (zu bloß defensiven Zwecken) und der zweijährigen Dienstzeit. Den Ersatz der Armee durch die Volksmiliz wird sie erst „nachher" erstreben. Der Grund und Boden soll nur von denen benutzt werden, die ihn selbst bearbeiten; alle Bürger sollen das gleiche Anrecht auf die Benutzung der freien Grundstücke haben, aber die örtliche und speziell Ackerbaubevölkerung soll den Vorrang genießen. Von den übrigen Programmpunkten sind noch zu nennen: Weitgehende Sozialpolitik und Arbeiterschutz, progressive Einkommensteuer, Trennung der Kirche vom Staat, allgemeine kostenfreie Schulbildung, Einberufung einer konstituierenden Versammlung mit souveräner Gewalt.

Dies so knapp wie möglich die Grundzüge des Programms der Arbeitspartei.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Oktober.

Hetze gegen die Bergarbeiter.

Die von den Bergarbeitern aufgestellte Lohnforderung hat die Werksblätter auf den Plan gerufen, die nach bekannter Manier den Arbeitern Knüppel zwischen die Beine zu werfen suchen. In nicht mißzuverstehender Absicht schrieb die „Köln. Ztg." (Sonnabend Abendausgabe) folgendes:

> Der Durchschnittslohn der rheinisch-westfälischen Bergleute stieg vom Jahre 1902 bis zum dritten Vierteljahr 1905 von 3,82 M. auf 4,06 M.; während 1892 nur 11,3 Prozent der rheinisch-westfälischen Bergleute mehr als 5 M. täglich verdienten, hat sich diese Zahl bis 1904 schon auf 43,1 Prozent entwickelt. Seitdem sind die Löhne noch weiter erhöht worden. Eine so bedeutende Lohnerhöhung, wie sie jetzt gefordert wird, müßte die in den letzten Jahren so stark gestiegenen Kohlenpreise noch ganz erheblich steigern. Dadurch würde die einheimische Industrie und auch der deutsche Kohlenhandel in seiner Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem englischen und belgischen schwer getroffen werden.

Diesen Phantasieangaben wollen wir zunächst einige amtliche Zahlen gegenüberstellen. Es betrug der Jahreslohn der Bergarbeiter im Jahre

	1899	1900	1901	1904
Bergbaurevier				
Dortmund	1255 M.	1332 M.	1224 M.	1208 M.
Oberschlesien	801 „	877 „	872 „	836 „
Saarbrücken	1019 „	1044 „	1042 „	1097 „

Die Tabelle sagt genug. Von einer Lohnsteigerung kann da wahrlich keine Rede sein. Stellt man die Tageslöhne der bestbezahlten Bergarbeiter, der Hauer im Oberbergamtsbezirk Dortmund, in Vergleich zu den Durchschnittslöhnen der Kruppschen Arbeiter, dann ergibt sich folgendes Resultat:

Jahr	1891	1899	1900	1901	1904
der Durchschnittslohn					
bei Krupp	4,05 M.	4,72 M.	4,78 M.	4,63 M.	4,88 M.
für Kohlenhauer	4,08 „	4,84 „	5,16 „	4,98 „	4,78 „

Der Lohn der Kohlenhauer ist in 1904 gegen 1891, also in 13 Jahren um 70 Pf. gestiegen, bei Krupp beträgt das Mehr 83 Pf.; gegen 1900 ist der Lohn der Hauer aber um 38 Pf. gefallen, bei Krupp um 16 Pf. in die Höhe gegangen. So sieht es mit der glänzenden Lohnentwickelung im Bergbau aus!

Die Angaben der „Köln. Ztg." sind der Statistik des allgemeinen Knappschaftsvereins entnommen. Welcher Wert dieser Statistik als Lohnnachweis beizumessen ist, kann die „Köln. Ztg." in dem letzten Jahresbericht des „Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund" nachlesen. Es heißt dort:

> „Eine Gliederung der Belegschaft unseres Bezirks nach Lohngruppen bietet die nachstehende Zusammenstellung, die der Verein wie in den Vorjahren der Güte des Allgemeinen Knappschaftsvereins zu Bochum verdankt. Um Mißdeutungen vorzubeugen, sei betont, daß es sich bei dieser Aufstellung des Allgemeinen Knappschaftsvereins keineswegs um eine Lohnstatistik im eigentlichen Sinne handelt, eine solche bieten ausschließlich die oben wiedergegebenen Nachweisungen des kgl. Oberbergamts."

Am 26. Juli wurde in Essen vor der Strafkammer in einem Preßprozeß verhandelt. In einem von unserem dortigen Vertrauensmann herausgegebenen Flugblatte sollte der Allgemeine Knappschaftsverein beleidigt worden sein. Der Vorstand stellte Strafantrag. In der Verhandlung vertraten Angeklagter, Gutachter, Richter, Staatsanwalt und die als Zeugen fungierenden Direktoren des Allgemeinen Knappschaftsvereins den Standpunkt: Die Tabelle des Allgemeinen Knappschaftsvereins kann als Lohnnachweis nicht betrachtet werden. Die Verhandlung ist in der Presse viel besprochen worden, da ist es doch etwas kühn, die Angaben des Allgemeinen Knappschaftsvereins heute noch als Lohnnachweis zu verwerten. Wenn man lediglich nach günstigen Zahlen für einen bestimmten Zweck sucht, dann kann man aus der Tabelle des Allgemeinen Knappschaftsvereins auch folgendes nachweisen: Im Jahre 1900 erzielten 50,2 der Ruhrgrubenbelegschaften einen Lohn von über 5 M., im Jahre 1904 waren es nur noch 43,1 Proz., die über den Satz von 5 M. hinauskamen.

Gerade so beweiskräftig wie die Lohnangabe der „Köln. Ztg." ist die Behauptung von der Notwendigkeit weiterer Lohnsteigerungen. Im letzten Jahre sind die Preise ganz erheblich in die Höhe getrieben; aber auch schon ohnedies sind wirklich glänzende Erfolge erzielt worden, wie folgende Gewinntabelle ausweist:

Name der Gesellschaft	Dividende in Prozent 1901	1902	1903	1904	1905
Arenberg, Bergbau	45	35	40	35	35
Concordia, Bergbau	25	18	18	8	—
Konsolidation	27	27	28	26	28
Eintracht, Bergwerk	18	15	15	16	18
Gelsenkirchener Bergwerk	12	10	11	10	11
Hibernia, Bergwerksgesellsch.	13	10	11	11	11
Kölner Bergwerk	30	25	27½	25	25
König Wilhelm	15	12	12	12	12
Schalker Gruben	30	32½	32½	10	27½
Harpen	10	11	11	9	11

Das sind jedenfalls ganz anständige Gewinne. Für die an der Berliner Börse gehandelten Aktien von Kohlengruben stellte sich die Gesamtdurchschnittsdividende auf 8,74 Proz. im Durchschnitt des Jahrzehnts 1891 bis 1900; im Jahre 1900 belief sich die Durchschnittsdividende auf 14,62 Prozent. Sämtliche Dividenden zahlende Aktiengesellschaften Preußens zusammengenommen verteilten im Jahre 1903/04 eine Durchschnittsdividende von 8,0 Proz., die Bergbau treibenden Gesellschaften allein erzielten aber eine Durchschnittsdividende von 10,3 Proz.

Welche Gewinne bei einzelnen Gesellschaften erzielt werden, veranschaulicht die folgende Tabelle.

Es entfiel auf den Kopf der Beschäftigten:

	Schalker Gruben Bruttogewinn	Reingewinn	Gelsenkirchener Bergwerke Bruttogewinn	Reingewinn
1901/02	1050 M.	580 M.	839 M.	366 M.
1902/03	1060 „	629 „	882 „	363 „
1903/04	970 „	585 „	811 „	331 „
1904/05	900 „	465 „	1121 „	575 „

Der Schalker Grubenverein hat in den vier Jahren bei 10½ Millionen Mark Aktienkapital rund 9 Millionen Mark zu Abschreibungen verwendet und 457 163 M. Tantiemen verteilt. Die Gelsenkirchner Gesellschaft, deren Aktienkapital im Jahre 1903/04 69 Millionen Mark betrug, hat in den letzten fünf Jahren rund 50 Millionen Mark Abschreibungen vorgenommen und für den Aufsichtsrat 1 109 907 M. abgestoßen.

Pro Kopf der Arbeiter stellt sich die jährliche Summe

	bei der	der Abschreibung	der Tantiem
Schalker-Gesellschaft auf rund		360 M.	70 M.
Gelsenkirchner Gesellschaft auf rund		450 „	50 „

Es ist ein ganz plumper Versuch, die öffentliche Meinung gegen die Bergarbeiter zu beeinflussen, wenn angesichts solcher Ergebnisse, die in den Jahren absteigender Konjunktur erzielt wurden, von der Notwendigkeit weiterer erheblicher Preissteigerungen geredet wird. In der Werkspresse ist wiederholt auf die schlimmen Folgen der neuen Handelsverträge hingewiesen worden. In der Zeitschrift „Glückauf" berechnet Dr. Jüngst, daß die Preise für die wichtigsten Lebensmittel ganz erheblich gestiegen sind. Die Preise für 1886 gleich 100 gesetzt, gewinnt er für das erste Halbjahr 1906 folgende Tendenzziffern:

Dortmund	Bochum	Witten	Essen
129,23	119,98	122,58	113,83

Rechnet man dazu die Steigerung der Wohnungsmieten und das weitere Hinaufgehen der Warenpreise im dritten Vierteljahr 1906, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die soziale Lage der Arbeiter sich verschlechtert haben muß. Aber die Werksgewinne steigen. Das Bergwerksmagnatentum hat kein Recht, den Junkern Begehrlichkeit vorzuwerfen; in solcher Tugend wetteifert es mit den wildesten Agrariern.

Klerikale Kriegervereine.

Es gab eine Zeit, da war das Zentrum den Kriegervereinen gar nicht hold; sie ließen sich nicht der kirchlichen Autorität unterordnen, wurden von oben herab zu sehr begönnert; die „national" gesinnten Leute führten darin das große Wort — was alles dem Zentrum nicht lieb war, als es selber zu den „Reichsfeinden" zählte und der Regierung Opposition, vor allen Dingen auch in Militärsachen machte. Das hat sich nun wesentlich geändert. Das Zentrum läßt sich, wie seine Führer nicht müde werden zu versichern, an nationaler Gesinnung von niemandem übertreffen; es ist patriotisch bis auf die Knochen. Das zeigt sich auch in der Stellung zu den Kriegervereinen. Der Katholikentag in Essen hat einen Beschluß gefaßt, der alle diejenigen, die einen Einfluß auf die Erziehung der Jugend ausüben können, vor allem auch die Leiter der Jugend- und Standesvereine auffordert, sich der angehenden Rekruten besonders anzunehmen. An diesen Beschluß knüpft ein Artikel der „Kölnischen Volkszeitung" an, der darauf hinweist, daß von den Vereinen wohl die Kriegervereine „gemäß der Kenntnisse und reiferen Erfahrung ihrer Mitglieder" am ehesten befähigt sein dürften, auf die heerespflichtige Jugend erzieherisch einzuwirken. Da die Sozialdemokraten beabsichtigten, die Rekruten vor ihrem Eintritt „mit revolutionären Ideen zu durchsetzen", so sei Gefahr im Verzuge, und es wäre deshalb „eine dankbare und kaum mehr aufzuschiebende Aufgabe der Kriegervereine, deren Hauptzweck die Pflege patriotischer Gesinnung ist, die Rekruten in vaterländischer Gesinnung zu erziehen und nebenbei auch für ihre Dienstzeit in etwas vorzubilden". Dieser Aufgabe sollen sich die Offiziere des Beurlaubtenstandes, die avancierten und die gedienten Soldaten in geachteter und einflußreicher Stellung, die den Kriegervereinen angehören, unterziehen.

Es folgt nun eine längere Anweisung, wie diese „Rekrutenfürsorge" durch die Kriegervereine auszuführen ist, dann heißt es:

> „Jedem Soldaten ist fast immer Sonntags Gelegenheit und Zeit gegeben, den Gottesdienst zu besuchen, er soll aber auch Gebrauch davon machen. Der christlich-gläubige Soldat wird den Fahneneid heilig halten, und wie er treu und gehorsam seine Pflichten gegen Gott erfüllt, so auch gegen Kaiser und Reich; sind doch Mut, Treue und Gehorsam die Hauptpflichten eines guten Soldaten. Sollte in einem Kriegerverein, z. B. auf dem platten Lande, sich niemand vorfinden, der über die schwierigen Kapitel, Sozialismus und religiöse Pflichten in ausgiebig belehrender Weise unterrichten kann, so wird ein Geistlicher diese Aufgabe gewiß gern übernehmen. Nach dem vorliegenden Entwurfe hat bereits ein Kriegerverein gearbeitet; hoffentlich folgen im nächsten Jahre weitere nach."

Zum Schluß des Artikels wird auf die Bedeutung solcher „Rekrutenvorschulen" hingewiesen: die aktiven Truppenteile hätten von dieser Einrichtung ihre Vorteile, da ihnen angelernte Rekruten zugeführt werden, und die Kriegervereine hätten die besondere Genugtuung, etwas Nützliches geschaffen zu haben und den weiteren Nutzen, daß ihnen in den vorgebildeten Rekruten nach deren Dienstzeit zuverlässige und eifrige Mitglieder ihres Vereins zuwachsen.

Nun wird wohl niemand mehr den Mut haben, an der „nationalen" und „patriotischen" Gesinnung des Zentrums zu zweifeln, da es seine Kräfte, geistliche und weltliche, in den Dienst der „Rekrutenfürsorge" stellt und dabei nicht verschmäht, Hand in Hand mit den ehemals angefeindeten Kriegervereinen zu gehen. Da die Kriegervereine vor aller

Dingen die Pflege des Patriotismus und die Bekämpfung des Umsturzes erstreben, so werden sie die angebotene Hülfe der Klerikalen nicht ausschlagen können. Die Volksschule ist klerikalisiert, warum sollen es die Kriegervereine als Rekrutenvorschulen nicht sein? Sehr leicht wird sich dann auch die Frage lösen, die der ultramontane „Badische Beobachter" in einer seiner letzten Nummern aufwirft, indem er anknüpft an eine antisozialistische Rede des Generals von Spitz:

„Und wenn bei den nächsten Wahlen bei uns in Baden Nationalliberale und Sozialdemokraten wieder zusammengehen, werden dann die nationalliberalen Militärvereinsmitglieder und Vorstände sich dieser Rede erinnern und darnach handeln? Oder werden sie, wie das letztemal, samt vielen nationalliberalen Reserveleutnants das Vaterland durch einen sozialdemokratischen Stimmzettel retten? Und wird man dann wirklich Ernst machen mit dem Satz: „Wir schließen auch alle aus unseren Reihen aus, welche die Sozialdemokratie unterstützen"?

Wenn erst die Klerisei ein gebietend Wort in den Kriegervereinen mitzureden hat, dann versteht es sich von selber, daß die Beantwortung dieser Frage nur in entschieden bejahendem Sinne ausfallen kann. Entgleisungen vom Wege der „guten Gesinnung" wie in Baden sind dann von Kriegervereinen nicht mehr zu befürchten. —

* * *

Deutsches Reich.

Neue Militärforderungen in Vorbereitung!

Nach einer Mitteilung der „Nordd. Allg. Ztg." wird sich dieser Tage der Staatssekretär des Reichsschatzamts Freiherr von Stengel zum Vortrag beim Fürsten Bülow nach Homburg vor der Höhe begeben. Auch der Kriegsminister von Einem wird voraussichtlich den Beratungen beiwohnen, bei denen es sich in erster Linie darum handeln soll, „wie der nächste Reichshaushaltsetat unter notwendiger Berücksichtigung der militärischen Erfordernisse am zweckmäßigsten zu gestalten ist".

Bekanntlich brachte ja die Zentrumspresse in den letzten Wochen mehrfach Mitteilungen über bedeutende militärische Forderungen, die dem Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt unterbreitet werden würden. Als die offiziöse Presse erklärte, daß eine große Militärvorlage nicht bevorstehe, meinten die ultramontanen Blätter, daß es sich, wenn auch nicht um eine förmliche Militärvorlage, so doch zweifellos um sehr beträchtliche Forderungen handeln werde. Daß es sich um Forderungen handelt, die sich möglicherweise in die Hunderte von Millionen belaufen werden, läßt allerdings die Form vermuten, in der die „Nordd. Allgem. Ztg." ihre Mitteilung kleidet. Schon ist ja in Blättern, die der Militärverwaltung ziemlich nahe stehen, davon die Rede gewesen, daß unsere Artillerie trotz der erst vor wenigen Jahren mit einem Aufwande von weit über hundert Millionen Mark angeschafften Schnellfeuergeschütze der neu bewaffneten französischen Artillerie nicht mehr ebenbürtig sei. Namentlich die schwere Artillerie sei einer erheblichen Vermehrung bedürftig. Werden auch nur diese Wünsche befriedigt, so wird unser Militarismus an den Reichstag enorme Anforderungen stellen. Außerdem aber wird die Erhöhung der Friedensstärke nur eine Frage der nächsten Jahre sein.

Auch die „Freisinnige Zeitung" rechnet mit ganz bedeutenden Mehrforderungen. Was könne sonst den Freiherrn von Stengel veranlassen, persönlich mit dem Reichskanzler Rücksprache über den Militäretat zu nehmen, da doch die sogenannte Reichsfinanzreform Mittel genug an die Hand gebe, um die normalen Erfordernisse des Militäretats zu decken! —

Pod unpäßlich. Nach dem „Berl. Lokal-Anzeiger" soll der Gesundheitszustand Pods zurzeit zu wünschen übrig lassen. Nach kurzem Aufenthalt in Berlin habe sich der Minister nach seiner Besitzung Dallmin begeben müssen, da ihn sein altes Gallensteinleiden wiederum heftig befallen habe. Bereits als der Kaiser ihn wie ja jährlich nach Rominten zur Jagd geladen habe, sei Pod der Einladung zwar gefolgt, aber er habe sich mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand bald wieder zurückziehen müssen.

Wahrscheinlich wird sich das Gallensteinleiden derartig steigern, daß der Landwirtschaftsminister doch noch seinen Abschied zu nehmen gezwungen sein wird. Damit aber nicht etwa jemand wähnt, Pod sei doch noch ein Opfer der Tippelskircherei geworden, wird der Minister des Zollwuchertarifs bei seinem Abschied den obligaten schwarzen Adlerorden erhalten. —

Der kaiserliche Unwillen. Die „Nordd. Allg. Ztg." verkündet:

Gegenüber der in einem Prager Blatt enthaltenen ungenauen Wiedergabe eines Telegramms Sr. Majestät des Kaisers an den Fürsten Philipp zu Hohenlohe-Schillingsfürst sind wir ermächtigt, den Wortlaut des kaiserlichen Telegramms im folgenden mitzuteilen:

„Lese soeben mit Erstaunen und Entrüstung die Veröffentlichung der intimsten Privatgespräche zwischen Deinem Vater und Mir, den Abgang des Fürsten Bismarck betreffend. Wie konnte es zugehen, daß dergleichen Material der Oeffentlichkeit übergeben werden konnte, ohne zuvor Meine Erlaubnis einzuholen? Ich muß dieses Vorgehen als im höchsten Grade taktlos, indiskret und völlig inopportun bezeichnen, da es unerhört ist, daß Vorgänge, die den zurzeit regierenden Souverän betreffen, ohne seine Genehmigung veröffentlicht werden."

Zum Fall Gaisert.

Zu der Verurteilung des geistlichen Zentrumsdemagogen Gaisert bemerkt die „Köln. Ztg.":

„Auf der Anklagebank saß weniger die Person des Angeklagten als vielmehr das ultramontane System, dessen Opfer G. geworden war. Die Zeugenaussagen waren, soweit sie vom Waldshuter Staatsanwalt, vom Wahlkommissar, Oberamtmann Kapferer und anderen stammten, für den Angeklagten nicht sehr günstig, während der Waldshuter Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Gut, der Zentrumsabgeordnete Oberamtsrichter Wittemann sowie die verschiedenen katholischen Geistlichen dem Angeklagten das beste Zeugnis ausstellten und ihn als völlig schuldlos bezeichneten. Ein recht interessantes Zwischenspiel, das ebenfalls zeigt, wie sehr die ultramontane Agitation die Begriffe zu verwirren geeignet ist, war die Vernehmung des Zentrumsabgeordneten Oberamtsrichter Wittemann, der in einem seiner Briefe an den Angeklagten diesem Winke gab, wie er sich aus der Schlinge ziehen könne und u. a. anführte: „Hoffentlich wissen die Zeugen nicht mehr, was Sie sagten." Die Wendung „Gewalt geht vor Recht" und der Schlußsatz: „Vernichten Sie diesen Brief", werfen ein eigentümliches Licht auf den Schreiber. Oberamtsrichter Wittemann suchte sich durch Geschäftsüberhäufung, die ihn an sorgfältiger Abfassung verhindert habe, zu entschuldigen, und sagte, daß er habe schreiben wollen: „Hoffentlich wissen die Zeugen nicht mehr, als was sie sagten." Der Vorsitzende aber wie auch der Staatsanwalt Eschbacher wiesen darauf hin, daß dann der folgende Satz des Briefes keinen Sinn gehabt hätte, und in seiner Anklagerede bezeichnete der Staatsanwalt Eschbacher diesen Brief als eine der bedenklichsten Erscheinungen in dem ganzen Prozeß. Er hielt es für höchst wahrscheinlich, daß gerade dieser Brief für den Angeklagten den Anlaß gebildet habe, an Zeugen mit Zumutungen heranzutreten, die sie mit ihrem Eid in Konflikt bringen mußten."

In der Tat, daß es gerade ein Zentrumsgeistlicher und ein ultramontaner Oberamtsrichter waren, die so eigenartige Auffassungen über die Heiligkeit des Zeugeneides bekundeten, ist ein interessantes Kapitel. —

Ein neuer „Klassenjustiz"-Prozeß in Sicht. Gegen den verantwortlichen Redakteur der „Altenburger Volkszeitung", Genossen Dikreiter, haben die Richter der Strafkammer am Landgericht Altenburg Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Genosse Dikreiter wurde am Sonnabend voriger Woche in dieser Sache bereits vernommen. Die Beleidigung, deren er sich schuldig gemacht haben soll, wird darin gefunden, daß er das Urteil, das die Altenburger Strafkammer wider die Genossen Horn, Frank und Seidel aus Kahla wegen angeblicher Erpressung fällte, als ein „Klassenjustiz"-Urteil bezeichnete. Bekanntlich erfolgte die Verurteilung des Genossen Redakteur Seeger in Leipzig ebenfalls wegen dieses Ausdrucks. Der Altenburger Staatsanwalt hatte die betreffende Nummer der Altenburger „Volkszeitung" eigens nach Insterburg geschickt.

Die Errichtung einer Zentralstelle für Handel, Industrie und Gewerbe plant die bayerische Regierung; der Satzungsentwurf wurde vor kurzem veröffentlicht. Sofort begannen die Unternehmer eine eifrige Tätigkeit, um in dieser Körperschaft die Arbeiter zur Bedeutungslosigkeit zu verurteilen und zu einer bloßen Dekoration herabzuwürdigen, sodaß der ganze Einfluß dem Unternehmertum übertragen wäre. So haben die bayerischen Handelskammern ein Gutachten eingereicht, wonach u. a. verlangt wird, daß ihr in der Abteilung für Industrie und Handel je zwei Mitglieder für jede Abteilung, und zwar je eines für den Handel und eines für die Industrie, zugebilligt werden sollen. Dadurch würde, wenn in den Vollversammlungen gemeinsame Abstimmung durchgeführt werden sollte, den Handels- und Gewerbekammern von vornherein die absolute Mehrheit gesichert. Ferner verlangen die Kammern, daß sie zu der Abteilung für Arbeiterschutz und -Wohlfahrt, außer den von der Regierung ernannten Vertretern, ebenso viele Vertreter entsenden dürfen, wie die Arbeiter, wodurch die Arbeiter in ihren eigenen Angelegenheiten durch die Unternehmer bevormundet und wohl auch meistens majorisiert würden. Die Vorstände und Ausschüsse der der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften in Nürnberg haben in einer gemeinsamen Sitzung beschlossen, an die Regierung ein Gutachten einzuliefern, worin gebeten wird, daß die Wünsche der Handels- und Gewerbekammern ohne weiteres abgelehnt werden, da sonst die Arbeiter wahrscheinlich überhaupt auf eine Beteiligung an dem Institut verzichten würden. Ferner wird verlangt, daß der Begutachtung der Zentralstelle auch die Verkehrsangelegenheiten, wie Güter- und Personentarife, Einrichtung von Vororts- und Arbeiterzügen, die Einrichtungen der Postverwaltungen: Schalterzeit, Sonntagsdienst, Brief- und Paketporto, Ortstaxen, Telephongebühren usw. unterstellt werden sollen. Bei der Auswahl der Vertreter soll auf die Arbeiterverbände Rücksicht genommen werden, die auf dem Gebiete der Lohnbewegungen und der Förderung der Arbeiterinteressen hervorragend tätig sind. Zum Schluß wird verlangt, daß der Kompetenz der Abteilung für Arbeiterschutz die Begutachtung von Tarifangelegenheiten, Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen, die Fortbildung der gewerblichen Arbeitsvermittelung, des gesamten Arbeiterrechts, soweit es landesgesetzlicher Regelung untersteht, sowie des Gesinderechts unterliegen und der Abteilung namentlich auch das Recht der Initiative eingeräumt werden soll. Endlich soll eine Bestimmung aufgenommen werden, wonach die Einberufung der Abteilung zu erfolgen hat, wenn mindestens die Hälfte der Arbeiterdelegierten den Wunsch hierzu äußern. Als zweckmäßigstes Wahlverfahren zur Arbeiterabteilung wird das Wahlverfahren zu den Gewerbegerichten nach dem Verhältnissystem bezeichnet. —

Neue Kolonialenthüllungen in Sicht.

Eine Disziplinarunterfuchung gegen den Bezirksamtmann in Sokode (Togo), Dr. Kersting, ist auf Grund einer Anzeige des gleichfalls in Togo angestellt gewesenen Kolonialbeamten Wistuba eröffnet worden, gegen den gleichfalls ein Disziplinarverfahren anhängig gemacht worden ist. Diese Disziplinarverfahren haben ebenfalls erst erzwungen werden müssen! Bemerkt doch die „Germania" zu der betreffenden Notiz der „Nordd. Allg. Zeitung":

„Auffällig, weil ungewöhnlich, aber ist, daß die gestrige offiziöse Notiz gleichzeitig einen Ausfall gegen denjenigen Beamten enthielt, dem es mit zu danken ist, daß die zum Schaden des deutschen Vaterlandes in den Kolonien grassierenden Mißstände endlich aufgedeckt und beseitigt werden. Es ist doch sonst nicht üblich, daß eine Behörde öffentlich davon Kenntnis gibt, daß gegen einen Beamten ein Disziplinarverfahren schwebe. Da dies aber geschehen, so sei darauf hingewiesen, daß wohl kaum je einer Behörde ein Disziplinarverfahren so unbequem gewesen sein dürfte, als das gegen Herrn Wistuba eingeleitete. Dieser Beamte kam am 1. August 1904 aus Togo nach Deutschland zurück und hat seit dieser Zeit keinen Dienst mehr getan. Man gab ihm ohne seinen Antrag Urlaub bis zum Dezember 1905 mit vollem Gehalt, ja man gewährte ihm sogar im Juli 1905 eine Gehaltserhöhung, obgleich der der Anschuldigung zugrunde liegende Tatbestand dem Herrn Kolonialdirektor vollständig bekannt gewesen ist. Von maßgebender Stelle wurde ein angesehener Parlamentarier sogar geheten, „doch seinen wirkungsvollen Einfluß auf Herrn Wistuba geltend zu machen, daß er sich wieder beruhigt." Von der ausschlaggebendsten Stelle des Reiches wurde sodann sogar die Verfügung rückgängig gemacht, durch die das Disziplinarverfahren von der zuständigen obersten Reichsbehörde bereits der Disziplinarkammer überwiesen war, ein Vorgang, der vom juristischen Standpunkt aus nicht verstanden werden und daher die Oeffentlichkeit genügend aufklären dürfte."

Die „Freis. Ztg." erklärt, die Mitteilungen der „Germania" vollinhaltlich bestätigen zu können. Wie die „Freis. Ztg." weiter mitteilt, beabsichtigen die Herren Wistuba und Poeplau nunmehr ihr gesamtes, in der Oeffentlichkeit noch lange nicht vollständig bekanntes Material, insonderheit auch sämtliche unerledigt gebliebenen Eingaben an den Reichskanzler, dem Reichstage auf dem Petitionswege zur Kenntnis und Prüfung zu unterbreiten.

Das kann ja sehr nett werden! —

Verlustreiche Kämpfe in Süd-West.

Amtlich wird gemeldet:

Die nach den Karasbergen geflüchteten Hottentottenhaufen erhielten Verstärkung durch Zuzug der nach dem Oranje zurückgewichenen Teile sowie durch Anschluß ehemaliger Morengaleute. Sie versuchten wiederholt durch Angriffe auf Viehwachen und Transportbedeckungen, sich in Besitz von Lebensmitteln und Munition zu setzen. Sie griffen an: Am 24. September bei Kirilis (West) an der Pad Keetmanshoop-Hasuur, am 25. September bei Kalkfontein nordöstlich Warmbad, am 30. September bei Hanapan südlich Hasuur, am 1. Oktober bei Dassiefontein am Westrand der großen Karasberge und am 4. Oktober nördlich Keetmanshoop. Nur wenige Tiere fielen in Feindeshand, die Angriffe wurden überall abgeschlagen und die Verfolgung aufgenommen. Als besonders rühmlich erwähnt Oberst Deimling die Verteidigung eines Karrentransports bei Dassiefontein durch 20 Mann der Bedeckung gegen einen weit überlegenen Gegner. Es fielen in diesen Gefechten im ganzen 13 Reiter, 1 Farmer und 4 Buren. 9 Reiter wurden schwer, 2 leicht verwundet.

Bei der allgemeinen Streife gegen die noch immer im Damaralande vereinzelt umherziehenden, gelegentlich Vieh stehlenden Hererotrupps fand ein Zusammenstoß einer Patrouille bei Hatsamas mit einer stärkeren Bande statt, die 20 Tote zurückließ.

Oberst v. Deimling ist mit seinem Stabe wieder in Keetmanshoop eingetroffen.

Auch die Rückkehr des Oberst Deimling nach Süd-West scheint an dem Charakter des endlos und verlustreich sich hinschleppenden Guerillakrieges nicht das mindeste geändert zu haben! —

Ausland.

Frankreich.

Die kirchenpolitische Verwirrung.

Paris, 7. Oktober. (Eig. Ber.) Der Streit über die Kirchenpolitik hat glücklich dazu geführt, in allen Lagern die höchste Konfusion zu verbreiten. Ultramontane hauen jetzt mit Freidenkern, Gegner des Trennungsgesetzes mit seinen eifrigsten Anhängern in dieselbe Kerbe. Der gestrige Ministerrat hat keine Klärung gebracht. Die Regierung, so heißt es, hält ihre Pläne geheim. Man wird da bedenklich an die Haltung des Vatikans erinnert, der ja auch immer wieder erklärt hat, er werde seine Anordnungen rechtzeitig treffen, zum Schluß aber bei der bloßen Verwerfung des Gesetzes stehen geblieben ist. „Die Regierung wird das Gesetz anwenden" — es braucht wirklich kein Ministerrat zusammenzutreten, um das zu sagen. Die Frage ist, wie sie das Gesetz anwenden wird — und man wird versucht, zu glauben, sie wisse das selbst noch nicht genau. Jedenfalls entbehrt das Schauspiel, wie sich der Papst und die republikanische Regierung gegenseitig „bluffen" wollen und sich dabei doch vor einander fürchten, nicht des Humors.

Am Ende ist aber der Friedensweg gar nicht so weit. Schon haben einige Klerikale bei der Regierung leise angeklopft und Andeutungen gemacht, daß die Republik ihre friedlichen Absichten gegenüber der Kirche dadurch kundtun könne, daß sie gegen die schismatischen Kultusassoziationen, die Kirchengut innehaben, einschreite. Bekanntlich haben sich gegen das päpstliche Verbot einige Kultusgemeinden konstituiert. Das Trennungsgesetz gäbe nun wirklich eine Handhabe gegen sie, da sie durch ihren Widerstand gegen die päpstliche und bischöfliche Autorität „den allgemeinen Regeln des betreffenden Kultus nicht entsprechen". Findet sich der Staat bereit, der Kirche gegen die Schismatiker, die ihr Angst zu machen beginnen, zu helfen, so wird die Kirche diesen Liebesdienst vielleicht mit einer versöhnlicheren Haltung quittieren. Originell ist die Situation jedenfalls: die Kirche, sich auf das Gesetz berufend, das sie verworfen hat, und der verweltlichte Staat, als Zwangsvollstrecker Roms gegen republikanische Ketzergemeinden. —

Der Kampf um die Sonntagsruhe.

Paris, 7. Oktober. (Eig. Ber.) Der Kampf gegen das Gesetz über den wöchentlichen Ruhetag ist in das entscheidende Stadium getreten. Die Unternehmer machen die äußersten Anstrengungen, um die Arbeiter der Vorteile des Gesetzes zu berauben. Bei den Handelsangestellten sind diese Versuche erfolglos gewesen. Die Regierung ist den Wünschen der Gehülfenschaft, die schon zum Ausstand entschlossen war, entgegengekommen und hat die obligatorische Schließung der Geschäfte am Sonntag angeordnet. Dieser Erfolg, der vor allem auch der kraftvollen gewerkschaftlichen Arbeit zu danken ist, hat bei den Angestellten große Genugtuung hervorgerufen.

Wie wir schon berichtet haben, vertreten im Bäckergewerbe die Meister und die Gehülfen Standpunkte, die den in den anderen Branchen herrschenden gerade entgegengesetzt sind. Die Meister wollen hier einen einheitlichen Ruhetag gewähren, die Gehülfen aber bestehen auf dem Ablösungssystem. Da die Unternehmer beschlossen, am Sonntag nicht arbeiten zu lassen, erklärten die Bäckereiarbeiter, jede Mehrarbeit am Sonnabend abzulehnen, mit der Begründung, daß sonst das Gesetz, das doch gerade zur Erleichterung der Arbeiter geschaffen worden sei, eine aller Hygiene hohnsprechende Ueberlastung zur Folge hätte. Die Folge davon war, daß die Pariser Hausfrauen heute gleich das Brot für morgen einkauften. Doch konnten nicht alle Ansprüche befriedigt werden, da in einer beträchtlichen Anzahl Backstuben Disziplin bewahrt und die Leistung von Ueberstunden abgelehnt wurde. Uebrigens haben sich die sozialistischen genossenschaftlichen Bäckereien darauf eingerichtet, der Bevölkerung am Montag frischgebackenes Brot in größeren Mengen zu liefern.

Die Regierung hat den Bäckermeistern die Machtmittel des Klassenstaates in freigebigster Weise zur Verfügung gestellt. Zum Schutze der Backstuben wurden nicht nur etliche Tausend Polizisten, sondern auch Infanterie aufgeboten! Es kam übrigens nur zu ganz geringfügigen Kundgebungen.

Norwegen.

Unter russischer Oberhoheit.

Die Beschlagnahme russischer Schriften in Vardö durch den norwegischen Reichsadvokaten hat im ganzen Lande eine gewaltige Protestbewegung hervorgerufen. In Kristiania fand am Sonntag eine große Versammlung statt, in der der sozialdemokratische Parteivorsitzende Dr. Nissen über die Angelegenheit sprach und mit aller Schärfe betonte, daß jene Maßregel der norwegischen Regierung in keiner Weise durch das Strafgesetzbuch gerechtfertigt wird. Storthingsmann Postmeister Egode Nissen, in dessen Druckerei die Schriften hergestellt wurden, erklärte unter allgemeinem Beifall, daß er hiermit nur seine Pflicht gegen die russischen Freiheitskämpfer erfüllt habe.

Die Angelegenheit entwickelt sich immer mehr zu einem Fiasko für die Regierung und den Justizminister Bothner, der seinerzeit, da das jetzige Sammlungsministerium ans Ruder kam, als der demokratische Linkenmann galt, als der Vertreter der radikalen Richtung in der Regierung. Gegenüber „Sozial-Demokratens" Redaktion, die ihn wegen seiner radikal-reaktionären Maßregel zur Rede stellt, sucht er sich mit faulen Ausreden zu rechtfertigen: Die Untersuchung der Schriften soll schon vor drei Monaten eingeleitet worden sein, und daß sie erst jetzt beschlagnahmt wurden, soll seinen Grund darin haben, daß die Uebersetzung aus dem Russischen so lange Zeit erforderte! — Der wirkliche Grund der plötzlichen Beschlagnahme wurde jedoch offenbar, als Mitte voriger Woche die Schiffe des Zaren nach Vardö kamen. Man wollte natürlich — ganz wie in Finnland — verhindern, daß irgend welche dem russischen Despotismus unangenehme Schriften in das Heiligtum der Zarenschiffe eingeschmuggelt würden. Dem zarten Wink der russischen Regierung folgte die norwegische gehorsamst ohne Rücksicht darauf, daß sie damit gegen Norwegens Gesetz und Recht handelte. Die erfreuliche Nachricht konnte der russische Konsul in Vardö, der sich sofort an Bord begab, dem Befehlshaber der Schiffe überbringen!

Unter den beschlagnahmten Schriften befinden sich das Wiborger Manifest und andere Aufrufe, die zum Teil in Zeitungen aller Länder abgedruckt worden sind. Das zeigt so recht, wie weit die Russenfurcht jener Regierung geht, die noch im vorigen Jahre mit großem Mut und mit revolutionärer Kraft dem schwedischen Unionsbruder und König die Stirn bot.

Die norwegische Regierung wird jedenfalls noch im Storthing für ihre der gesetzlich garantierten Preßfreiheit hohnsprechende Maßregel zur Verantwortung gezogen werden.

Persien.

Teheran, 9. Oktober. (W. T. B.) Am 7. Oktober fand hier im großen Palais die feierliche Eröffnung des Parlamentes statt, der das diplomatische Korps, die Würdenträger, die Geistlichkeit und Vertreter der Armee beiwohnten. Unter den Klängen der Nationalhymne, umgeben von Mullahs, betrat der

Schah den Saal. In der vom Gouverneur von Teheran verlesenen Thronrede wurde ausgeführt, daß der Schah sich bereits acht Jahre mit dem Plan getragen habe, Persien eine Konstitution zu geben. Gegenwärtig halte er das Volk für reif für die Selbstverwaltung und er sei von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Bevölkerung die ihr gewährte Freiheit nicht mißbrauchen und daß das Parlament die Regierung bei ihren auf den Fortschritt gerichteten Bestrebungen unterstützen werde. Die Thronrede wurde mit großem Beifall aufgenommen. Die ganze Bevölkerung ist freudig bewegt. Am Abend fand eine Illumination statt. —

Gewerkschaftliches.

Zum Buchdruckertarif

nahm auch eine in Nürnberg abgehaltene von zirka 500 Personen aus den Druckorten Nürnberg, Ansbach, Fürth, Erlangen, Schwabach, Neumarkt usw. besuchte Versammlung Stellung. Nach langer lebhafter Debatte wurde beschlossen, die Tarifabmachungen anzuerkennen, wenn auch die festgelegten Bestimmungen über Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung nicht den Erwartungen entsprechend seien.

*

Auch in Mannheim nahm eine imposante Gehülfenversammlung Stellung zu dem neuen Tarif. Außer den Mannheimer Buchdruckern nahmen an der Versammlung auch zahlreiche Verbandsmitglieder aus Weinheim, Schwetzingen, Heidelberg, Ludwigshafen, Speyer, Frankenthal, Neustadt, Pirmasens, Zweibrücken usw. teil. Den Bericht erstattete das Tarifausschußmitglied Knie aus Stuttgart. In beinahe dreistündiger Rede gab der Referent ein Bild von den Verhandlungen des Tarifausschusses. Der Standpunkt der Gehülfenvertreter sei kein leichter gewesen, da sich auf der Prinzipalsseite eine starke Strömung zum Scharfmachertum geltend gemacht habe. Mit dem Erreichten waren die Anwesenden durchaus unzufrieden. — Mit eisiger Kälte nahm die überfüllte Versammlung den Bericht des Gehülfenvertreters entgegen, und in der anschließenden Diskussion gingen Lebkuchen, Maier, Porzig und Rausch-Heidelberg mit dem Produkt des Tarifausschusses bös ins Gericht, und nur dem Schluß der Debatte war es zuzuschreiben, daß nicht noch eine ganze Anzahl Redner ihr stärkstes Mißfallen an dem Tarif aussprachen. Für die Annahme desselben plädierte außer dem Gehülfenvertreter Knie lediglich noch der Gauvorsitzende Fuß. Aber es halfen auch seine Ausführungen nichts. Die Versammlung nahm mit allen gegen ein paar wenige Stimmen eine von Maier eingebrachte Resolution an, die lautet:

„Die heutige in der „Zentralhalle" tagende Buchdruckerversammlung erklärt die bei den Tarifverhandlungen erreichten Zugeständnisse als durchaus ungenügend und lehnt deshalb den Tarif ab."

*

In Zwickau berichtete in einer Mitgliederversammlung der Vorsitzende, Genosse Krasser, über die Ergebnisse der Tarifrevision, soweit sie durch die Tagespresse infolge der Berichterstattung einzelner Gehülfenvertreter bekannt geworden sind. Bedauerlich sei nur, daß der „Korrespondent" die Gehülfenschaft bezüglich der Berichterstattung über die Tarifrevision vollständig im Stiche gelassen habe. (Die Berichterstattung durch den „Korrespondent" ist inzwischen gestern erfolgt. R. d. „V.".) Diese Geheimniskrämerei lasse sehr tief blicken und beweise, daß das Ergebnis der Tarifverhandlungen jedenfalls ein sehr unbefriedigendes sei, wie auch aus der Berichterstattung einzelner Gehülfenvertreter hervorgehe. Immerhin sei es notwendig, daß man die Sachlage kalten Blutes überschaue und abwartend ruhig und nüchtern die Verhältnisse beurteile. Die Debatte ergab, daß alle Redner den angeblichen Verbesserungen sehr mißtrauisch gegenüberstanden. Die Versammlung beschloß, den Vorsitzenden, Genossen Krasser, zur Mitgliederversammlung nach Leipzig zu delegieren und im Laufe dieser Woche eine weitere Versammlung behufs endgültiger Berichterstattung über die Tarifrevision einzuberufen.

*

Zu dem gestrigen Bericht aus Potsdam erhalten wir folgende Erklärung:

Neu-Babelsberg, 9. Oktober 1906. Zu dem in Nr. 235 des „Vorwärts" gebrachten Bericht über die am Sonntag stattgefundene Versammlung der Ortsvereine Potsdam und Neu-Babelsberg des Verbandes der deutschen Buchdrucker gestatte ich mir, Ihnen folgende Erklärung mit der Bitte um Veröffentlichung zu übersenden: Die Annahme der von mir eingebrachten Resolution in Sachen des neuen Buchdruckertarifs ist auf Grund einer irrtümlichen Berichterstattung des Gehülfenvertreters Kirschner erfolgt. Kirschner erklärte, daß an der zehnprozentigen Lohnerhöhung alle hiesigen Gehülfen partizipieren, die jetzt einen Wochenlohn bis zu 30,50 M. erhalten; das stimmt nach den im „Korr." abgedruckten Beschlüssen des Tarifausschusses nicht, sondern es erhalten danach nur diejenigen Gehülfen die Lohnerhöhung, die jetzt einen Lohn bis zu 27,75 M. beziehen. Wäre mir diese Tatsache bekannt gewesen, so hätte ich die Resolution nicht eingereicht, auch wäre diese bei Kenntnis des wirklichen Sachverhaltes, nach der Stimmung unter den hiesigen Gehülfen zu schließen, auf keinen Fall angenommen worden. Otto Hoffmann.

Berlin und Umgegend.

Buchbinder. Bei der Firma Temsley in Wien ist ein Streik ausgebrochen. Die Firma versucht, in Berlin Streikarbeit anfertigen zu lassen. Die Kollegen werden ersucht, auf obige Firma zu achten und ist Arbeit derselben zurückzuweisen.

Die Ortsverwaltung.

Die streikenden Ballschuhmacher hielten am Dienstagvormittag wieder eine vollzählig besuchte Versammlung ab. Wie Hamacher in dem von ihm erstatteten Situationsbericht ausführte, hat sich das allgemeine Bild des Streiks, der jetzt in die vierte Woche geht, wenig geändert. Seit acht Tagen haben keine Verhandlungen mit den Fabrikanten mehr stattgefunden. In dieser Zeit ist in der Fabrik von Philipp eine Einigung erfolgt und die Arbeit dort wieder aufgenommen worden. Es haben bis jetzt elf Fabrikanten, die 150 Arbeiter beschäftigen, die Forderungen bewilligt, während sich 258 Arbeiter bei zwölf Fabrikanten im Streik befinden. Es handelt sich immer noch um die Bezahlung der Furnituren, der Platzmiete und des Aufschlages für kleine Kommissionen, was die Fabrikanten als unannehmbar bezeichnen. Sie behaupten, sie könnten keine Lohnerhöhung eintreten lassen, weil sie die Preise mit ihren Abnehmern abgeschlossen haben. In bezug auf die Erhöhung der Lederpreise haben sich aber die Fabrikanten ihren Kunden gegenüber die Möglichkeit der Preiserhöhung offen behalten. Bei gutem Willen könnten die bescheidenen Forderungen der Arbeiter, die nur eine sehr geringe Erhöhung bedeuten, ohne weiteres bewilligt werden; aber an dem guten Willen fehlt es immer, wenn es gilt, Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. Wenn die Ballschuhfabrikanten sich so energisch gegen die bescheidenen Forderungen der Arbeiter wehren und der Fabrikantenverband dabei hinter ihnen steht, so glauben die Unternehmer jedenfalls, sie könnten sich Ruhe für die gesamte Schuhindustrie sichern, wenn sie den Streik der Ballschuhmacher zum Scheitern bringen. Aber diese Hoffnung der Fabrikanten wird sich nicht erfüllen. Die Streikenden sind heute noch so einig wie am Anfang der Bewegung, und an der Einigkeit und der Solidarität der Arbeiter muß die Hartnäckigkeit der Fabrikanten zuschanden werden. Die Streikenden können ruhig warten, bis die Fabrikanten wieder mit Verhandlungen an sie herantreten.

Die Ausführungen des Referenten fanden allseitigen Beifall und ungeteilte Zustimmung durch zahlreiche Diskussionsredner. Die Versammlung war darin vollkommen einig, daß die Streikenden aushalten werden, bis sie gesiegt haben.

Die streikenden Zettelkleber versammelten sich Montagabend Seydelstraße 30 und faßten den Beschluß, den Streik abzubrechen. Einmütig standen die 78 Streiker bis zuletzt zusammen; sie verloren den Kampf nur dadurch, daß sich immer mehr Streikbrecher fanden, die im Laufe der Zeit angelernt wurden. Ein Versuch, die Vermittelung der städtischen Behörden anzurufen, hatte nur einen negativen Erfolg. Auf Verhandlungen ließen sich die Unternehmer nicht ein, die zuletzt etwa 83 Mann (regelmäßig beschäftigt wurden früher 92) zur Verfügung hatten und für die unvollkommen geleistete Arbeit großes Entgegenkommen bei ihren Kunden und bei den Behörden fanden. Die Streikenden werden jetzt versuchen, anderweitige Beschäftigung zu finden, was auch manchem schon gelungen ist.

Achtung, Textilarbeiter! Schon seit zehn Wochen befinden sich die Teppichweber und alle Arbeiterinnen der Firma M. Protzen u. Sohn in Stralau im Streik. Die Situation ist für die Streikenden günstig. Trotz aller Anstrengungen der Firma, Streikbrecher heranzuziehen, ist ihr das bis jetzt nur in sehr beschränktem Maße gelungen. Die angeworbenen Elemente sind von minderwertiger Qualität und ist es deshalb zu verstehen, wenn die Firma fortgesetzt die verzweifeltsten Anstrengungen macht, unter den Streikenden selbst Verräter zu werben. — In diesem „löblichen Tun" wird die Firma von einzelnen Meistern kräftig unterstützt. Besonders tut sich nach dieser Richtung hin der „Meister" Wilhelm Hein, Berlin O. 17, Goßlerstraße 15, hervor. — Während des Streiks wurde der Meister Hein um eine Lohnzulage von sechs Mark pro Woche vorstellig. Diese wurde ihm zugesichert, wenn es ihm gelingt, einzelne der ihm unterstellt gewesenen Arbeiterinnen zu veranlassen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Seit diesem Tage ist es um „Meister" Hein geschehen. „Halb zog es ihn, halb sank er hin und ward nicht mehr gesehn." Zunächst stellte der Mann an die Streikleitung das Ansinnen, ihm zu erlauben, einige „seiner Arbeiterinnen" mit in den Betrieb hineinzunehmen, damit er die ihm garantierte „Lohnerhöhung" erhalten könne. Als ihm das von der Streikleitung natürlich nicht gestattet wurde, erklärte er, nunmehr alles aufbieten zu wollen, um zum Ziele zu gelangen. Wenn er die Möglichkeit habe, seine Lage selbst auf solche Weise zu verbessern, so würde er das unbedenklich tun. — Mit Hülfe von Versprechungen den Arbeiterinnen gegenüber ist es ihm denn auch gelungen, eine von den Streikenden zu veranlassen, abtrünnig zu werden. — An die Streikenden aber richten wir die Mahnung, sich durch dieses Vorkommnis nicht irritieren zu lassen. Der Sieg steht in sicherer Aussicht, wenn sie noch einige Zeit in bisheriger Einigkeit im Ausstande aushalten. Die Streikleitung.

Das tue ich für Euch alle!

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Wieder einmal versucht der deutschnationale Handlungsgehülfenverband eine Täuschung der öffentlichen Meinung. Eine Zusammenkunft von Mitgliedern seines Verbandes, die in der Provinz Brandenburg wohnen, nennt er „Brandenburger Handlungsgehülfentag" und ladet hierzu allerlei Behörden und Vertretungen ein. Kein anderer kaufmännischer Verband hat mit dieser Veranstaltung etwas zu tun, und alle lehnen selbstverständlich die Teilnahme daran ab. Wenn die Deutschnationalen einen Bezirkstag abhalten wollen, so mögen sie das unter ihrem Namen tun. Die anderen Handlungsgehülfen lehnen es ab, sich durch den deutschnationalen Verband vertreten zu lassen.

Deutsches Reich.

Der Flößerstreik von Nakel und Umgegend erfolgreich beendet!

Nach anderthalbwöchigem Streik haben die Flößer von Nakel und Umgegend, nachdem ihnen die Arbeitgeber Verbesserungen im Arbeitsverhältnis gemäß der gestellten Forderungen zuerkannt haben, am 5. beziehungsweise 6. Oktober die Arbeit wieder aufgenommen. Während der anderthalb Wochen Streik haben die Unternehmer vergeblich alles mögliche versucht, Uneinigkeit in die Reihen der streikenden Flößer zu bringen. Schon während der Verhandlungen, welche von den Arbeitgebern verschleppt wurden, versuchten die Arbeitgeber sowie ein Geistlicher namens Rentz und der in Bromberg domizilierende, sich Arbeitersekretär nennende Agitator des Reichsverbandes die Flößer zum Austritt aus dem Hafenarbeiterverbande zu bewegen und sie zum Eintritt in einen während der Bewegung gegründeten „Christlichen Flößerverband" zu veranlassen. Diese Versuche störten die Einigkeit der Flößer aber nicht. Als nun die Branberger-Schleppschiffahrt-Aktiengesellschaft als Arbeitgeberin sah, daß die Arbeit der ihr zu Hülfe geeilten Hülfstruppe doch nicht fruchtbar sei, lud sie sich sieben Flößer ein, von denen aber nur vier erschienen, mit denen sie einen Vertrag abschloß, der für die übrigen 300 Flößer auch maßgebend sei sollte. Diesem Ansinnen traten die Flößer mit der einmütigen Arbeitsniederlegung, welche am 27. September erfolgte, wie wir bereits berichteten, entgegen. Seitens der Schleppschiffahrt wurden die Streikenden gleich nach Niederlegung der Arbeit per Einschreibebrief aufgefordert, die Arbeit bis spätestens 2. Oktober aufzunehmen, eventuell sie mit allem, was sie besitzen, für sämtliche Kosten und Schäden, die der Schleppschiffahrt und den Interessenten entstehen, unnachsichtig verantwortlich gemacht werden sollten. Der Aufforderung, welche ihren Zweck nicht erfüllte, folgte gleich eine von einem Rechtsanwalt, welcher als Vertreter der Schleppschiffahrt die Streikenden nochmals zur bedingungslosen Aufnahme der Arbeit aufforderte, widrigenfalls Klage erhoben werden sollte. Auch diese Aufforderung wirkte nicht so wie die Arbeitgeber es wohl erwartet haben. In einem, am 4. Oktober bei der Lohnkommission eingegangenen Briefe, welcher als Antwort auf eine, in einer Streikversammlung gefaßten Resolution diente, teilten die Unternehmer mit, daß sie sich nur dann in Verhandlungen einlassen können, wenn die Arbeit wieder aufgenommen ist. Am 5. Oktober vormittags nahmen die Streikenden zu dem Schreiben Stellung und erklärten sich bereit, die Arbeit sofort aufnehmen zu wollen, wenn die Arbeitgeber-Lohnkommission mit der von ihnen gewählten Lohnkommission sofort die Verhandlungen aufnimmt. Weiter beschlossen sie, die Arbeit aber sofort wieder einstellen zu wollen, wenn bis zum 9. Oktober, vormittags, kein zufriedenstellender Vertrag abgeschlossen sein sollte. Die Schleppschiffahrt, welcher die Beschlüsse sofort mitgeteilt wurden, erklärte sich bereit, gemäß derselben zu handeln, weshalb auch die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte. Am 6. Oktober, vormittags, fanden denn auch schon die Verhandlungen statt und gelangte der von den im Hafenarbeiterverbande organisierten Flößern eingereichte Arbeitsvertrag nach geringer Abänderung zur Annahme. Die Verlegung der Grenze — Ablieferungsstelle —, worauf die Arbeitgeber pochten und die zum größten Teil auch das Hauptstreitobjekt war, kam nicht zustande. Die Christen, welche von den Arbeitgebern zu den Verhandlungen auch geladen und erschienen waren, saßen da wie die Lohgerber, welchen die Felle fortgeschwommen waren und sahen zu, wie die Arbeitgeber mit den von ihnen so gehaßten Hafenarbeiterverbändlern einen Vertrag abschlossen, während sie nichts mitreden konnten.

Auf den Ersatz des Schadens, der den Unternehmern durch den Streik erwachsen ist, und der nach ihren Angaben pro Tag weit über 1500 M. betragen soll, verzichteten sie.

Der Streik der Bürstenmacher in Schönheide dauert unverändert fort. Nachdem einige 40 Maschinenmädchen abgereist sind, um in vogtländischen Wäschefabriken zu arbeiten, gibt es in Schönheide noch 969 Streikende. Im benachbarten Rotenkirchen sind gegen 90 Mann ausgesperrt worden. Die in Stützengrün angedrohte Aussperrung ist unterblieben. Ein Unternehmer hat versucht, aus Böhmen Arbeiter heranzulocken, doch sind bisher nur sechs Personen gekommen. Von den Streikenden sind nur zwei abtrünnig geworden. Ein anderer Unternehmer hat am 1. Oktober den Arbeitern, welche in seinen Häusern wohnen, gekündigt, mit der Weisung, am 1. November auszuziehen. Als darauf kurz entschlossen mehrere Familien zum sofortigen Auszug rüsteten, erklärte der besorgt gewordene Unternehmer, der eine ganz andere Wirkung erwartet hatte, die Kündigung gelte erst für Neujahr, wenn bis dahin der Streik noch nicht zu Ende sei. Der Gemeindevorstand bemüht sich um die Einleitung von Verhandlungen. Die Gendarmen haben nachträglich mildere Saiten aufziehen müssen. Am Morgen des 20. September begannen sie damit, die Streikposten von der Straße weg zu verhaften und ruhig ihres Weges gehenden Streikenden das Betreten der Dorfstraßen vor den Fabriken zu verbieten. Die Streikleitung setzte sofort das Ministerium des Innern telegraphisch von dem ungesetzlichen Vorgehen der Beamten in Kenntnis. Das hat gewirkt. Drei von den Verhafteten wurden auf dem Rathause wieder freigelassen. Drei andere wurden an das Amtsgericht in Eibenstock eingeliefert. Der Transport dorthin erfolgte zu Fuß. Um einen Fluchtversuch zu verhindern, zwang der transportierende Gendarm die Arbeiter, die Hosen von den Trägern loszuknöpfen und mit der Hand zu halten. Der Amtsrichter, dem die Verhafteten vorgeführt wurden, erkannte sofort, daß kein Anlaß zur Festnahme vorgelegen hatte und entließ die Leute augenblicklich. Der Amtshauptmann Schwarzenberg hat den Obergendarm, der die Verhaftungen angeordnet hat, von Schönheide fortan ferngehalten und auch den Gendarm abberufen, der die Verhafteten in der geschilderten Weise zum Gericht transportiert hat. Offen eingestehen kann freilich keine sächsische Behörde, daß ihre Organe unrecht gehandelt haben. Das Ministerium hat dem Amtshauptmann Schwarzenberg aufgetragen, auf die telegraphische Beschwerde Bescheid zu erteilen. Das ist in einem Schreiben geschehen, das eine unglaubliche Verhunzung der deutschen Sprache darstellt. Es wird darin einleitend bemerkt, das Verhalten der Streikenden habe Sicherheitsanordnungen erforderlich gemacht. Statt der vorgekommenen sechs Arretierungen will die Amtshauptmannschaft nur von drei Fällen wissen. Dann sagt sie dem Streikleiter:

„Inwiefern Sie zur Vertretung der von der Arretur betroffenen Posten berechtigt sind, ist nicht ersichtlich, ebenso wie man nach dem oben Dargelegten von einem grundlosen Einschreiten der Polizeiorgane, bei der Dreizahl der Arretierten von einem Verhaften in Massen und bei den nachgewiesenen Uebergriffen der Streikposten von friedlichen Streikposten nicht mit Recht reden kann. Immerhin hat die königliche Amtshauptmannschaft das von Ihnen angezeigte, auf der Wahrheit entsprechende Verhältnisse zurückgeführt, insofern als nicht unbeachtlich anzusehen gehabt, als die drei arretierten Streikposten nicht nachweislich zur Zeit ihrer Arretur belästigend aufgetreten sind, wie sie denn auch im Mangel eines Haftgrundes alsbald wiederum entlassen worden sind."

Gegen die schuldigen Beamten will die Amtshauptmannschaft nichts unternehmen, aber sie teilt mit, sie habe durch wiederholte Instruktion der Gendarmerie Remedur geschaffen. Das Verbot des Streikpostenstehens wird aufrechterhalten; aber es ist tatsächlich außer Kraft gesetzt worden, weil die Streikposten unbehelligt bleiben. In der sächsischen Unternehmerpresse werden die Fabrikanten scharf gemacht. Es wird darauf hingewiesen, daß ein solcher Streik im oberen Erzgebirge eine neue Erscheinung sei. Der Streik müsse niedergeworfen werden, denn bei einem der Arbeiterschaft günstigen Ausgange würden in dem bisher von Lohnkämpfen noch nicht heimgesuchten Erzgebirge auch die Arbeiter anderer Industriezweige den Versuch machen, gegen die Unternehmer vorzugehen. Die im Streike stehende Arbeiterschaft ist jetzt nach sechswöchentlicher Dauer des Kampfes nicht weniger fest entschlossen als am ersten Streiktage, bis zum Siege auszuharren.

Der Maurerstreik in Bayreuth, der schon wiederholt von der bürgerlichen Presse als beendet gemeldet wurde, ist jetzt nach fast fünfmonatiger Dauer abgebrochen worden. Auch in diesem Kampfe hat sich alles mit dem Unternehmertum gegen die Arbeiter verbündet, mit schwarzen Listen, Berufserklärungen usw. wurde fleißig gearbeitet, ohne daß ein Staatsanwalt dagegen einschritt, während gegen die Arbeiter Polizei und Gerichte ihr möglichstes taten. Die nächsten Monate werden dazu verwendet, um die Organisation noch besser auszubauen und dann den Kampf von neuem zu beginnen.

Ausland.

Neuer Bergarbeiterstreik.

Mährisch-Ostrau, 9. Oktober. Nächsten Sonntag finden hier große Bergarbeiterversammlungen statt, in denen der allgemeine Streik beschlossen werden soll, falls bis dahin die Bergwerksbesitzer die Forderungen der Arbeiter nicht völlig erfüllt haben.

Um die Sonntagsruhe. 3000 Pariser Postbedienstete hielten ein Meeting ab und beschlossen, das Parlament aufzufordern, das Gesetz über den wöchentlichen Ruhetag dahin abzuändern, daß seine Wohltat auch ihnen zuteil werde.

Die Schriftseyer von Lille sind infolge Nichtbewilligung der geforderten Lohnerhöhung um 10 Proz. in den Ausstand getreten.

Die Hafenarbeiter von La Rochelle sind in einen Streik eingetreten.

Amerikanische Freiheit.

In Burkingham in Kanada traten die Arbeiter der Sägemühlen in den Ausstand. Da die Ausständigen den Betrieb der Mühlen durch Streikbrecher unmöglich zu machen suchten, schritt die amerikanische Polizei ein, die als lakaiische Beschützerin des Kapitals womöglich noch berüchtigter ist, als die europäische. Die Polizisten schossen auf die Streikenden, von denen drei getötet und elf verwundet wurden. Außerdem ist ein Sonderzug mit Miliz nach dem „Kriegsschauplatz" abgegangen, der auch ein Maschinengewehr in das Streikgebiet führte.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Selbst den Polen zuviel.

Frankfurt a. M., 9. Oktober. (B. H.) Wie aus der Pfalz gemeldet wird, inszenierten am Sonnabend auf dem Hofgut Scharrau bei Roxheim wegen **schlechter Behandlung etwa 30 polnische Arbeiter und Arbeiterinnen eine Revolte.** Der Verwalter flüchtete, sonst wäre er erschlagen worden. Zwei Rädelsführer wurden verhaftet. Als die übrigen ihren Landsleuten folgten und die Gendarmen bedrohten, wurde noch eine Anzahl weiterer Exzedenten in Haft genommen.

Ausstand in Sicht.

Offenbach, 9. Oktober. (B. H.) In der gestern im „Saalbau" stattgehabten großen Metallarbeiterversammlung berichtete die Siebenerkommission über ihre mit den Fabrikanten gepflogenen Verhandlungen, wonach diese nur einen Teil der aufgestellten Forderungen bewilligen wollen, und zwar 15 Proz. für Ueberstunden; die übrigen Forderungen sind abgelehnt worden. Die Versammlung beschloß **einstimmig, von den vorgeschlagenen Bedingungen nicht abzugehen** und, falls ein Nachgeben der Fabrikanten nicht erzielt wird, die **Schleifer** am Mittwoch und die übrigen **2000 Arbeiter am Freitag in den Ausstand zu treten** haben.

Französischer Dockarbeiterstreik.

Paris, 9. Oktober. (B. H.) **In La Rochelle sind gestern die Dockarbeiter in den Ausstand getreten.**

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Der Internationale Kongreß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Rom, 5. Oktober. (Eig. Ber.)

Auf Anregung der Mailänder Società Umanitaria hat am 1. und 2. Oktober in Mailand der erste Kongreß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit getagt. An den Verhandlungen nahmen gegen 80 Delegierte teil, darunter auch ausländische und italienische Sozialisten wie Genosse Greulich, Molbranque, Cabrini, Keir Hardie, Michels, Lazzari, Reina, die Genossin Altobelli u. a. m.

Die Arbeiten wurden eröffnet mit einem Referat des Professors Graziani über die Ursachen der Arbeitslosigkeit. An der Diskussion nahmen teil: Prof. Keufer, der die Maschine als Ursache ansieht und gleichzeitig eine Beschränkung der Arbeitszeit befürwortet, ferner Genossin Altobelli, die über die Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft sprach. Schließlich hat Genosse Cabrini den Kongreß, nicht länger bei der Frage der Ursachen der Arbeitslosigkeit zu verweilen, sondern gleich zu dem Thema ihrer Bekämpfung überzugehen.

Zu diesem Punkte sprach in der nächsten Sitzung Professor Attilio Cabiati, der folgende Forderungen aufstellte: Ersetzung der individuellen Arbeitsverträge durch Kollektivverträge, in denen die Dauer des Vertrages, die Löhne, die Arbeitszeit festgesetzt werden; internationale Verträge sowie internationale Arbeitsvermittelung. Erziehung des sozialen Verantwortlichkeitsgefühls der Arbeiter, Organisation der Arbeiter unter hauptsächlicher Heranziehung der Gutbezahlten zu den Versicherungsbeiträgen. Förderung der Arbeits- und Produktionsgenossenschaften. Der Referent sprach den Wunsch aus, daß der Staat die aufsteigende Organisationsbewegung des Proletariats unterstützen und die Kinder der elterlichen Willkür in Sachen der Berufswahl entziehen möge.

Merlo schlägt vor, daß sich die Wohltätigkeitsanstalten und Wohlfahrtseinrichtungen besonders der Berufsausbildung der Kinder des Proletariats widmen sollen. Weiter sprachen Reina (Sozialist) für eine internationale Organisation der Arbeitsnachweise, Prof. Cassola über den Einfluß der Unternehmerorganisationen auf die Arbeitslosigkeit, welchen Einfluß er nur in der ersten Zeit, nicht bei voll ausgebildeter Organisation für ungünstig erachtet, und Pagliari, der staatliche Zuschüsse für die Arbeitslosenkassen der Gewerkschaften fordert.

Ueber die Arbeitslosigkeit in der Großindustrie referierte Prof. E. Cossa, der zu dem Schluß kommt, daß die Herabsetzung der Arbeitszeit das einzige Abhülfsmittel darstelle. — Die Beschäftigungslosigkeit der Privatangestellten wurde von Dr. Gasparatto behandelt; Redner beantragte staatliche Organisation des Arbeitsnachweises und der Versicherungskassen, in die die Unternehmer für jeden Angestellten eine bestimmte Summe zahlen.

Es folgten mehrere andere Redner, unter ihnen Genosse Michels, der sich gegen die Wahnvorstellung einer gemeinsamen Aktion von Arbeitern und Unternehmern zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wendet, und Genosse Cabrini, der erklärte, die Sozialisten sähen in der Arbeitslosigkeit eine notwendige und nicht aufzuhebende Folge des bürgerlichen Wirtschaftsregimes, für die sie die Unternehmer und den Staat nicht moralisch verantwortlich machen, da sie nicht vom Willen der Personen, sondern vom System abhänge. Redner vertritt darauf die Berechtigung der Schutzgesetzgebung für Frauen und Kinder.

Am zweiten Tage nahm die Diskussion größere Lebhaftigkeit und eine gewisse Erbitterung an, da die sozialistischen Kongreßteilnehmer der vorgeschlagenen Tagesordnung gegenüber erklärten, daß das Problem der Arbeitslosigkeit nur durch die Sozialisierung der Produktionsmittel gelöst werden könne. Schließlich einigte man sich auf folgende Tagesordnung, die mit großer Mehrheit angenommen wurde:

„In Erwägung, daß die Aufgabe des Kongresses vor allem darin lag, die geeigneten Mittel nicht zur Abschaffung der Arbeitslosigkeit, sondern nur zu ihrer Verminderung zu suchen, beschließt der Kongreß, sich jeder Aeußerung über die Frage der ersten Ursachen der Arbeitslosigkeit zu enthalten.

Der Kongreß erklärt, daß sowohl vom moralischen als vom materiellen Standpunkte aus der wichtigste Faktor für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Entwickelung der Arbeiterorganisationen liegt in bezug auf die Festsetzung des Arbeitstages, des Lohnes, der Arbeitsverträge, der besseren Verteilung der Arbeit im Innern der Gruppen und der Entwickelung aller Formen der Arbeitsgenossenschaft, und daß eine zweite Reihe von Maßnahmen darin besteht, durch wirksame Pression auf politischem Gebiete das Eingreifen des Staates und der lokalen Körperschaften zu provozieren.

Der Kongreß spricht den Wunsch aus, daß dieses Eingreifen in folgender Weise erfolge:

1. Durch eine periodische statistische Aufnahme des Standes der Arbeit und der Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Industrien.

2. Durch Gründung unentgeltlicher öffentlicher Arbeitsnachweise für Arbeiter und Unternehmer in all jenen Industrien, in denen der Arbeitsnachweis noch nicht direkt von den Kontrahenten organisiert ist, und durch Organisierung des internationalen Arbeitsnachweises.

3. Durch Einführung der obligatorischen oder fakultativen Versicherung, deren Kosten gemeinsam von Staat, Unternehmern und Arbeitern zu tragen ist.

4. Durch Erleichterung des Kredits für die Arbeiter, besonders für die Kollektivpachtung von Grund und Boden.

5. Durch Unterstützung der Arbeiterkassen für Arbeitslose von seiten des Staates, der Provinzen und der Gemeinden."

Für uns läßt sich der Kommentar zu diesem Kongreß in wenig Worten zusammenfassen: Alle Versuche, die Arbeitslosigkeit fühlbar zu vermindern, müssen an der Zerfahrenheit der kapitalistischen Produktion scheitern, die sich ja eben mittels periodischer Arbeitslosigkeit regelt. Deshalb hätte der Kongreß vielleicht besser getan, anstatt sich damit zu beschäftigen, wie man von dem gewaltigen Blocke der Arbeitslosigkeit etwas abkratzen kann, sich ausschließlich mit den Mitteln zu beschäftigen, die die Arbeitslosigkeit erträglicher machen. Das furchtbarste ist ja, daß heute vielfach schon vorübergehende Arbeitslosigkeit genügt, um eine ganze Familie dauernd zugrunde zu richten: Arbeitslosenunterstützung, ausgedehnter Kredit für Arbeitslose, Reform des Leihhauswesens, weniger kannibalische Handhabung der Hausherrnrechte — das ist so ziemlich das einzige, was im Rahmen der heutigen Gesellschaft gefordert werden kann. Gegen die Arbeitslosigkeit kann sie nicht an, aber es ist Forderung der Menschlichkeit und des sozialen Interesses, für die Arbeitslosen etwas zu tun, um deren Herabsinken zum Pauperismus mit seinen unheilvollen sozialen und individuellen Folgen zu steuern. Das ist nicht allzu viel verlangt, aber doch ist es mehr, als die herrschenden Klassen freiwillig tun werden.

Die Parteipresse zum Parteitag.

„Münchener Post":

„. . . Es erhebt sich für jeden, der mit ganzer Seele das Leben der Partei mitlebt, die ernste Frage: was hat er (der Parteitag Red. d. „V.") uns gebracht, was hat er für die Arbeiterschaft geleistet. Und da glaube ich, daß wohl selten die Partei mit solchem Gefühl bedingungsloser Zufriedenheit auf einen Parteitag zurückschauen kann wie auf die Tage von Mannheim. Heute, wo so manche Wolken, die den Horizont der Partei verdunkelten, zerstreut sind, heute können wir es uns ja eingestehen, daß viele nicht ohne Sorge der diesjährigen roten Woche entgegensahen. Die unseligen inneren Konflikte, die seit dem unheilvollen Dresdener Parteitage die Aktionsfähigkeit der Partei lähmten, die uns eine Reihe von Mißerfolgen beschert hatten, waren noch immer nicht gänzlich verstummt, noch nicht beseitigt der wenig brüderliche Ton, der den Austrag sachlicher Differenzen so oft ganz unwesentlich erschwert hatte. Dazu war kurz vor dem Parteitag ein Zwist zwischen den Leitungen der beiden gewaltigen Organisationen, zwischen Partei und Gewerkschaften, entflammt, und die Meinungen über die Bedeutung des Massenstreiks als Kampfesmittel gingen weit auseinander. Also Grund genug, sich auf heftige, leidenschaftliche Auseinandersetzungen gefaßt zu machen.

Aber es kam ganz anders. Nicht als ob man versucht hätte, Gegensätze zu vertuschen, Meinungsverschiedenheiten zu verbergen. Im Gegenteil. In gründlichster Weise sprach man sich aus, diskutierte eingehend die strittigen Probleme, und von allen Rednern wurden je nach dem Temperament des einzelnen die Meinungen lebhaft und energisch verfochten. Aber alle diese Auseinandersetzungen, in denen die fähigsten Köpfe der Partei, in denen Parteiführer und Gewerkschaftsbeamte, Radikale und Opportunisten zu Worte kamen, waren getragen vom Geist des Friedens und der Versöhnlichkeit. Mit elementarer Wucht kam immer wieder der eine Gedanke zum Ausdruck: Mögen auch unsere Anschauungen hier und dort voneinander abweichen, wir sind alle ohne Ausnahme Glieder der einen gewaltigen, heilig großen Sache. Ich habe doch nur einen Kopf, nur ein Herz, sagte Legien, wie sollte ich halb Gewerkschaftler, halb Sozialdemokrat sein. Und die Gewißheit hat uns Mannheim gegeben: unsere Differenzen werden in aller Zukunft rein sachlich geführt werden. Gewiß, vorhandene Differenzen sollen auch fernerhin ausgetragen, nicht totgeschwiegen werden. Verschiedene Meinungen wird es, muß es in der Dreimillionenpartei ständig geben, und das ist gut. Ihr Fehlen würde inneres Siechtum, würde Erstarrung und Verknöcherung bedeuten. Aber der Stachel persönlicher Verunglimpfung wird fehlen. Der Geist der Solidarität und Brüderlichkeit wird sie erfüllen. Das ist der große Gewinn der Mannheimer Tagung, das seine bleibende Bedeutung."

„Arbeiterzeitung" (Dortmund):

„. . . Selbst der „Vorwärts"-Konflikt, der so große Erregung in weite Kreise trug, wäre gänzlich unerwähnt geblieben, wenn nicht Stampfer und Braun das dringende Bedürfnis gefühlt hätten, sich in der Rolle der Kapitolswächter des Prinzips und der Vertreter des guten Tones zu produzieren. Das Gelächter, das Heinrich Braun einheimste, dürfte ihn belehrt haben, daß seine Ansichten in der Partei keine Resonnanz finden. Von Stampfer hätten wir anderes erwartet. Anstatt mannhaft zu der von ihm eingerührten Sache zu stehen oder einfach, sein Unrecht eingestehend, zu revozieren, schlägt er sentimentale Töne an, die in dem Schlußakkord ausklangen: „Wenn ich gefehlt habe, dann werfen sie mich in Gottes Namen hinaus." Das ist wahrlich nicht die Art eines Genossen, der sich als Kämpfer gegen eine von ihm entdeckte angebliche Korruption der Meinungen aufspielte. Vielleicht aber dient ihm die Abfuhr, die er sich auf dem Parteitag holte, zur Warnung; wir hoffen, daß er endlich einsieht, wie bedenklich es ist, mit einem kleinen Kreise von Personen zu fraternisieren, die seit Dresden bemüht sind, der Partei Ungelegenheiten zu bereiten. . . .

. . . Bebel, der zwei Stunden sprach, ließ die Schärfe vermissen, die in seinem Jenenser Referat über die gleiche Angelegenheit (den Massenstreik) so markant zum Ausdruck kam. Seine Jenenser Rede hatte eine unverkennbare Spitze gegen die Flaumacherei, welche den Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses durchzog. Er erblickte Gefahren, die ihm anscheinend in Jena noch nicht so recht gegenwärtig waren. Wir sind auch keine Revolutionsromantiker, auch wir rechnen mit den nun einmal nicht aus der Welt zu schaffenden Tatsachen, allein man konnte sich im Verlauf der Rede Bebels doch des Gefühles nicht erwehren, daß er die strittige Frage mehr von rein taktischen Gesichtspunkten aus behandelte. Dieserhalb wohl war auch das Referat Legiens in mehr versöhnlichem Tone gehalten, als man nach der scharfen Preßfehde erwarten durfte. In diesem Sinne muß auch die taktisch wohlerwogene Rede Bömelburgs bewertet werden. In vielen Dingen konnte man der Rede der Genossin Luxemburg zustimmen, nur schoß sie mit ihrer Ansicht über die Drehbarkeit der Maschinengewehre weit über das Ziel hinaus. Soweit sind wir in der Tat noch nicht, aber darin hatte sie recht — die Revolution löst Kräfte aus, von deren Vorhandensein man sich vorher kaum hätte träumen lassen. Anderthalb Tage wogte die Redeschlacht, ihr Ergebnis war die unseren Lesern bekannte Resolution Bebel-Legien, die uns — offen gestanden — nicht so recht befriedigt. Das ganze Jahr hindurch war die Grundlage des Kampfes die, daß der Kölner Kongreß den Massenstreik mit einer nichtssagenden Redefloskel beiseite schob, während der Jenenser Parteitag ihn in das proletarische Waffenarsenal mit einreihte. Nun auf einmal hat die Mehrheit des Parteitages festgestellt, daß die Beschlüsse von Köln und Jena keinerlei Widerspruch in sich schließen. Was die Resolution sonst sagt, sind Dinge, die gar nicht streitig waren. Die Pflicht der Parteigenossen, den Gewerkschaften beizutreten und die Gewerkschaftsbewegung zu fördern, ist bereits auf früheren Parteitagen betont worden. Ueber die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung bestand keinerlei Zweifel, höchstens rein theoretisch über die Grenzen, die der Macht der Gewerkschaften gezogen sind. Daß der Parteivorstand mit der Generalkommission in Verbindung treten soll, wenn sich einmal ein Massenstreik als unabwendbar zeigen sollte, hat im Grunde genommen doch nur eine mehr formale Bedeutung. Die Hauptsache liegt wo anders: wenn nämlich die Generalkommission sich ablehnend verhalten sollte, was dann? Auch darin liegt eines der Hauptbedenken, die wir gegen die etwas stark nach Kompromiß aussehende Resolution haben. Sie schafft nicht die Klarheit, die wünschenswert gewesen wäre. Nicht, daß wir meinen, der Parteitag hätte etwa den Gewerkschaften das Messer auf die Brust setzen sollen, das sei ferne von uns, aber diese Resolution läßt an prinzipieller Zielklarheit so ziemlich alles zu wünschen übrig. Gleichwohl hegen wir keine besonderen Bedenken, denn in dem Moment, in dem es zum Massenstreik kommt, werden sich die Mitglieder der Gewerkschaften, als aufgeklärte Arbeiter, ohne Zweifel als treibendes Element erweisen. Mögen nur die Massen stets und ständig auf ihre Konsuln wachen."

„Freie Presse" (Elberfeld):

„Mit Genugtuung kann die deutsche Sozialdemokratie auf die Mannheimer Woche zurückblicken. Was wir vor dem Parteitage in Aussicht stellten, ist in hohem Maße eingetroffen: der Parteitag hat zu allen den wichtigen Fragen, welche ihn beschäftigen sollten, in durchaus sachlicher Weise Stellung genommen und die vorhandenen Differenzpunkte einer Klärung entgegengeführt.

Es muß der in der bürgerlichen Presse auftauchenden, angeblich von einem sozialdemokratischen Führer inspirierten Meinung, wonach man um des lieben Friedens halber die Gegensätze vertuscht habe, mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Wären die Verhandlungen von einem solchen Geiste erfüllt gewesen, so hätten wir einen recht faden Parteitag hinter uns. Wir wissen aber nun, daß genau das Gegenteil der Fall ist. Vom Anfang bis zum Schluß stand der Parteitag auf einem geistig hohen Niveau; eine Fülle von anregendem Material ist geboten und verarbeitet worden; das müssen selbst unsere Gegner zugeben.

. . . Nach dem Mannheimer Parteitag dürfte die Massenstreikfrage keinen Gegenstand des Streites mehr bilden und damit auch eine wesentliche Reibungsfläche zwischen Partei und Gewerkschaft beseitigt sein. Das ist das Haupterfreuliche, was der Mannheimer Parteitag geschaffen hat."

„Volkswacht" (Breslau):

„Die von der bürgerlichen Presse mit Sehnsucht erwartete Sensation des Parteitages ist zum größten Aerger jener Seite nicht gekommen: die „Vorwärts"-Frage ist nicht wieder aufgerollt worden, und unbeschadet unserer heute noch unveränderten Stellung zur Frage der sogenannten „Sechs" sagen wir: es ist gut, daß es so gekommen ist, denn es hätte keinen Zweck gehabt, Wunden, die schon am Vernarben waren, wieder aufzureißen. Auch daß ein neuer Skandal, der sich an den Konflikt des „Vorwärts" mit den Genossen Stampfer und Heinrich Braun zu knüpfen drohte, verhütet wurde, auch darüber kann man nur seiner Freude Ausdruck geben; wir haben nun wirklich einmal der inneren Reibereien und der Selbstzerfleischung in unseren eigenen Reihen vollauf genug. Hoffentlich aber wird auch die kurze Aussprache über den „Vorwärts"-Stampfer-Konflikt dazu beitragen, daß man auf allen Seiten einsehen lernt, daß nicht die Grobheit des Tones es ist, welche die Stärke des Debatters ausmacht, daß vielmehr die Sachlichkeit durch die Ruhe des Tones nur gehoben und gestützt werden kann.

Im Mittelpunkte des parteigenössischen aber auch alles ernsthaften bürgerlichen Interesses am Mannheimer Parteitage stand die Behandlung der Massenstreikfrage, die sich nach den Vorgängen der letzten Monate notwendigerweise zu einer Frage über das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften erweitern mußte. Genosse Bebel befand sich hier in der Stellung eines Verteidigers, und er selbst hat zugegeben, daß ihm diese viel weniger anstehe als die Rolle des Angreifers. So mußte es auch kommen, daß unserer Auffassung nach die Beredtsamkeit Bebels hinter der nüchternen Logik der Legienschen Gründe zurückbleiben mußte. Legien hat das Problem des Massenstreiks bis zu seinen letzten unerbittlichen Konsequenzen hingeführt, und daß er offen ausgesprochen hat, wie die Dinge im Lichte kühler Verstandeserwägung sich zeigen, das erst gibt der angenommenen Resolution ihren wahren Wert als Einigungsresolution, nur in diesem Sinne ist sie mit Einverständnis der Gewerkschaftsführer, wie Bömelburg und Reichel akzeptiert worden. Daß aber diese Tatsache nicht mit voller Klarheit in der Resolution zum Ausdruck gebracht worden ist, das läßt in uns, selbst auf die Gefahr hin, Schwarzseher genannt zu werden, die Beunruhigung nicht zur Ruhe kommen, daß auch die Mannheimer Resolution ähnlich der Jenaer den Kern zu neuen Streitigkeiten über den Massenstreik in sich birgt, die über kurz oder lang doch wieder zum Ausdruck kommen werden. Schließlich bedeuten ja solche sachliche Streitigkeiten über Fragen der Taktik für die Entwickelung der Partei keine Gefahr, im Gegenteil sie tragen zur Klärung bei. Und über das Problem des Massenstreiks herrscht bei uns noch lange nicht die erforderliche Klarheit.

Gute Arbeit aber hat der Parteitag vor allem dadurch geleistet, daß er in offizieller Form die hohe Bedeutung der Gewerkschaften für den Klassenkampf anerkannt hat. Dadurch, vor allem durch die Ablehnung des Antrages Kautsky, ist viel dazu getan worden, um die immer drohender werdenden Gegensätze zwischen Partei und Gewerkschaften im Interesse der Stoßkraft des gemeinsam zu führenden Klassenkampfes zu überbrücken. Bei ehrlichem Wollen auf beiden Seiten werden die Mannheimer Verhandlungen die Grundlage zu einem immer innigeren und geschlosseneren Zusammenarbeiten der beiden gleich wichtigen Heersäulen des proletarischen Befreiungskrieges bilden.

Eine unangenehme Begleiterscheinung des Mannheimer Parteitages, die unseres Erachtens noch niemals so stark hervorgetreten ist, war ein gewisser übertriebener Personenkultus. Wenn wir auch wissen, daß hierbei die Personen immer nur als die Träger von bestimmten Ideen geehrt werden sollten, so ist es doch etwas Mißliches und geradezu Abstoßendes, wenn der Personenkultus gerade auf einem Arbeiterparlamente gar zu üppig ins Kraut schießt."

„Tribüne" (Erfurt):

„. . . Auf das bedächtige Köln folgte das feurige Jena, auf die grollende Vorständekonferenz folgte das glättende Mannheim! Hier erwies sich die Frage zum Urteilsspruch reif, und beide Teile geben zu, daß die Differenzen und Mißverständnisse beseitigt sind. Die überhaupt denkbare Einheitlichkeit in der Auffassung und Taktik ist erreicht — wobei allerdings nicht vergessen werden darf, daß das alles nur für die augenblickliche Gegenwart Geltung haben kann. Eine für immer gültige Formel gibt es nicht, kann es nicht geben, solange die Organisationen lebendige Gebilde sind und mit Verhältnissen zu rechnen haben, die in stetem Flusse wechseln und von der Bewegung noch nicht bestimmend beeinflußt werden können. . . .

. . . In Wirklichkeit behandelte Bebel nur die andere Seite der Frage, die in Jena etwas zu kurz gekommen, zu kurz kommen mußte, weil es damals galt, die Bedächtigen aufzurütteln, diesmal aber die stürmenden Unbesonnenen zu ernüchtern. . . .

. . . Man würde sich aber gehörig täuschen, diese Kämpfe als einen billigen „Streit um Worte" einschätzen zu wollen! Einem solchen Weißseher entzieht allein die Mannheimer Rede Legiens jeglichen Boden. Dieser Gewerkschaftsführer bekämpfte in seinen ersten Ausführungen heftig die Jenaer Resolution, freilich — wie die Genossin Zietz treffend hervorhob — unter dem ungewollten Eingeständnis, daß er im Grunde die Jenaer Resolution unter dem Gesichtspunkte der Anarchosozialisten aufgefaßt habe, nämlich den Generalstreik als x-beliebig anzuwendendes Allheilmittel. Man sah, daß die Ausführungen Bebels wenig Eindruck auf ihn gemacht hatten, trotzdem er zum Schluß immer wieder betonte: wir sind im Grunde ja einig.

Konnte Legien damit den Parteitag sachlich nicht gewinnen, so war das um so mehr den anderen Gewerkschaftsführern vorbehalten. Erklärungen und Versicherungen eines Bömelburg und Reichel z. B. wogen hundertmal schwerer, weil sie sehr klar als der Ausdruck der sachlich konsequenten Ueberzeugung dieser Führer und damit des Geistes ihrer betreffenden Organisationen gefühlt wurden. Erst durch diese Debatte konnte die Mehrheit des Parteitages für die Ueberzeugung gewonnen werden, daß die Kölner Resolution mit der Jenaer nicht im Widerspruch stehe. Nun war die Verständigung erreicht. Kautsky zog sein letztes Amendement aus rein taktischen Erwägungen zurück, weil die Gewerkschaftsführer das Aussprechen einer Selbstverständlichkeit — Selbstverständlichkeit auch nach den Angaben derselben Gewerkschaftsführer! — in diesem Moment und Zusammenhange als der Einigkeit nicht förderlich betrachteten. Die Zurückziehung war ein Zugeständnis, das auch auf dieser Seite vom tiefsten Wunsche nach Verständigung zeugte. . . ."

„Mecklenburgische Volkszeitung":

„. . . Es ist richtig, Bebel sprach in Mannheim sehr „nach rechts", und er selbst gab das ja zu. Er begründete es damit, die allzu rosigen Hoffnungen auf ihr richtiges Maß zurückführen zu müssen. Nichts Schlimmeres freilich könnte uns passieren, als wenn wir unsere Kräfte überschätzen. Doch ist aber auch nicht zu bestreiten, daß eine bloße Zahlenrechnung ein absolut richtiges Bild nicht ergibt. In zugespitzten politischen Verhältnissen sprechen auch noch andere Umstände eine gewaltige Sprache mit. Womit natürlich nicht gesagt sein soll, wir seien gegen den Grundgedanken der Jena-Mannheimer Massenstreikresolution. Vielmehr stehen wir durchaus auf ihrem Boden. . . .

Nach jeder dieser Richtungen hin wird der Mannheimer Parteitag fördernd sein. Der sozialistischen Idee wird er überhaupt weite Strecken erschließen! Im besten Sinne des Wortes hat dieser Parteitag gute Arbeit geleistet. Er hat Meinungen innerhalb der Partei wesentlich geklärt und so die Stoßkraft gestärkt, und er hat der Werbearbeit unserer Parteigenossen wertvolles Material geboten resp. ist selbst als Werber aufgetreten. . . ."

„Norddeutsche Volksstimme“ (Bremerhaven):

„. . . Ob die durch die Amendements Bebel-Legien und Kautsky abgeänderte Resolution Bebel nun bis aufs Tüpfelchen vom i auch wortgemäß einwandsfrei ist, kommt unseres Erachtens wenig in Betracht, sinngemäß ist sie es zum mindesten. Außerdem haben Resolutionen eigentlich doch nur bedingten Wert, es kommt auf den Geist an, der in ihnen liegt und aus dem heraus sie geboren werden. Ueber diesen Geist aber besteht hinsichtlich der Mannheimer Resolution kein Zweifel: es ist der Geist des klassenbewußten, revolutionären Sozialismus. Da gibt's kein Drehen und kein Deuteln, und diejenigen, die etwa glauben, mit der Annahme der die Einigkeit und Einmütigkeit der Partei und Gewerkschaften dokumentierenden Mannheimer Resolution sei dem sog. Revisionismus auch nur ein Stückchen an Konzessionen gemacht worden, befinden sich in einem fundamentalen Irrtum. Im Gegenteil, wenn irgendwo, so hat sich in Mannheim gezeigt, daß der alte revolutionäre Klassenkampfcharakter ein unveräußerliches Gut der gesamten modernen Arbeiterbewegung ist und auf immer bleiben wird. Alle „Hoffnungen“, die vielleicht von dieser oder jener Seite auf eine Verwischung dieses Klassenkampfcharakters gerichtet sind, möge man getrost begraben, irgend welche Aussicht auf Erfüllung haben sie nicht.“

Der französische Gewerkschaftskongreß.

Amiens, 8. Oktober. (Eig. Ber.)

Heute hat hier der 15. Kongreß der in der Arbeitskonföderation vereinigten Berufsvereinigungen — der nationalen Föderationen und der lokalen Arbeitsbörsen — begonnen. Er tagt im geräumigen Turnsaal einer Vorstadtschule, der gleichwohl für die Menge der Delegierten kaum Platz hat. Die rot drapierte Tribüne erinnert daran, daß wir uns unter revolutionären Arbeitern, das Fehlen der auf sozialdemokratischen Parteitagen üblichen Wahlsprüche, daß wir uns in einer Versammlung befinden, wo noch nicht der einheitliche sozialistische Geist zum Sieg gelangt“ ist. Die Versammlung trägt einen ausgesprochen proletarischen Charakter und sticht dadurch von den Kongressen der französischen politischen Partei, auf denen die Intellektuellen einen beträchtlichen Bestandteil bilden, einigermaßen ab.

Auf den Tischen liegt ein dünnes Heftchen: Berichte der Ausschüsse und der Kommissionen. Der Sekretär der Konföderation Griffelhues bekennt sich als Gegner der Tintenklexerei. Vielleicht wäre eine größere Ausführlichkeit bei einzelnen Punkten den polemischen Pointen vorzuziehen gewesen. Jedenfalls enthalten die Berichte genug interessantes Material.

Griffelhues verzeichnet mit Genugtuung die propagandistischen Erfolge, die seit dem letzten Kongreß in Bourges, innerhalb kaum zweier Jahre erzielt worden sind. Die Maibewegung habe die indifferenten Massen aufgerüttelt und für die gewerkschaftliche Propaganda gewonnen. Das Gesetz über den wöchentlichen Ruhetag aber sei der von der Föderation geleiteten Agitation zu danken.

Ausführlich behandelt der Bericht die Ereignisse, die zum Abbruch der Beziehungen mit dem internationalen Gewerkschaftsbureau geführt haben. Die Korrespondenz des Sekretärstellvertreters Bouget mit dem internationalen Sekretär Legien über die Behandlung der Punkte: Antimilitarismus, Generalstreik und Achtstundentag auf der Konferenz in Amsterdam ist vollständig wiedergegeben. Zum Schluß heißt es, der zweite Absatz der von Deutschland gemachten Vorschläge, dahingehend, daß die theoretischen Fragen auf den internationalen Arbeiterkongressen, die auf die Taktik in den einzelnen Ländern bezüglichen aber auf den nationalen Kongressen zu erledigen seien, sei im Protokoll des internationalen Bureaus nicht erwähnt, trotzdem er diskutiert worden sei. Auch die Reise Griffelhues in Angelegenheit einer gemeinsamen Manifestation gegen den Krieg wird rekapituliert. Den infolge des Bescheides der deutschen Gewerkschaften beschlossenen Austritt aus dem internationalen Bureau mit gleichzeitiger Weiterbezahlung der Beiträge versieht der Verfasser des Berichts mit folgendem Kommentar: „Durch diese Entscheidung wollte das Komitee die Notwendigkeit einer internationalen Verbindung betonen, ohne aber an einer Arbeit teilzunehmen, die einzig aus Geschreibsel und Statistik besteht.“

Von der Achtstundenbewegung heißt es, man könne ihren Sinn nur erfassen, wenn man „den sozialen Wert“ der Ereignisse erkenne. Es wäre albern gewesen, beim ersten Anhieb gleich Vollkommenheit zu erwarten. Aber die Kampferfassung und die Kampffähigkeit der Arbeiterklasse sei gestärkt worden.

Der Finanzausweis der Kommission für die Achtstundenpropaganda weist für die Zeit vom 20. Dezember 1904 bis 31. Mai 1906 an Einnahmen aus Beiträgen und Sammlungen, Verkauf von Broschüren, Plakaten u. a. 21 936 Fr., an Ausgaben 21 227 Fr. aus.

Dem Bericht des Komitees der Landesverbände entnehmen wir folgende Daten: Die Zahl der Verbände ist von 53 auf 61, die der angeschlossenen Gewerkschaften von 1792 auf 2399 gestiegen. Seit 1902 hat sich diese Zahl mehr als verdoppelt. Es bestehen jetzt 25 Fachblätter, gegen 20 zur Zeit des letzten Kongresses. Die Verbände hatten 1904 für 158 000, bis 31. Mai 1906 dagegen für 203 000 Mitglieder die Beiträge an die Zentrale abgeführt. Am stärksten erscheinen in der Aufstellung die Eisenbahner mit über 24 000 Mitgliedern. Die Metallarbeiter haben für 14 000, die Textilarbeiter für 13 000, die Marine- und Staatsarbeiter für 12 000 Mitglieder Beiträge gezahlt. In Wirklichkeit sind manche Gewerkschaften weitaus stärker, als die Ziffern des Ausweises erscheinen lassen. Die Ortsgruppen und die Landesverbände suchen nämlich die Beitragsleistung möglichst herabzudrücken.

Die Sektion der Verbände hat in zwei Jahren 20 586 Frank eingenommen.

Erwähnenswert ist, daß das Komitee einigen Verbänden den Eintritt abgeschlagen hat, so den Tramwaykontrolleuren, weil sie die „Stellung von Werkführern“ hätten, dem Syndikat der Berufsjournalisten, weil dieser Beruf zu wenig bestimmt sei und seinen Mitgliedern keine moralische Unabhängigkeit gewähre. Auch der Verband der Genossenschaftsangestellten wurde nicht zugelassen, diese vielmehr darauf verwiesen, den Gewerkschaften, denen sie durch ihren früheren Beruf angehört hatten, treu zu bleiben.

Die Sektion der Arbeitsbörsen hebt in der Einleitung ihres Berichts hervor, daß die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich nie so geblüht habe, wie jetzt. Von 1904 bis 1906 haben sich die Arbeitsbörsen von 110 auf 135 vermehrt, die 1600 Gewerkschaften (früher 1349) vereinigen. Die Einnahmen betrugen 15 566, die Ausgaben 13 845 Fr.

Die Auflage des Verbandsorgans „Voix du Peuple“ ist von 5790 auf 6205 gestiegen. Das Blatt hat ein unbedeutendes Defizit.

Aus der Partei.

Der italienische Parteitag.

Rom, 7. Oktober. (Eig. Ber.)

Vertreten sind 950 Parteiabteilungen mit 34 842 Stimmen durch 530 Delegierte. Auch ist die sozialistische Parlamentsfraktion fast vollzählig erschienen. Am Pressetisch befinden sich gegen 80 Berichterstatter. Von der deutschen Presse sind zugegen außer dem Korrespondenten des „Vorwärts“ die des „Hamburger Echo“, der Wiener „Arbeiter-Zeitung“, der „Frankfurter Volksstimme“ und der „Fränkischen Tagespost“ und von bürgerlichen Blättern Dr. Zacher von der „Frankfurter Zeitung“ und Dr. Barth vom „Berliner Tageblatt“. Auch das Korrespondenzbureau Hawas ist vertreten.

Die Abstimmung, wonach der ursprünglich sechste Punkt der Tagesordnung „Die politische Aktion der Partei“ der erste wurde, bezeichnet den Sieg derer, die ein klares Votum über die Frage des Ministerialismus und Antiministerialismus verhüten wollen. Diese Frage hätte bei der Berichterstattung des Vorstandes und der Fraktion verhandelt werden sollen. Die Vorstellung der Debatte über den Syndikalismus droht der konkreten Frage des Ministerialismus die Zeit fortzunehmen.

•

Rom, 9. Oktober, 6.47 nachm. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Reformisten erklären soeben für die integralistische Tagesordnung zu stimmen. Der Eindruck dieses unredlichen Manövers ist der denkbar schlechteste. Die dreitägige Diskussion, bei der kein Arbeiter zu Wort kam, ergibt nun die allergrößte Konfusion und Zweideutigkeit. Das Ergebnis der Abstimmung ist somit belanglos. Die Abstimmung beginnt soeben.

•

Rom, 9. Oktober 8 Uhr 12 Min.

(Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Die integralistische Tagesordnung erhielt 26 947, die revolutionäre Tagesordnung Lerda 1201, die syndikalistische Tagesordnung Labriola 5278 Stimmen, 756 Stimmenthaltungen werden verzeichnet.

Die württembergischen Parteigenossen

halten am Sonntag, den 14. Oktober, in Stuttgart ihren diesjährigen Landesparteitag ab. Der Landesvorstand hat soeben seinen Tätigkeitsbericht veröffentlicht, dem wir nachstehend die wichtigsten Angaben entnehmen.

Die Parteiarbeit stand zumeist schon im Bann der bevorstehenden Neuwahlen zum württembergischen Landtag, die im Dezember stattfinden werden. Eine aus dem ganzen Land besuchte Vertrauensmännerkonferenz vom 4. August beriet das Wahlprogramm, das gemeinsam mit einem Handbuch für Landtagswähler in den nächsten Tagen zur Ausgabe gelangen wird. Im Laufe des Geschäftsjahres gelangte auch in einer Auflage von 350 000 ein Flugblatt zur Verbreitung, das die württembergische Steuerreform kritisch besprach und die Gegner, besonders das Zentrum, so in Harnisch brachte, daß es sich zur Ausgabe eines besonderen Gegenflugblattes entschloß.

Andere Flugschriften wurden in kleineren Auflagen verbreitet, vor allem boten die jährlich wiederkehrenden Gemeindewahlen fast überall, wo Parteiorganisationen in nennenswertem Maße bestehen, Gelegenheit, durch Aufrufe und Flugblätter an die Wählerschaft heranzutreten.

Aus einer dem Geschäftsbericht beigegebenen Statistik ist mitzuteilen, daß die Sozialdemokratie in Württemberg auf den Rathäusern von 88 Gemeinden mit 155 Gemeinderats- und 135 Bürgerausschuß-, zusammen 290 Mandaten vertreten ist. Davon ist die Partei in 43 Orten in beiden städtischen Kollegien, in 30 nur im Gemeinderat, in 15 nur im Bürgerausschuß vertreten.

Die Parteiorganisation machte überall gute Fortschritte. Es gelang in 19 Ortschaften neue Organisationen zu gründen und in zwei Orten bereits eingegangen gewesene Vereine wieder neu zu errichten. Insgesamt bestehen in Württemberg 207 Ortsvereine mit insgesamt 13666 Mitgliedern, wovon 4038 Mitglieder auf den Ortsverein Stuttgart entfallen. Die Kasse der Landesorganisation hatte eine Einnahme an Mitgliedsbüchern von 476,90 M., Anteil an den Mitgliederbeiträgen 10 071,35 M., Maimarken 2927,65 M., Ueberschuß vom Tagwachtkalender 282,95 M., Sonstiges 630,36 M., Kassenbestand vom Vorjahre 11 461,97 M., insgesamt 25 801,18 M. Die Ausgaben betrugen insgesamt 10869,19 M. Die Hauptposten sind Sekretärgehalt und Remuneration von Landesvorstand und -Ausschuß 2470,15 M. und 3646,72 M. für Agitations- und Referentenkosten. Der verbleibende Kassenbestand ist 14 931,99 M.

In bezug auf die württembergische Parteipresse erwähnt der Bericht, daß der Geschäftsstand der „Schwäbischen Tagwacht“ ein günstiger, ihre Leserzahl im Steigen begriffen ist. Einnahme- und Ausgabekonto pro 1905 schließen mit je 186 594,58 M. ab. Von den Einnahmen entfallen 110 630,64 M. auf Abonnements, 14 148,92 M. auf Sortiments- und 61 420,44 M. auf Inseratenkonto. Von den Ausgaben entfallen 79 372,64 M. auf den Druck, 37 449,06 M. für Papier, 11 450,94 M. auf Sortimentskonto, 21 902,51 M. auf den Redaktionsetat, während auf Expeditions-, Porto- und Unkostenkonto sowie Acquisition für Inserate insgesamt 29 231,37 M. entfielen. Das Geschäftsjahr schließt für die „Schwäbische Tagwacht“ mit einem Ueberschuß von 7098,06 M. ab. Die Ziffern für das erste Halbjahr 1906, über das gleichfalls berichtet wird, sind noch etwas günstiger, weil hier eine Ende 1905 in Kraft getretene Erhöhung des Insertionspreises in Wirkung tritt. Das Wachstum der Auflage in der Berichtsperiode betrug 1600.

Weniger günstig ist der Bericht über das Wochenblatt „Schwäbischer Volksfreund“, dessen Etat für 1905 mit dem allerdings nicht sehr beträchtlichen Defizit von 511,00 Mark abschließt. Der Landesvorstand beantragt, um die Verbreitung des „Volksfreund“ zu fördern, eine Erhöhung des Kolporteurverdienstes sowie die Gratisbeigabe der „Neuen Welt“.

Der Gesamtabschluß des Zeitungsgeschäfts ergab am Ende des Jahres 1905 einen Vermögensbestand von 29 969,41 M. gegen 24 082,35 M. im Vorjahre, mithin eine Vermögenszunahme von 5887,06 M. Ende Juli 1906 war sodann der Vermögensbestand auf 43 254,15 M. gestiegen, wies somit eine weitere Zunahme von 13 285,54 M. auf.

Der „reuige Sünder“ von Mainz. Während unser Mainzer Korrespondent im Einklange mit der hessischen Parteipresse sich die überraschende und plötzliche Wandlung des Freiherrn v. Zuccо und Cuccagna durch Annahme pathologischer Ursachen zu erklären suchte, deutet ein Mainzer bürgerliches Blatt, das „Mainzer Tageblatt“, einen anderen Grund an. Das Blatt schreibt:

„. . . Freiherr v. Zuccо und Cuccagna war früher österreichischer Kavallerie-Offizier, besaß ein großes Vermögen und hielt sich kostspielige Rennställe. Nachdem er in nicht zu langer Zeit mit seinem Vermögen fertig war, trat er zum katholischen Glauben über und ward katholischer Geistlicher. Da er sich zu frei äußerte, kam er zur nordischen Mission nach Lappland. Dort gefiel es ihm jedoch so wenig, daß er aus der Kutte sprang, zum evangelischen Glauben übertrat und dann schließlich freireligiös wurde. Ueber die Gründe, die jetzt einen abermaligen Glaubenswechsel zur Folge hatten, bestehen nur Vermutungen. Tatsache ist, daß seiner Familie ein großes Majorat gehört und der Majoratsherr vor kurzem gestorben ist. Sein eigentlicher Erbe wäre Frhr. Zuccо von Cuccagna, jedoch kann er das Majorat nur antreten, wenn er katholisch ist. Man geht wohl kaum fehl, wenn man diese Verhältnisse mit seinem neuerlichen „Glaubenswechsel“ in Verbindung bringt.“

Trifft diese Erklärung zu, so hat Rom keinen Grund, auf den wiedergewonnenen verlorenen Sohn stolz zu sein. Die Handlungsweise des Mannes ist um so unschöner, da er die Frau, die er vor wenigen Wochen erst geheiratet hat, durch die Heirat um die ihr bis dahin zustehende Witwenpension gebracht hat.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Bezeichnung „Proletarier“ keine Beleidigung.

Ob die Bezeichnung Proletarier, in Beziehung auf Postbeamten angewendet, eine Beleidigung ist, diese interessante Frage hatte am Montag das Kasseler Schöffengericht zu entscheiden, vor dem sich Genosse Kilian vom „Volksblatt“ für Kassel zu verantworten hatte. Als den Postunterbeamten vor einiger Zeit die dürftigen Gehälter in etwas aufgebessert wurden, wozu bekanntlich nicht in letzter Linie die stete sozialdemokratische Kritik beigetragen hatte, teilte das „Volksblatt“ seinen Lesern diese Tatsache durch eine objektiv gehaltene Notiz mit, der die Spitzmarke „Fürstliche Zulagen für die Postproletarier“ vorgesetzt war. Mehr als ein Dutzend Postunterbeamte aus den verschiedensten Orten des Direktionsbezirks Kassel glaubten, sich durch diese Spitzmarke, speziell durch das Wort Postproletarier, beleidigt fühlen zu müssen. Auf Beschluß einer Versammlung des Postunterbeamtenbezirksverbandes riefen die angeblich in ihrer Beamtenehre Gekränkten die Hülfe des Staatsanwalts an, der auch tatsächlich das Verfahren einleitete, um das „befleckte Postbotengewand“ zu reinigen. Diese löbliche Absicht mißlang aber, was jeder halbwegs vernünftige Mensch voraussagen konnte. Der einzige geladene Zeuge, ein Postschaffner, der ein sorgfältig einstudiertes konfuses Sprüchlein unter größter Heiterkeit der Anwesenden herunterleierte, sagte aus, daß er und seine Kollegen, die mit der selbst errungenen Zulage sehr zufrieden wären, sich beschimpft fühlen, wenn man sie Proletarier nenne. Dieser Meinung konnte sich das Gericht nicht anschließen; es pflichtete vielmehr der Beweisführung des angeklagten Genossen bei, der ausführte, daß heute unter den Begriff „Proletariat“ alle Lohnarbeiter fallen. Im wissenschaftlichen Sinne seien Beamte also auch Proletarier. Der Amtsanwalt ließ sich in eine Diskussion über den Begriff Proletarier nicht ein, sondern beantragte kurzer Hand 30 M. Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, weil durch die Bezeichnung Proletarier auch die Ehre eines königlich preußischen Reichspostbeamten nicht verletzt werden könne. Das Wort Proletarier braucht also aus dem Sprachschatz der Wissenschaft nicht entfernt zu werden.

Unterstützung der Partei — Förderung der Völlerei und Unwissenheit!

In Emden bewirtschaftet Genosse Albert Jens das Parteilokal Hotel Bellevue. Vom Magistrat wurde gegen ihn die Entziehung der Konzession eingeleitet, weil er in den letzten fünf Jahren elfmal polizeilich bestraft worden ist. Jens versuchte nun, die Konzession auf seine Frau zu übertragen. Das wurde von der Behörde abgelehnt, weil gegen Jens „Tatsachen vorliegen“ sollten, die „die Annahme rechtfertigen, daß das Gewerbe zur Förderung der Völlerei und der Unsittlichkeit mißbraucht wird.“ — Jens teilt nun mit, wie diese „Tatsachen“ aussehen. Er ist nämlich bestraft worden sechsmal wegen Uebertretung der Polizeistunde, neunmal wegen Meldekontravention und ferner wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes, der Bauordnung, der Reichsgewerbeordnung sowie wegen unterlassener Anmeldung eines Hundes und Umherlaufenlassens von Hühnern. Das sind die Tatsachen, die auf Förderung der Völlerei und der Unsittlichkeit deuten. Vielleicht haben die Hühner Völlerei getrieben, als sie umherliefen. — Genosse Jens ist gezwungen gewesen, das Hotel in andere Hände zu geben.

Strafkonto der Presse. Wegen Beleidigung des Stadtrats von Karlsruhe ist Genosse Weißmann vom Karlsruher „Volksfreund“ durch das dortige Schöffengericht zu 300 M. Geldstrafe verurteilt worden. Die Beleidigung soll in der Behauptung des „Volksfreundes“ liegen, daß das Gewerkschaftskartell bei Vergebung des städtischen Lokals Stadtgarten schlechter behandelt werde als alle anderen Vereine. Obgleich die Verhandlung feststellte, daß dem Gewerkschaftskartell die Zahl der Festbesucher beschränkt worden ist, während bei städtischen Festlichkeiten keine Beschränkung stattfindet (für andere Vereine ist die Maßregel wegen ihrer geringen Mitgliederzahl bedeutungslos), hat das Gericht doch die Verurteilung ausgesprochen.

Eine Preßgesetz-Uebertretung. Wegen Uebertretung der §§ 6 und 19 des Preßgesetzes ist am 30. Mai vom Landgerichte Stade der Prokurist der Druckerei des „Volksblattes für Harburg“, Genosse Karl Weniger, zu einer Geldstrafe von 20 M. verurteilt worden. Er hatte am 19. Januar das Wahlflugblatt drucken lassen und darunter gesetzt: Verantwortlich: E. Preczang in Rahnsdorf, Druck von Bär u. Co., Harburg. Das Gericht hat angenommen, daß dadurch die Gesetzesvorschrift, welche die Angabe des Verlegers verlangt, verletzt worden ist, weil nicht ersichtlich ist, ob die Verantwortlichkeit als Verfasser oder als Verleger angegeben werden sollte. — Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsgerichte als unbegründet verworfen.

Soziales.

Der Berliner Konsumverein hat am 1. Juli d. J. sein 7. Geschäftsjahr vollendet. Nach dem in der am Sonntag, den 7. Oktober, in der Generalversammlung erstatteten Jahresbericht für das abgelaufene Geschäftsjahr hat der Verein einen Jahresumsatz von 580 473 M. in seinen 11 eigenen Verkaufsstellen zu verzeichnen: den bedeutendsten Umsatz hatte die Verkaufsstelle Rostockerstr. 20 mit 116 904 M., den niedrigsten die in der Frankfurter Chaussee 103 befindliche mit 31 727 M., d. h. mit soviel Jahresumsatz, wie ihn eine Verkaufsstelle in Leipzig-Plagwitz allmonatlich hat. Die Verkaufsstelle in der Türrschmidtstraße hatte 86 503 M., 5 Verkaufsstellen hatten 40 357 bis 50 939 M. Umsatz, während die letzten drei 34 781 bis 39 909 M. hatten. Der Umsatz im Lieferantenverkehr betrug 67 017 M. und brachte einen Gewinn von 4157 M. Der gesamte Reingewinn betrug 32 919 Mark, der nach Ueberweisung von 544,56 M. an den Reservefonds als garantierter Rabatt von 5 Proz. zur Auszahlung gelangt, bezw. im Laufe dieses Jahres gelangt ist. Das Mitgliedergutbenkonto betrug am Ende des Jahres 38 433 M., erhöht sich aber infolge von statutengemäßen Rabatteinbehaltungen jetzt erheblich; der Reservefonds steigt auf 7517 M. Bei der Sparkasse der Genossenschaft betrug der Bestand am 1. Juli 24 276 M., darunter 500 M. von einem Vorortwahlverein und 1500 M. von einer kleinen Gewerkschaftsfiliale. Die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder beträgt zurzeit zirka 5980; ein großer Teil davon beteiligt sich nicht mehr am Einkauf und wird infolgedessen demnächst aus den Listen gestrichen werden müssen. Die Verwaltung hofft, daß die neue Agitation dafür einen Ersatz finden wird, der sich desto reger betätigen werde. — Am 2. Oktober hatten wir über die Ergebnisse des 7. Geschäftsjahres des Vereins „Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend E. G. m. b. H.“ berichtet. Es dürfte zu einer Entwickelung der Genossenschaftsbewegung in Berlin nicht unerheblich beitragen, wenn die auf genossenschaftlicher Betätigung abzielende Bewegung eine einheitliche wäre.

Die Notwendigkeit der Sitzgelegenheit für weibliche Angestellte wurde in einer Verhandlung illustriert, die gestern vor der zweiten Kammer des Kaufmannsgerichts stattfand. Die Klägerin, Frida St., war im Partiewarengeschäft von Siegfried S. als Verkäuferin in Stellung gewesen und erkrankte im Juni. Der Kassenarzt stellte als Krankheit „entzündete Plattfüße“ fest. An einem der Krankheitstage wurde die Klägerin in Treptow bei der Teilnahme an einem Sommerfeste betroffen, worauf ihr der Chef die sofortige Entlassung erteilte. Er begründete diese im gestrigen Termine damit, daß die Verkäuferin, wenn sie sich an einem Sommervergnügen beteiligen kann, auch hätte geschäftlich tätig sein können. Der als Sachverständiger vorgeladene Kassenarzt Dr. G. widerlegte in sehr interessanten Ausführungen den Einwand des Beklagten. Entzündete Plattfüße charakterisieren sich als eine sehr schmerzhafte Erkrankung, von der besonders leicht junge Mädchen befallen werden, die im Geschäft viel stehen müssen. Der Nachmittagsausflug nach Treptow, den die Klägerin mit ihren Eltern gemacht habe, sei für sie keineswegs schädlich gewesen, und die Schlußfolgerung des Beklagten sei ganz unbegründet, er, der Kassenarzt, habe im Gegenteil der Klägerin anempfohlen, sich in frischer Luft aufzuhalten. Das Gehen sei bei Plattfüßen nicht so nachteilig, wie das Stehen, zudem käme ja auch nur der kleine Weg von der Bahnstation bis zum Park in Betracht. Die Klägerin sei auf alle Fälle 3—4 Wochen völlig arbeitsunfähig gewesen.

Auch der Vater der Klägerin, ein im Dienste ergrauter Kriminalbeamter, bekundete, daß er mit seiner Frau die Tochter zum Platze fast habe tragen müssen, und daß sie diese vornehm-

ich auf Anraten des Arztes mitnahmen. Das Kaufmannsgericht verurteilte den Beklagten zur Zahlung des Restgehalts von 60 M., indem es als erwiesen ansah, daß die Klägerin trotz des Ausflugs nach Treptow arbeitsunfähig war.

Vom Ausnahmegesetz gegen das Gesinde.

Die noch nicht 18 Jahre alte Dienstmagd Mühl, die wegen eines vorübergehenden Leidens der Schonung bedurft hatte, war vom Arzt am 14. Februar 1906 wieder für gesund erklärt worden. Sie kehrte nun vom Arzt nicht zu ihrem Dienstherrn zurück, sondern suchte ihre Eltern auf, in der Absicht, sich einige Tage noch weiter zu schonen, dann aber den Dienst fortzusetzen. Nach 5 Tagen stellte sie sich tatsächlich auch dem Dienstherrn Mittag wieder zur Verfügung. Auf dessen Strafantrag wurde sie gleichwohl in zweiter Instanz vom Landgericht Magdeburg wegen Uebertretung des Gesetzes vom 24. April 1854, betreffend die Dienstvergehen des Gesindes und der ländlichen Arbeiter, zu einer Geldstrafe von 5 M. verurteilt. Auch ein vorübergehendes Verlassen des Dienstes, so führte das Landgericht aus, genüge zur Bestrafung nach dem Gesetz von 1854, wenn es ein unbefugtes sei. Das sei es hier gewesen, denn das Mädchen sei ohne Erlaubnis der Herrschaft weggeblieben, obwohl sie nach ärztlicher Feststellung gesund war. Es habe kein gesetzlicher Grund zum Verlassen des Dienstes vorgelegen, insbesondere sei eine Behandlung mit ungewöhnlicher Härte nicht dargetan. Die für die Zeit der Krankheit ärztlich anempfohlene Schonung sei ihr seitens der Herrschaft zuteil geworden. **Sie könne auch nicht für sich geltend machen, daß die Herrschaft im Laufe der Dienstzeit öfter Ausdrücke wie „Volk", „Pack" usw. gegen sie gebraucht habe.** Nach ihren eigenen Angaben habe Angeklagte das nicht so übel genommen, und die Ausdrücke seien auch „nur gelegentlich" gefallen, wenn die Herrschaft glaubte, Grund zum Tadeln der Leistungen zu haben.

Das Kammergericht verwarf am 8. Oktober die gegen dies Urteil gerichtete Revision der Angeklagten mit der Begründung, daß das Landgericht mit Recht davon ausgehe, auch ein vorübergehendes Verlassen des Dienstes ohne Grund rechtfertige eine Bestrafung nach dem Gesetz vom 24. April 1854.

Die „tatsächlichen Feststellungen", insbesondere auch die hochsittliche Ansicht, daß Ausdrücke wie „Volk" und „Pack" nichts Böses enthalten, wenn sie „nur gelegentlich" fallen, beleuchten wieder einmal die ausnahmerechtliche Stellung des preußischen Gesindes. Das Gesetz von 1854 gestattet nach der vorstehend wiedergegebenen höchstrichterlichen Auslegung eine Bestrafung selbst da, wo unstreitig der gute Wille war, den Dienst nach einigen Tagen notwendigen und allerdings eigenmächtigen Erholens fortzusetzen, und wo dieser gute Wille auch zur Tat wurde. **Dem Gesinde und den Eltern des Gesindes ist dringend anzuraten, keinen Gesindevertrag zu schließen, ohne ausdrücklich schriftlich zu vereinbaren,** daß dem Gesinde jederzeit freisteht, den Dienst zu verlassen, und daß die „Herrschaft" auf das Recht verzichtet, wegen Nichterfüllung des Vertrages auf Bestrafung anzutragen. Der Dienstbotenverein berät zurzeit einen Vertrag, der die Mindestforderungen für ein Gesinde enthält, durch die der Dienstbote die gegen Gesinde bestehenden Ausnahmegesetze illusorisch macht. Die Mannheimer Frauenkonferenz hat aufs neue dargelegt, daß die Sozialdemokraten gegen die für Deutschland beschämenden Ausnahmegesetze Sturm zu laufen gewillt und in der Lage sind.

Wie es einer sächsischen Arbeiterfamilie im Ruhrrevier erging.

Eine sächsische Familie, die sich auch durch Agenten hatte verleiten lassen, ihr Glück im Ruhrrevier zu versuchen, hat das bitter büßen müssen. Am Freitag der letzten Woche erregte die Familie, aus Vater, Mutter und sieben zum Teil schon größeren Kindern bestehend, in Dortmund allgemeines Aufsehen. Die Familie kam zu Fuß von Kettwig (a. Ruhr) an, einige wenige Habseligkeiten, die sie noch besaß, befanden sich auf einer Handkarre, die von zwei Knaben der Familie gezogen wurde. Der Mann erzählte, er sei in seiner Heimat Sachsen vor einiger Zeit für eine Fabrik in Kettwig angeworben worden, der Agent habe ihm 90 M. Reisevorschuß gegeben. Er sei dann mit seiner Familie nach Kettwig gekommen und habe mit drei anderen Mitgliedern seiner Familie schon drei Wochen auf der Fabrik gearbeitet, ohne einen Pfennig Lohn ausgezahlt bekommen zu haben. Sie hätten lediglich für den Reisevorschuß, Miete für die Werkswohnung und sonstige Abzüge arbeiten müssen. Infolgedessen sei es zwischen ihm und der Verwaltung des Werkes zu Differenzen gekommen, die letztere kurzerhand dadurch beendigt habe, daß sie das Arbeitsverhältnis ohne weiteres löste. Die Werkswohnung wurde ihm ebenfalls gekündigt, Kündigung des Arbeitsverhältnisses bedeutet auch Kündigung der Wohnung, sie muß sofort geräumt werden. Und um die Sache zu beschleunigen, habe man ihm, erzählte der Mann, den zum Inventar der Wohnung gehörenden Herd weggenommen. Nun stand die Familie arbeits- und obdachlos da. Sie wußte keinen anderen Rat, als zu Fuß wieder nach Sachsen zu wandern. Um etwas Reisegeld zu erhalten, wurden einige Habseligkeiten losgeschlagen, der Rest auf die Handkarre geladen. So langten die Leute in Dortmund an. Die geringen Mittel waren schon aufgezehrt und zur Weiterreise mußten sie öffentliche Mittel in Anspruch nehmen. Der Dortmunder Wohltätigkeitsverein erbarmte sich der Familie und gab ihr Fahr- und einiges Zehrgeld, wodurch die Weiterreise per Bahn ermöglicht wurde. Möge das Schicksal dieser armen Familie überall als Warnung dienen, wenn verlogene Sklavenhändler kommen und goldene Berge und das Paradies versprechen, damit aber das Ruhrrevier oder ein Streikgebiet meinne.

Ergebnisse der internationalen Arbeiterschutz-Konferenz.

Die Ergebnisse der Ende September in Bern abgehaltenen diplomatischen internationalen Arbeiterschutz-Konferenz sind jetzt amtlich veröffentlicht. Danach ist bezüglich des Verbotes der industriellen Nachtarbeit der Frauen im wesentlichen der schweizerische Entwurf, den wir bereits am 13. Juli veröffentlicht hatten, angenommen. Die Abweichungen von der Vorlage des schweizerischen Bundesrats bestehen in folgendem: Während der schweizerische Bundesrat die jederzeitige Kündigung des Uebereinkommens vorsah, soll nach dem Konferenzbeschluß das Uebereinkommen vor Ablauf einer Frist von zwölf Jahren nicht gekündigt werden; von da an soll jährliche Kündigung zulässig sein. Ferner soll das Uebereinkommen nicht, wie der Bundesrat vorschlug, drei, sondern zwei Jahre nach dem Schluß des Hinterlegungsprotokolls in Kraft treten. Hinzugekommen sind als Artikel 6 und 7 folgende Bestimmungen, die das Verbot der Nachtarbeit einschränken:

Art. 6. Die Bestimmungen des Uebereinkommens finden auf Kolonien, Besitzungen und Protektorate nur dann Anwendung, wenn durch die Regierung einer solchen Provinz dem schweizerischen Bundesrat eine bezügliche Mitteilung gemacht wird. Notifiziert eine solche Regierung die Zustimmung einer Kolonie, einer Besitzung oder eines Protektorats, so kann sie erklären, daß das Uebereinkommen auf die Kategorien von Arbeiten der Eingeborenen keine Anwendung finde, deren Ueberwachung unmöglich wäre.

Art. 7. In den außereuropäischen Staaten sowie in den Kolonien, Besitzungen und Protektoraten kann, wenn das Klima oder die Verhältnisse der eingeborenen Bevölkerung es erheischen, die Dauer der ununterbrochenen Nachtruhe kleiner sein, als sie im Minimum vom Uebereinkommen festgesetzt ist, vorausgesetzt, daß eine entsprechende Ruhezeit am Tage gewährt wird.

Das Internationale Uebereinkommen betreffend das Verbot der Verwendung von weißen (gelben) Phosphor in der Zündholzindustrie enthält die Verpflichtung der Vertragsparteien auf ihrem Territorium die Herstellung, die Einfuhr und den Verkauf von Zündhölzern, die weißen (gelben) Phosphor enthalten, zu verbieten. Das Phosphorverbot soll drei Jahre nach dem Schlusse des Hinterlegungsprotokolls in Kraft treten. Diesem Phosphorverbotübereinkommen haben sich nur folgende sieben Staaten angeschlossen: Deutschland, Dänemark, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande und die Schweiz. Den Staaten, die dies Phosphorübereinkommen nicht unterzeichnet haben, ist freigestellt, durch eine schriftliche Erklärung an den schweizerischen Bundesrat ihren Beitritt zu erklären.

Das Ergebnis der Konferenz ist demnach ein außerordentlich bescheidenes. Das Verbot der Nachtarbeit erstreckt sich nur auf alle industriellen Unternehmungen, in denen mehr als 10 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind. Es findet keine Anwendung auf Anlagen, in denen nur Familienmitglieder tätig sind. Ueberdies kann jeder der vertragschließenden Staaten den Begriff der industriellen Unternehmungen feststellen, nur sollen dahin unter allen Umständen die Bergwerke und Steinbrüche, sowie die Bearbeitung und Verarbeitung von Gegenständen gerechnet werden. Die Grenzen zwischen Industrie, Handel und Landwirtschaft soll wiederum die Gesetzgebung jedes Staates bestimmen. Die Nachtruhe soll eine Dauer von mindestens 11 aufeinanderfolgenden Stunden betragen.

Rechnet man hierzu noch die Ausnahmen (vergl. den Bericht vom 13. Juli 1906) und zieht in Betracht, daß die Hauptsache die wirkliche Durchführung des Verbotes ist, so kann den völlig ungenügenden Beschlüssen über die Nachtruhe für Fabrikarbeiterinnen keine große Bedeutung beigelegt werden. Von der Internationalen Konferenz von 1891 bis zur jetzigen liegt ein gewaltiger Zeitraum. So notwendig eine internationale Regelung der Arbeiterschutzvorschriften ist, so wenig kann ein so außerordentlich mageres Ergebnis befriedigen. Es darf selbstverständlich die nationale Arbeiterschutzgesetzgebung den internationalen Vereinbarungen nicht hintenanstehen, sondern muß ihr in industriell entwickelten Staaten weit voraus sein. Aber gerade in Deutschland ist ja seit Jahren mit jeglicher nationaler Wohlfahrt dienender Arbeiterschutzgesetzgebung Halt gemacht. Für ländliche Arbeiter fehlt es in Deutschland überhaupt noch an Schutzvorschriften. Auch wenn als Hauptwert internationaler Vereinbarungen, so wie die Dinge liegen, nur der Anstoß der rückständigen Staaten zu Schutzgesetzen erachtet wird, kommt der Name einer Arbeiterschutzkonferenz der Berner nur dann zu, wenn man den Begriff eines Arbeiterschutzes sehr eng faßt. Auf nationalem und internationalem Wege kann und wird nur die organisierte und kämpfende Arbeiterklasse selbst die treibende Kraft für Arbeiterschutzgesetze sein.

Drei Monate Gefängnis um zwei Stückchen Seife.

Die Altenburger Strafkammer verurteilte in ihrer letzten Sitzung einen Stallschweizer, der durch ein Fenster in ein Waschhaus eingestiegen und von dort zwei Stückchen Seife entwendet hatte, zu drei Monaten Gefängnis. Von den Gesetzen Drakons sagte man wegen ihrer Härte, sie seien mit Blut geschrieben. Schlimmer als unsere Eigentums-Strafgesetzgebung waren Drakons Gesetze nicht. Die erkannte Strafe von drei Monaten ist die Mindeststrafe für mittels Einsteigens verübten Diebstahls.

Aus Industrie und Handel.

Löhne und Mietesteigerung.

Nach einer Meldung aus dem Ruhrrevier hofft „man" angeblich über die Lohnforderung der Bergarbeiter zu einer Verständigung zu gelangen. Es wäre zu wünschen, daß es sich hier nicht lediglich um eine nichtssagende Reportermeldung handelt. Die Unternehmer können aber auch die Berechtigung der Forderung nicht leugnen. Schon allein die Mietpreissteigerungen bedingen einen erheblichen Lohnzuschlag. Nach den amtlichen Angaben stieg z. B. der Tageslohn der Ruhrbergleute von 3,49 M. im Jahre 1890 auf 4,17 M. im ersten Viertel 1906. Die Steigerung beträgt 19,48 Proz. Nach Angaben in der Unternehmerzeitschrift „Glückauf" sind aber die Mieten in den Werkswohnungen prozentual stärker in die Höhe gegangen. So ging zum Beispiel der Mietpreis in den zur Zeche „Herkules" gehörigen Werkswohnungen für eine zweiräumige Wohnung von 1894 bis 1905 um 20 Proz. in die Höhe, eine dreiräumige Wohnung stieg von 1886 auf 1905 um 50 Proz. im Preise; für drei Dachräume betrug die Steigerung seit 1892: 28,57 Proz. Im Durchschnitt belief sich die Steigerung für sämtliche Nachweisungen auf 29,09 Proz. Jedenfalls geht die Steigerung der Mietpreise über die Lohnerhöhung erheblich hinaus. Und das bei den Werkswohnungen; die Privathausbesitzer haben die Mieten noch kräftiger anziehen lassen.

Neugründungen im Jahre 1906. Die Anspannung auf dem Geldmarkt hat offensichtlich die Unternehmungslust zurückgehalten. Während im Vormonate 15 neue Aktiengesellschaften mit 32,430 Mill. Mark Nominalkapital errichtet wurden, weist nach Zusammenstellungen des „Internationalen Volkswirt" der September nur neun Neugründungen mit 6 048 000 M. Nominalkapital auf gegen 10 Gesellschaften mit 16,190 Mill. Mark im September 1905.

In den abgelaufenen neun Monaten des Jahres sind 168 neue Aktiengesellschaften ins Leben gerufen worden mit 299 818 600 M. Nominalkapital gegen 137 Gesellschaften mit 268 153 000 M. in der gleichen Periode des Vorjahres und gegen 204 bezw. 125, 92, 89, 168, 216 und 364 Aktiengesellschaften mit 384 bezw. 329, 115, 172, 340 und 544 Mill. Mark Nominalkapital in den vollen Jahren 1905 bis 1899.

Preiserhöhung. Eine Versammlung der Erzeuger von Feinblech, die am Sonnabend in Hagen tagte, beschloß, den Preis für Feinblech auf 5 M. zu erhöhen. Angeblich sind sämtliche Werke auf sechs Monate hinaus vollständig ausverkauft. — Die Vereinigung der rheinisch-westfälischen Bandeisenwerke erhöhte die Preise per 1000 Kilogramm Flußbandeisen um 5 M. — Der Vorstand des Stahlformgußverbandes beschloß eine sofort in Kraft tretende Preiserhöhung von 6 Proz.

Abschluß nach Amerika. In der letzten Zeit ist mehrfach mitgeteilt worden, wegen vollständigen Ausverkaufs der Produktion und in Rücksicht auf den einheimischen Verbrauch, hätten die Roheisensyndikate sehr vorteilhafte amerikanische Offerten abgelehnt. Damit sollte die günstige Situation gekennzeichnet werden. Und solche Mitteilungen hatten auch wohl den gewünschten Erfolg, sie regten die Spekulation an. Nun wird aber mitgeteilt, die letzte Anfrage Amerikas beim Siegerländer Roheisen-Syndikat wegen der Lieferung von Spiegeleisen hätte zum Abschluß geführt. Das Syndikat habe für Amerika jetzt noch 10 000 Tonnen Spiegeleisen zu 89 M. pro Tonne in Auftrag. Belgien und Frankreich haben zuletzt 120 Frank pro Tonne angelegt.

Nach diesen Angaben scheint der Inlandsverbrauch doch nicht so stark zu sein, wie nach den bisherigen Stimmungsberichten geschlossen werden konnte.

Dividenden. Auf 9 Proz. stellt sich für das abgelaufene Geschäftsjahr die Dividende der Kalker Werkzeugmaschinenfabrik. In den vier voraufgegangenen Jahren betrug die Dividende 6, 8, 0, 0 Prozent. Der Aktionärlohn ist demnach kräftig gewachsen.

Das Eisen- und Stahlwerk Hösch-Dortmund erzielte einen Bruttogewinn von 6 339 778 M. gegen 4 763 801 M. im Vorjahre. Nach 2 095 714 M. Absetzung für Abschreibungen, 600 000 M. auf Konto Umbauten, kann eine Dividende von 15 Proz. abgestoßen werden. Die letztjährigen Dividenden betrugen 12, 12, 8,0, 10 Proz. Für den Aufsichtsrat fallen diesmal 195 852 M. ab.

Deutsches Kapital im englischen Bergbau. Die Kohlenbergwerke von Whitworth sind der „Daily Mail" zufolge nun endgültig in den Besitz des vielgenannten deutschen Syndikats übergangen. Die Aktien der ursprünglichen Gesellschaft wurden allmählich von einer deutschen Kapitalistengruppe aufgekauft, die in einem an den Direktor der englischen Gesellschaft, Henderson, gerichteten Briefe den englischen Aufsichtsrat ersucht, zurückzutreten zugunsten „deutscher Herren, die in ihren Ansichten mit der deutschen Gruppe völlig in Uebereinstimmung stehen". In dem von Carlos de Freitas, Robert Müller, Adolf C. Eberbach und Melchior Schwoon unterzeichneten Briefe wird erklärt, die deutsche Gruppe besitze dreiviertel des ganzen Aktienbestandes der Gesellschaft.

Eine Liste nicht empfehlenswerter Mieter

wird alljährlich vom Bund der Berliner Grundbesitzervereine herausgegeben und den Mitgliedern der zum Bunde gehörenden Vereine ausgehändigt.

Die erste Generalschutzliste wurde, wie wir im „Grundeigentum" lesen, vom Bunde im Jahre 1900 herausgegeben. Sie enthält die Namen von 4402 Mietern. Die Listen der Jahre 1901, 1902 und 1903 und die Meldungen aus dem Jahre 1904 wurden zu einer zweiten Generalschutzliste vereinigt, die 3791 nicht empfehlenswerte Mieter aufweist. Aus einem Nachtrag vom Dezember 1905 sind die Namen von 1061 neugemeldeten nicht empfehlenswerten Mietern zu ersehen.

Hiernach enthält diese Liste nicht weniger denn über 9000 „nicht empfehlenswerte" Mieter. Und was sind die Ursachen, die einen Mieter als nicht empfehlenswert erscheinen lassen? Das Haus- und Grundbesitzerorgan beantwortet die Frage wie folgt:

„Es gibt Mieter, die nur gezwungen, unter dem Drucke des Richterspruches, die Miete zahlen, und nicht gering ist die Zahl derer, die, in gewissen Zwischenräumen von einem Haus ins andere „ziehend", auf die Zahlung des Mietzinses überhaupt verzichten und, auf den Besitz von Leihmöbeln pochend, dem Hauswirt ständig ein Schnippchen schlagen. Eine andere Kategorie von Mietern legt sich auf das „Rücken" zur Tages- oder zur Nachtzeit. Auch kommt es vor, daß die Mieträume von ihren Bewohnern in einen Zustand versetzt werden, der den nachgerade hoch genug belasteten Hausbesitzer zu ganz außerordentlich hohen Ausgaben nötigt, falls er sein Eigentum vor völliger Entwertung bewahren will. Daß schließlich das ungezügelte Dirnen- und Zuhältertum mit all seinen Auswüchsen in dem Dasein des Hausbesitzers einen höchst unerfreulichen Faktor ausmacht, kann fast als gerichtsnotorisch gelten."

Auf den ersten Blick mag manchem das Vorgehen der Hausbesitzer plausibel erscheinen; bei näherem Nachsehen indes erkennt man, daß die Einrichtung dieser Steckbriefe in das Gebiet der geheimen Vehme zu rubrizieren ist. Um nur ein Beispiel herauszugreifen: Ein Mieter, der erst unter dem Drucke des Richterspruches zur Mietszahlung genötigt wird, ist reif, auf diese schwarze Liste gesetzt zu werden. Wie oft kommt ein Mieter mit dem Hauswirt aus verschiedenen Ursachen dazu, sich mit ihm erst gerichtlich auseinanderzusetzen, weil der Mieter sich im Rechte glaubt. Er bekommt aber Unrecht, weil die heutigen Gesetze dem Hauswirt außerordentlich große Rechte zugestehen. Ein anderer sehr häufig vorkommender Fall: Ein Arbeiter hat Unglück in der Familie oder ist längere Zeit arbeitslos; er kann kaum für sich und die Familie den notwendigsten Lebensunterhalt erwerben, geschweige denn den Hauswirt befriedigen. In der Hand des Hauswirts liegt es, ihn als „böswilligen Mieter" zu bezeichnen und auf die Liste zu bringen. Kurz, es lassen sich eine ganze Reihe Möglichkeiten konstruieren, die einen Mieter als reif für die Liste erscheinen lassen.

Der Mieter hat gar keine Möglichkeit, sich dagegen zu wehren. Die Willkür des Hausbesitzers entscheidet. Daran ändert auch nichts die Versicherung des „Grundeigentum", daß erst eine Kommission die Meldungen für die Liste einer genauen Prüfung auf ihre Zuverlässigkeit unterzieht, so wenig wie eine Garantie dafür gegeben ist, daß ein auf der Liste Stehender wieder von der Liste entfernt wird. Für letzteren Umstand scheint besonders die außerordentlich hohe Zahl von über 9000 zu sprechen. In Wirklichkeit sind nicht die Hauswirte gegen sogenannte „böswillige Mieter" wehrlos, sondern die Mieter gegen unverschämte Hauswirte. Was nimmt sich heutzutage nicht alles ein Hauswirt gegen die Mieter heraus. Vielfach sind es die Mieter, die Uebergriffe des Hauswirts, sei es gegen die Kinder der Mieter, sei es gegen sie selbst, ruhig einstecken, und oft einstecken müssen, weil sie nicht alle Quartalsersten einen Umzug riskieren wollen, und wir haben schon oft betont, daß eine Liste nicht empfehlenswerter Hausbesitzer entschieden eine größere Zahl aufzuweisen haben würde als eine solche „böswilliger Mieter". Uns gehen nahezu tagtäglich aus unserem Leserkreise Klagen über Hauswirte zu, die sich alle möglichen Frechheiten und Schikanen gegen ihre Mieter herausnehmen, und wollten wir alle diese Klagen veröffentlichen, so müßten wir eine ständige Rubrik einrichten. Wir befürchten sogar, daß die Liste anständiger, empfehlenswerter Hauswirte erheblich kleiner ausfallen würde als eine solche „böswilliger" Hausagrarier. Ueber welches Machtbewußtsein diese Herren verfügen, geht aus einem Vorschlag hervor, den das „Grundeigentum" in seiner letzten Nummer empfiehlt. Die „Berliner Morgenpost", die im Ullsteinschen Verlage erscheint, hatte kürzlich wider den Stachel gelöckt und den Hausbesitzern einige unangenehme Bemerkungen gesagt. Daraufhin schreibt das „Grundeigentum":

„Der Ullsteinsche Verlag erfreut sich bislang des Wohlwollens eines erheblichen Teiles der Berliner Hausbesitzer. Wir haben damit diejenigen Hausbesitzer im Auge, die der Firma Ullstein die Anbringung der Reklameschilder der „Berliner Morgenpost" an ihren Häusern bereitwilligst gestattet haben. Deren Wohlwollen hat der Ullsteinsche Verlag verwirkt, denn eine Zeitung, die ihr Leserpublikum gegen die Hausbesitzer mobil zu machen sucht, hat jedes Recht auf eine Unterstützung durch die Hausbesitzer verloren. Es hieße, sich in das eigene Fleisch schneiden, wollten die Berliner Hausbesitzer fernerhin dem Ullsteinschen Verlag einen Liebesdienst erweisen, der im Endpunkt nur auf eine Schädigung der eigenen Interessen hinausläuft. Möchten diese Worte die gebührende Berücksichtigung finden!"

Also ein regelrechter Boykott. Man sieht, auch die Hausbesitzer bedienen sich dieses Mittels, wenn es ihren Interessen nützen kann. Es zeigt die ganze Rücksichtslosigkeit dieser Bevölkerungsklasse, die nur die Hausbesitzer als einziges nützliches Element im Staate kennen. Diese Rücksichtslosigkeit läßt aber auch einen Schluß zu auf die Art, wie die Liste nicht empfehlenswerter Mieter zustande kommt

Gerichts-Zeitung.

Nachklänge zum Zehlendorfer Boykott.

Am Freitag hatte sich der Genosse Scheler vor dem Schöffengericht in Groß-Lichterfelde wegen öffentlicher Beleidigung des Gendarmen Weiß III und der Zehlendorfer Polizei zu verantworten. Strafantrag hatte der genannte Gendarm sowie der Amtsvorsteher Milinowski gestellt. Der Tatbestand ist folgender: In einer Mitgliederversammlung der Zehlendorfer Zahlstelle des Verbandes der Bau-, Erd- und gewerblichen Hülfsarbeiter am 4. August d. J. ergriff der Angeklagte das Wort und machte mit eindringlichen Worten auf den Boykott des „Fürstenhofs" aufmerksam. Der Gendarm hatte sich nun einige Notizen gemacht, welche den Satz enthielten: „Der Wirt Schwedhelm vom „Fürstenhof" brauchte nur zu telephonieren, sofort wären Polizisten und Gendarmen wie Kulis zur Stelle, um unsere Posten zu notieren oder auch zu arretieren." In dem Ausdruck „Kulis" wird die Beleidigung erblickt. Angeklagter bestritt nicht, den inkriminierten Ausdruck gebraucht zu haben; er behauptete jedoch, nur von den Arbeitern als von „Kulis" geredet zu haben, die trotz des Boykotts sich nicht enthalten könnten, den „Fürstenhof" zu besuchen. Diese Behauptung unterstützten der Vorsitzende der Zahlstelle und auch der Schriftführer der fraglichen Versammlung, welcher auch einen diesbezüglichen Vermerk in seinem Protokoll niedergeschrieben hat. Nach einem Examen des Vorsitzenden über den Bildungsgrad und die Bedeutung des Wortes Kuli mit dem Angeklagten behauptete der Gendarm jedoch, sich nicht verhört und den Satz so niedergeschrieben zu haben, wie er vom Angeklagten ausgesprochen sei. Vergeblich war der Hinweis des Vorsitzenden, daß, weil er nicht stenographieren könne, er doch auch das Opfer einer Täuschung sein könnte; der Gendarm blieb bei seiner Behauptung. Der Amtsanwalt beantragte darauf mit Rücksicht auf die Schwere der Beleidigung und den nicht geringen Bildungsgrad des Angeklagten eine Geldstrafe von 100 M. oder 20 Tage Gefängnis. Rechtsanwalt Dr. Engel wies in seiner Verteidigung darauf hin, daß das Beweismaterial doch wohl nicht ausreiche, um eine Verurteilung

auszusprechen; er stellte auch anheim, weitere Beweise zu erheben und den Termin zu vertagen, im anderen Falle aber den Angeklagten freizusprechen, weil hier Aussage gegen Aussage steht. Nach kurzer Beratung fällte das Gericht folgendes Urteil: Der Angeklagte ist schuldig der öffentlichen Beleidigung und wird mit drei Tagen Gefängnis bestraft. Das Gericht ist zu einer Freiheitsstrafe gekommen, weil eine Geldstrafe den Angeklagten doch nicht treffen würde, da dieselbe ja doch von den betreffenden Kassen gezahlt würde. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt.

Oeffentliche Angelegenheiten?

Die Sprottauer Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes hatten sich anfangs März, als in Sprottau noch keine örtliche Verwaltungsstelle des Verbandes bestand, auf Einladung des Verbandsbeamten Schlegel versammelt, um vor allem von ihm etwas über die Durchführung der Unterstützungseinrichtungen zu hören, welche von der Leipziger Verbandsgeneralversammlung beschlossen worden waren. Nach einer Pause sprach dann Schlegel noch über die Organe (Kassierer, Revisoren usw.) einer örtlichen Verwaltungsstelle des Verbandes, die zu gründen damals bereits geplant war und die auch demnächst gegründet wurde. Mit Rücksicht auf diese letzten Erörterungen wurde Schlegel vom Landgericht Glogau auf Grund der §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes zu einer Geldstrafe verurteilt. Es wurde ihm vorgeworfen, daß er Einberufer und Redner einer Versammlung gewesen sei, die der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten diente und darum der Polizei hätte gemeldet werden müssen, ihr aber nicht gemeldet worden sei.

Angeklagter legte Revision ein, die Rechtsanwalt Dr. Heinemann vor dem Kammergericht vertrat. Er rügte als verfehlt, daß das Landgericht in seiner Urteilsbegründung mit verwerte, daß der Metallarbeiterverband eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecke. Das müsse ganz ausscheiden. Es komme lediglich darauf an, ob in der fraglichen Zusammenkunft öffentliche Angelegenheiten erörtert seien und erörtert werden sollten. Hierüber sei nur festgestellt, daß Angeklagter über Kassierer, Revisoren usw. einer geplanten Ortsverwaltung gesprochen habe, nachdem die vom Landgericht beim Urteil ausgeschiedenen Erörterungen über die Unterstützungseinrichtungen erledigt waren. Ueber die Organe einer zu bildenden Ortsverwaltung könne nun vieles gesagt werden, was öffentliche Interessen in keiner Weise berühre.

Der erste Strafsenat des Kammergerichts schloß sich diesen Ausführungen an, hob das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück.

Aus der Kommunalverwaltung in einer pommerschen Kleinstadt.

Der „Wolgaster Zeitung" entnehmen wir den Bericht über einen Prozeß, der auf die Wirtschaft des konservativen Magistrats in Franzburg und auf die Leichtigkeit der Erhebung einer Anklage ein bezeichnendes Licht wirft:

Im Mai d. J. erschienen in der inzwischen eingegangenen „Pommerschen Ostseewarte" zwei Artikel, die sich mit Vorkommnissen in Franzburg beschäftigten. Im ersten Artikel: „Franzburgs Geldnot" wurde mitgeteilt, am 1. April habe in der Stadtkasse eine derartige Ebbe geherrscht, daß es nicht möglich gewesen wäre, den Beamten der Stadt das fällige Gehalt auszuzahlen, und im zweiten Artikel: „Franzburgs Geldnot gehoben" wurde geschildert, auf welche Weise dem Magistrat die Beseitigung dieser Kalamität gelungen sei, nämlich dadurch, daß der Magistrat bei seinem Polizeidiener ein Darlehen aufnahm. Durch diesen letzten Artikel nun fühlte sich der Magistrat von Franzburg beleidigt, stellte Strafantrag bei der königlichen Staatsanwaltschaft und diese ermittelte als den Verfasser den Lehrer Herrn Pahl in Franzburg, der sich zusammen mit dem verantwortlichen Redakteur Hans von Jamuszkiewicz-Reinfels vor dem Schöffengericht in Barth verantworten mußte. Nach der Anklageschrift waren es besonders folgende Sätze, durch die der Franzburger Magistrat sich beleidigt fühlte: 1. Und der Hochlöbl. Magistrat erblickt darin (nämlich in der Annahme eines Darlehns vom Polizeidiener) gar nicht mal etwas Demütigendes; 2. der Hochlöbl. Magistrat soll des öfteren Beschlüsse fassen, ohne vorher die Meinung der Stadtverordneten zu hören; 3. die in ihrem sonst so lieblichen Städtchen herrschenden traurigen Zustände und endlich 4. die große Mehrzahl der Bürger ballt die Faust in der Tasche, aber im übrigen läßt man alles seinen schiefen Gang gehen.

In der Beweisaufnahme vor dem Gericht wurden unter anderen folgende Tatsachen festgestellt: Die Beamten Franzburgs erhielten am 1. April nur etwa ein Drittel ihres Gehalts, den Rest erst am 1. Mai. Der Polizeidiener Schultz pumpte auf Ansuchen des Bürgermeisters der Stadt 1000 M. Diese Anpumpung sowie eine Reihe anderer Akte, z. B. Abholzung der Hallberge, die Ernennung eines Nachtwächters zum Gasmeister geschahen eigenmächtig ohne Zustimmung der Repräsentantenversammlung. Gegenüber dieser Beweisaufnahme beantragte der Vertreter der Anklagebehörde selbst Freisprechung. Das Gericht ging, da es den Beweis der Wahrheit für völlig geführt erachtete, über diesen Antrag hinaus und legte auch die notwendigen Kosten der Verteidigung der Staatskasse zur Last.

Freisprechung der Frau Berger von der Anklage wegen Kindesmordes.

Gestern stand vor dem Schwurgericht des Landgerichts III eine Verhandlung an, die ein überaus trauriges Eheleben einer verzweifelten Mutter entrollte. Aus der Untersuchungshaft wurde die Ehefrau des in Pankow wohnenden Eisendrehers Berger, Anna, geb. Zill, vorgeführt. Ihr wird zur Last gelegt, ihren ein Jahr alten Sohn Walter bei Waidmannslust ohne Ueberlegung getötet und versucht zu haben, ihre vier Jahre alte Tochter Martha zu töten.

Am 10. Juli traf eine Einwohnerin von Wittenau in der Heide bei Waidmannslust die Angeklagte, die den toten Walter im Arme trug und ihre weinende Tochter am Arme führte. Die ganz entkräftete und verstörte Angeklagte, die schon mehrere Tage in der Heide umhergeirrt war, erklärte, daß sie aus Verzweiflung den Plan gefaßt habe, erst ihre Kinder und dann sich selbst mit Lysol zu vergiften. Sie habe dem kleinen Jungen Lysol eingetrichtert, und er sei, nachdem er es geschluckt, gestorben; das Mädchen aber habe das Lysol nicht herunterbringen können, sondern es ausgespien. Die Angeklagte wurde darauf dem Amtsvorsteher vorgeführt und in Untersuchungshaft genommen.

Vor Gericht gibt sie die Schreckenstat in allen Einzelheiten zu. Auf die Frage des Vorsitzenden gibt sie mit tränenerstickter Stimme eine Schilderung ihrer Ehe. Der Mann verdiente durchschnittlich wöchentlich 36 M., gab aber der Angeklagten nur 13—15 M. Hierfür mußte sie die gesamte Wirtschaft einschließlich Kleidung bestreiten. Zu den Entbehrungen traten Mißhandlungen der Frau und der Mutter durch den Mann hinzu, der seiner Frau gar zumutet auf die Straße zu gehen. Die Verzweiflung über die Kette von Elend, Demütigungen, körperlichen und seelischen Schmerzen trieb die Angeklagte zu der unseligen Tat. Der Verteidiger Rechtsanwalt Kantorowicz beantragte auf Nichtschuldig zu erkennen, da die Angeklagte infolge dieser Peinigungen eine freie Willensbestimmung nicht mehr besessen habe. Der Staatsanwalt wollte nur auf schuldig mit Zubilligung mildernder Umstände erkannt wissen. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage. Das Gericht erkannte hierauf auf Freisprechung und ordnete sofortige Entlassung aus der Haft an. Der unmenschliche Ehemann und Vater war als Zeuge erschienen, hatte aber von seinem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch gemacht. Das Publikum begrüßte den Freispruch mit Händeklatschen. Das gab dem Vorsitzenden zu einer ernsten Rüge und der Bemerkung Veranlassung: „Wir befinden uns hier nicht im Theater!"

Versammlungen.

Die Sektion der Putzer des Zentralverbandes der Maurer hielt am 7. Oktober in den Arminhallen eine Mitgliederversammlung ab, in der zunächst über die Wichtigkeit der bevorstehenden Gewerbegerichtswahlen gesprochen und ein Kandidat dazu ernannt wurde. Den einleitenden Vortrag hielt Budach. Recht ausführlich erörterte der Redner die Frage, ob bei Lohnforderungen, die eine ganze Anzahl von Arbeitern einer Firma einzuklagen haben, jeder einzelne als Kläger auftreten kann, oder ob hier, wie das Berliner Gewerbegericht jetzt zu entscheiden pflegt, die Einzelklage abzuweisen ist und die ganze Kolonne der Gesellschaft klagen muß. Gestützt auf verschiedene Gesetzesbestimmungen führte der Redner aus, daß diese, der langjährigen Praxis des Gewerbegerichts widersprechende Auffassung in sich selbst wie in ihren Konsequenzen unhaltbar sei. Da die Frage für die Putzer außerordentlich wichtig ist, soll alles versucht werden, um auf gerichtlichem Wege einer andern Auffassung Geltung zu verschaffen. — Als Kandidat der Gewerbegerichtswahlen am 21. Oktober wurde von der Versammlung einstimmig Richard Marx ernannt.

Darauf wurde über einen von den Mitgliedern in der Schönhausen Vorstadt gestellten Antrag, den Angestellten der Sektion jährlich einen Erholungsurlaub von 8 Tagen zu gewähren, beraten. Der Antrag wurde abgelehnt.

Wegen Vergehen gegen die Grundsätze und Beschlüsse der Organisation wurden Karl Dreßler, Heinrich Bernitzki und August Gütlein ausgeschlossen, und dem Mitgliede Gottlieb Gärtner wurde eine Verwarnung erteilt.

Zum Schluß machte der Vorsitzende Neumann noch bekannt, daß zwei Kolonnenführer vom Bau Böttcher in Tegel wegen Fälschung eines Vertrages jeder zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt worden sind. Sie hatten den Putzerkolonnen eine Vertragsabschrift vorgelegt, wonach die Putzerträger unmittelbar im Dienste des Unternehmers standen und von ihm bezahlt werden sollten — wie es den Grundsätzen der Putzersektion entspricht —, hatten jedoch heimlich einen anderen Vertrag abgeschlossen, der bestimmte, daß sie selbst die Trägerlöhne bezahlen sollten.

Zentralverband der Schmiede. Eine am Montag abgehaltene außerordentliche Generalversammlung der Filiale Berlin beschäftigte sich mit dem bekannten Kartellvertrag, den die örtlichen Vorstände der für die Metallindustrie in Frage kommenden Gewerkschaften kürzlich abgeschlossen haben, um ein solidarisches Zusammenwirken aller Organisationen bei Lohnbewegungen zu ermöglichen. Nachdem Siering den Vertrag erläutert hatte, entstand eine längere Debatte. Gegen den Abschluß eines derartigen Vertrages an sich wurden keine Einwände erhoben, einige Redner hatten jedoch an dem vorliegenden Vertrage insofern etwas auszusetzen, als sie meinten, derselbe gebe dem Metallarbeiterverbande ein großes Uebergewicht über die kleineren Organisationen. In den Großbetrieben, wo der Metallarbeiterverband die Mehrheit habe, werde an eine Lohnbewegung der Schmiede wohl nicht mehr gedacht werden können, weil die nach dem Vertrage erforderliche Mehrheit der in Frage kommenden Arbeiter dafür nicht zu haben sein werde. So werde durch den Vertrag der Zentralverband der Schmiede in den Hintergrund gedrängt. Da der Vertrag einmal abgeschlossen, an sich auch nützlich sei, so möge er anerkannt werden, aber die Ortsverwaltung verdiene eine entschiedene Verurteilung, weil sie den Vertrag abgeschlossen habe, ohne die Meinung der Mitglieder darüber einzuholen. Das dürfe in Zukunft nicht wieder vorkommen. — Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution wurde angenommen.

Der Berliner Konsumverein hielt am Sonntag in den Musikersälen die Generalversammlung für das Geschäftsjahr 1905/06 ab, an der 112 Delegierte und eine Anzahl Gäste teilnahmen. Der Vorsitzende, Genosse Lamm, berichtete, wie wir einem uns zugegangenen Bericht entnehmen, über die propagandistische Tätigkeit des Vereins, die u. a. durch Antizolltarifversammlungen, Vorträge des Genossen Hoppe über Nahrungsmittelverfälschung sowie durch Verteilung der Broschüre der Genossin David „Was bietet der Konsumverein der Arbeiterfrau?" entfaltet war. Das Gesamtergebnis der Tätigkeit des Vereins habe unter dem Einfluß der 8prozentigen Rabatt- und Dividendengarantie gestanden. Der Umsatz habe sich im Durchschnitt gegen das vorhergehende Geschäftsjahr um 11,1 Proz. in einer Verkaufshalle um 30,6 Proz. gehoben. Die Umsatzsteigerung halte im laufenden Geschäftsjahr an und betrage für das Quartal Juli bis September 19,5 Proz. Wenn im vergangenen Jahr der Reingewinn nur einige hundert Mark über die garantierten 5 Proz. hinaus betragen habe, so werde im laufenden Jahr wohl die versprochene propagandistische Tätigkeit der Gewerkschaften und die Sympathie der Genossen ihre Früchte tragen und es das nächste Mal ermöglicht werden, größere Summen zu Abschreibungen zu verwenden. Nachdem die garantierte Dividende ihre Schuldigkeit getan habe, nämlich die alten Mitglieder zusammenzuhalten und neue heranzuziehen, werde man für das Geschäftsjahr 1907/08 wohl auf diese Methode Verzicht leisten können, weil dann wohl die Mitglieder auch ohne Garantie 5 Proz. erhalten dürften. Der Rohr habe seine Schuldigkeit getan, dann könne er gehen. Der Vorsitzende teilte mit, daß die Lagerhalter im Sommer eine Gehaltserhöhung beantragt hätten, daß sie aber in Anbetracht der Geschäftslage auf den Winter vertröstet worden seien. Nur eine erhebliche Umsatzsteigerung werde eine Erhöhung der Löhne ermöglichen. Nach der derzeitigen Lohnskala stiegen die Löhne in 10 Jahren von 130 auf 170 M. monatlich, die Invaliden- und Krankenkassenbeiträge würden allein durch den Verein gezahlt und den Angestellten bei einer Geschäftszeit von 61 Stunden pro Woche 8—14 Tage Urlaub gewährt. Die zur Gehaltserhöhung nötige Umsatzsteigerung würde sehr bald eintreten, wenn die jetzt noch fernstehenden Gewerkschafts- und Parteigenossen in größerer Zahl dem Verein beitreten. Der Vorsitzende verteidigt zum Schluß die Eröffnung von zwei neuen Verkaufsstellen in der Erasmusstraße 5 und Bayernallestraße 33 gegen die in der ersten Abteilung dagegen erhobenen Bedenken. Der Geschäftsführer, Genosse Junger, erläutert die gedruckt vorgelegte Rechnungsübersicht; die Höhe des Reingewinns habe unter der verminderten Zufuhr verschiedener Lebensmittel gerade aus Rußland, vor allem aber unter dem Einfluß der Absperrung der Grenzen gegen die Einfuhr von Fleisch erheblich zu leiden gehabt. In der Debatte erklären sich Liehr und Knöpfmacher gegen die Rabattgarantie, während Steinschneider ihr das Wort redet, zumal auch die uneingetragenen Konsumvereine steuerpflichtig geworden wären. Chrzanowski und Ambrosch wenden sich gegen die Eröffnung der neuen Verkaufsstellen, während Junger darauf verweist, daß die Verkaufsstellen bereits mit ganz schönen Umsätzen arbeiten. Beschlossen wird die Ueberweisung des Ueberschusses von 544,56 M. an den Reservefond, sodaß die Gesamtverwaltung (etwa 50 Personen) leer ausgeht, während ihr sonst 400 bis 600 M. als Entschädigung zugebilligt wurden. In den Verwaltungsrat wurden neu gewählt die Genossen Beiner, Frau Lodahl, Henze, Köbler, Rollstadt und Zimmermann, während Steinschneider, Scholz, Lamm und Ewald wiedergewählt werden. Die Beratung einiger Anträge wird auf eine außerordentliche Generalversammlung verschoben.

Vermischtes.

Massenvergiftungen. Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Aachen: In dem benachbarten holländischen Grenzorte Baals sind 30 Familien, insgesamt etwa 100 Personen, an Vergiftungserscheinungen schwer erkrankt. Man vermutet Vergiftung durch Wurst oder verseuchtes Wasser. Die Kinder sind besonders stark betroffen. Aus Aachen sind zur Feststellung der Ursache Aerzte hinzugezogen worden.

Erderschütterungen. Aus Hernösand in Schweden wird gemeldet, daß in der Gemeinde Nordingra in der Nacht zum Sonntag eine heftige, von unterirdischem, donnerähnlichem Getöse begleitete Erderschütterung verspürt wurde, die sich in der Richtung von Westen nach Osten bewegte und von starkem Wind und Regen begleitet war.

Abgestürzte Touristen. Eine aus drei Damen und einem Herrn bestehende Touristengesellschaft ist bei Besteigung des Sonnensteins abgestürzt. Eine der Damen wurde schwer verletzt, die übrigen kamen mit leichten Hautabschürfungen davon. Die Namen der Touristen sind noch unbekannt.

Monopol auf Jordanwasser. Wie der „Deutschen Orient-Korrespondenz" aus Alexandrien berichtet wird, ist der Präsident der internationalen Gesellschaft behufs Verwertung des Jordanwassers, der amerikanische Oberst Clifford Nadaud aus Konstantinopel dort eingetroffen, nachdem es ihm gelungen ist, von der ottomanischen Regierung das Monopol für die Ausfuhr des Wassers aus dem Jordanflusse, welches zu Tauffeierlichkeiten und anderen religiösen Zeremonien verwendet wird, zu erwirken.

Der Transport erfolgt mittelst eigens konstruierter Fässer, welche mit dem türkischen Siegel und dem der Vereinigten Staaten versehen und unter Aufsicht des Patriarchen von Jerusalem verladen werden sollen.

Die erste Sendung dieses zu geweihten Zwecken bestimmten Wassers dürfte in ungefähr einem Monat in Amerika eintreffen.

Das wird teures Wasser werden, dieses monopolisierte, unter allen möglichen Vorsichtsmaßregeln versandte Jordanwasser.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 69—74 pr. 100 Pfd., IIa 63—68, IIIa 58—62, IVa 52—56. Kalbfleisch, Doppelländer 105—115, Ia 82—88, IIa 72—81, IIIa 62—70, holl. 54—60. Hammelfleisch Ia 75—80, IIa 64—74. Schweinefleisch 66—73. Rehböcke Ia per Pfd. 0,60—0,85, IIa 0,45—0,58. Rotwild Ia 0,30—0,40, IIa 0,20—0,28. Damwild 0,30—0,35. Wildschweine 0,20—0,45. Frischlinge 0,40—0,70. Hasen p. St. 2,00—3,50, klein 1,00—1,90. Kaninchen per Stück 0,30—0,75. Wildenten per Stück 1,00—1,35. Krickenten 0,50—0,55. Bekassinen 0,30. Rebhühner, junge Ia 0,85—1,00, junge IIa 0,50—0,70, alte 0,60—0,75, junge kleine 0,00. Hühner, alte per Stück 1,30—1,60, alte IIa 0,50—1,00, junge per Stück 0,40—0,90. Tauben, junge per Stück 0,25—0,30, alte 0,00. Enten, junge per Stück 1,30—2,40, alte p. Stück 0,00, Hamburger, junge p. Stück 2,80—3,10. Gänse, Oderbrucher, per Pfund 0,45—0,55, dito Hamburger, junge 0,00, Ia per Stück 2,00—3,00, IIa 1,25. Poulets per Stück 0,00, do. klein 0,60. Hechte per 100 Pfd. 86—101, kleine 100. Aland 0,00. Schleie 111—125, kleine 145. Bleie 0,00. Aale, groß 0,00, mittel 0,00, klein-mittel 0,00, unsortiert 0,00. Plötzen, matt 0,60—0,65. Karpfen, unsortiert, Galizier 70—72, 50er do. 0,00, 100er do. 0,00, 40er Schlesische 0,00. Barse, groß 0,00, klein 0,00. Karauschen 0,00, do. klein 0,00. Weis 0,00. Bunte Fische 70, matt 0,00. Amerikanischer Lachs Ia neuer per 100 Pfd. 110—130, do. IIa neuer 90—100, do. IIIa neuer 75. Sprotten, Kieler, Wall 0,75—1,30, Danziger, Wall 0,70—0,80. Flundern, pommersche Ia, per Schock 9,00, do. pommersche IIa 2—4, Kieler, Stiege Ia 4—6, do. mittel per Kiste 2—3, Hamb. Stiege 5—6, halbe Kiste 2. Bücklinge, per Wall Kieler 2—3, Stralsunder 2,00—3,50. Aale, groß per Pfd. 1,10—1,30, mittelgroß 0,80—1,00, klein 0,50—0,60. Heringe per Schock 4—5. Schellfische Kiste 4—5, do ½ Kiste 2. Kabliau, p. 100 Pfd. 20—25. Heilbutt 0,00. Sardellen, 1902er per Tonne 95, 1904er 95, 1905er 90, 1906er 70. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40—44, full. 36—38, med. 35—42, deutsche 37—44. Heringe, neue Matjes, per ½ To. 60—120. Sardinen, russ., Faß 1,50—1,60. Bratheringe, Büchse (4 Liter) 1,50—1,75. Neunaugen, Schockfaß 11, kleine 5—6, Riesen- 14. Hummern, kleine, per Pfd. 0,00. Krebse, per Schock, große 0,00, mittel 0,00, kleine 0,00, unsort. 0,00. Galizier, groß 0,00, mittel 0,00. Eier, Land-, per Schock 3,30—4,00. Butter per 100 Pfd. Ia 124—127, IIa 115—120, IIIa 110—114, abfallende 95—105. Saure Gurken Schock 3,50—4,00. Pfeffergurken 3,50—4,00. Kartoffeln per 100 Pfund magnum bonum 2—2,25, Dabersche 2—2,25, Rosen 0,00, weiße 1,75—2,00, Salatkartoffeln 4,00—5,00. Spinat per 100 Pfund 6,00—8,00. Karotten per Schockbund 2,00. Sellerie, hiesige, per Schock 1,50—6,00. do. pommersche 4—5,00. Zwiebeln große, per 100 Pfd. 3,25—4,00. do. kleine 2,50—3,00. do. hiesige (Perl-) 30—50. Charlotten 50—60. Petersilie, grün, Schockbd. 1,00. Kohlrabi per Schock 0,60—1,00. Rettig, bayr., per Schock 2,40—4,80. Radieschen per Schock-Bd. 0,60—0,80. Salat, per Schock 1,50—2,00. Bohnen, grüne, per 100 Pfund 20—25. Wachsbohnen 10—20. Weiße Rüben 6—7. Pfefferlinge per 100 Pfd. 10—14. Mohrrüben per 100 Pfd. 2—3. Teltower Rüben p. 100 Pfd. 10—11. Blumenkohl p. Mandel 1,50—2,50. do. Erfurter, Kopf 0,18—0,22. Wirsingkohl per Schock 4,00—7,00. Rotkohl pr. Schock 3,00—7,00. Weißkohl pr. Schock 2,00—5,00. Rosenkohl pr. 100 Pfd. 25—30. Steinpilze p. 100 Pfd. 15—20. Gurken, Zerbster, Schock 0,00. do. Einlege-, Schock 1,50—3,00, do. Rothenburger 0,00, do. Liegnitzer 0,00. do. Einlege- (Senf-) 8—18. Kohlrüben, Schock 2,50—4,00. Tomaten, hiesige 100 Pfd. 14—16. Kürbis 2—3. Birnen, ital. per 100 Pfd. 0,00, hiesige 10—35, Tiroler 20—35, böhmische 4—16. Aepfel, per 100 Pfd., hiesige 4—15, Gravensteiner 12—18, Tiroler 15—30, do. in Fässern 14—25, do. lose 11—12. Preiselbeeren 0,00, schwedische 18—20. Gebirgs- 25—30, Wallnüsse per Schock 1,00—1,50. Pflaumen, per 100 Pfd., hiesige 2—7, Böhmische 2—4, do. große 8—10. Zitronen, Messina 300 Stück 19,00—22,00, 360 Stück 12,50—20,00, 200 Stück 0,00, 420 Stück, klein 12,00—15,00, 500 Stück, klein 13—15. Pfirsiche, Werdersche per 100 Pfd. 10—30, Tiroler 0,00, italienische 50—80.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentäglich von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

M. B., Bergmannstraße. Ohne Naturalisation ist das nicht möglich. — **K. in Pet.** Gegen die Beteiligung der betreffenden Vereine liegt kein juristisches Bedenken vor. — **H. B. 102.** Nur da, wo ein Ortsstatut dies vorschreibt, wie in Berlin, sind Heimarbeiterinnen krankenversicherungspflichtig. Besteht eine Krankenversicherungspflicht, so hat die Versicherte ihren Anspruch direkt gegen die Kasse geltend zu machen, gleichviel, ob sie angemeldet ist oder nicht. — **Bierstat.** Ueber Spielfragen vermögen wir keine Auskunft zu geben. — **H. R. 32.** 1. Nein. 2. Den Unterstützungswohnsitz erwirkt man durch mindestens zweijährigen Aufenthalt in einer Gemeinde, falls man innerhalb dieser Frist keine Armenunterstützung erhält. — **Invalidenversicherung.** Für Mitglieder einer Orts-, Betriebs-, Fabrik-, Bau- oder Innungskasse wird der 300fache Betrag des für ihre Krankenkassenbeiträge maßgebenden durchschnittlichen Tagelohnes oder wirklichen Arbeitsverdienstes, der aus dem Krankenkassenstatut ersichtlich ist, bei der Berechnung der Beiträge zur Invalidenversicherung maßgebend. Ist im voraus für Wochen, Monate oder längere Zeiträume eine feste bare Vergütung vereinbart, so ist diese Vergütung der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes zugrunde zu legen, nach dessen Höhe die Lohnklassen sich richten. In Lohnklasse I ist bei einem Jahresarbeitsverdienst bis 350 M. eine 14 Pf.-Marke, in Lohnklasse II (mehr als 350 bis 550 M.) 20 Pf., in Lohnklasse III (550 bis 850 M.) 24 Pf., in Lohnklasse IV (bei mehr als 850 bis 1150 M.) 30 Pf., und in Lohnklasse V (bei mehr als 1150 M. Jahresarbeitsverdienst) 36 Pf. zu kleben. — **A. D. 47.** Der Vorfall berechtigt nicht zur Niederlegung der Arbeit. Den Lohn bis zum 5. Oktober kann die Betreffende bei dem Kaufmannsgericht einklagen, ist aber dem Chef für die unberechtigte Aufhebung des Vertrages schadenersatzpflichtig. — **H. R.** Sie müssen zahlen. — **R. C.** Sie können mit Aussicht auf Erfolg bei dem Gericht den Antrag auf Erstattung der Kosten stellen. — **H. S. J.** Ihre Anfrage ist unter dem 9. Oktober unter dem Stichwort „Lichterfelde" beantwortet worden. — **A. 1001.** Diese Handlung wird als Scheidungsgrund nicht erachtet. — **Pape.** 1. bis 3. Das Gesuch um Aufnahme in den preußischen Staatsverband ist an das Polizeipräsidium zu richten. Sie fügen die polizeiliche Anmeldung bei, aus der hervorgeht, daß Sie sich in Preußen niedergelassen haben, ferner Ihren Staatsangehörigkeitsausweis und auf Erfordern die Militärpapiere. 4. Ja.

Witterungsübersicht vom 9. Oktober 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde	770	OSO	4	heiter	11	Haparanda	762	W	2	bedeckt	6
Hamburg	768	SO	4	bedeckt	11	Petersburg	773	W	1	wolkenl	−1
Berlin	769	OSO	3	bedeckt	12	Scilly	753	SW	4	wolkig	14
Frankf. a. M	765	O	2	wolkenl	11	Aberdeen	759	SSO	2	bedeckt	12
München	767	SO	1	wolkenl	7	Paris	762	S	2	halb bd.	11
Wien	766	NW	1	bedeckt	13						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 10. Oktober 1906.
Teilweise nebelig, sonst ziemlich heiter und trocken bei mäßigen südöstlichen Winden, kühlerer Nacht und wenig veränderter Tagestemperatur.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 9. Oktober. Elde bei Ruhlg —,— Meter, bei Dresden + 1,00 Meter, bei Magdeburg + 2,09 Meter. — Unstrut bei Straußfurt —,— Meter. — Oder bei Ratibor + 2,11 Meter. — Neißemündung + 2,43 Meter. — Oder bei Brieg + 2,88 Meter. — Oder bei Breslau Unterpegel — 0,06 Meter.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Heute Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Partei-Angelegenheiten.

Die Eintrittskarten zu den **Lichtbildervorträgen** des Genossen **Baege** über **Schöpfungsgeschichte** gelangen am heutigen Zahlabend zur Ausgabe. — Der Preis der Karte ist auf **60 Pf.** (giltig für alle 6 Vorträge) festgesetzt.

Bei den beschränkten Raumverhältnissen im Böhmischen Brauhause, woselbst die Vorträge stattfinden, muß eine Ueberfüllung vermieden werden. Es glangt daher eine verhältnismäßig geringe Anzahl von Billetts zur Ausgabe und bitten wir die Genossen sich frühzeitig mit den Eintrittskarten zu versehen. **Der Aktionsausschuß.**

Lichtenberg. Sonnabend, den 20. Oktober 1906 findet das Herbstfest des Wahlvereins im Schwarzen Adler (Gebr. Arnhold), Frankfurter Chaussee 5—6, statt. Mitwirkende sind: Neues Tonkünstler-Orchester. Dirigent: Franz Hollfelder, und das Berliner Ulk-Trio. Nach dem Konzert: Großer Ball. Die Genossen werden ersucht, sich vorher mit Billetts zu versehen. Das Komitee.

Johannisthal. Alle Genossen, welche Interessenten und Anhänger der Genossenschaft sind, werden zu heute Mittwoch abend 8½ Uhr zu einer Besprechung im Verkehrslokal eingeladen. Der Vorstand des Wahlvereins.

Wilmersdorf. Die Parteigenossen machen wir darauf aufmerksam, daß die Zahlabende bezw. Bezirkssitzungen heute ausfallen, dafür findet im Luisenpark, Wilhelmsaue 112, die regelmäßige Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt, in der Genosse Wollermann den Bericht vom Mannheimer Parteitag geben wird. — Da noch außer der reichhaltigen Tagesordnung die Aufstellung der Kandidaten zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen vorzunehmen ist, beginnt die Versammlung punkt 8½ Uhr.

Königs-Wusterhausen. Heute abend 8 Uhr findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Siegeskranz statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Redakteur Block über „Partei und Gewerkschaft". Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht. Der Vorstand.

Pankow. Für den heutigen Zahlabend werden die Genossen nochmals auf die in der Sonntagsnummer stehende neue Lokaleinteilung verwiesen. Wir ersuchen die Genossen, die Zahlabende zahlreicher wie bisher zu besuchen, da der Raummangel jetzt beseitigt sein dürfte. Der Vorstand.

Reinickendorf-Ost. Auf dem am heutigen Mittwoch stattfindenden Zahlabend erfolgt die Ausgabe der Billetts zu der am 4. November stattfindenden Urania-Vorstellung. Da nur noch wenige Billetts vorhanden sind, bitten wir die Mitglieder, sich rechtzeitig damit zu versehen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Namensheiraten.

Eins der beliebtesten Schlagworte unserer Gegner ist die Behauptung, die Sozialdemokratie wolle die Ehe und das Familienleben vernichten. Besonders in den Zeiten der Wahlbewegung können unsere politischen Feinde kein Flugblatt herausgeben, ohne diese Albernheit immer von neuem wiederzukäuen. In Wirklichkeit ist es der heutige kapitalistische Staat, der vielfach Frauen und Kinder in die Fabriken zwingt, den Mann zu langer Arbeitszeit nötigt und dadurch ein wirkliches Familienleben gar nicht erst aufkommen läßt. Da bleibt nicht mehr viel übrig, was vernichtet werden kann. Welche Heuchelei aber auf diesem Gebiete von den Leuten, die Moral und Sitte in Erbpacht genommen zu haben glauben, geübt wird, möge ein Selbstgeständnis beweisen, das wir in der „Deutschen Tageszeitung" finden, einer Zeitung, die es ja wissen muß. Dort heißt es:

„In Berliner Blättern war dieser Tage folgende Anzeige zu lesen: „Graf wird zur Namensheirat gesucht. Nur direkte Offerten finden unter Chiffre X. Y. an die Expedition Berücksichtigung." — Namensheirat, — ein neuer, wohlklingender Name für eine im Grunde recht häßliche und alte Sache, die allmählich zu einer feststehenden Einrichtung zu werden scheint. Mit Abscheu verzeichnen die deutschen Geschichtsschreiber die Tatsache, daß der Graf du Barry seinen eigenen Bruder dazu bewog, Marie Jeanne Vaubernier, ein Mädchen von unzweideutigster Vergangenheit, zur Frau zu nehmen, um sie auf diese Weise an den Hof zu bringen und die Aufmerksamkeit des Königs auf sie zu lenken. Und man erklärt diesen schmutzigen Handel mit der tiefen Verworfenheit, die im Zeitalter des Rokoko unter den französischen Vornehmen herrschte. Daß jetzt im 20. Jahrhundert Namensheiraten, um bei dem anmutig umschreibenden Ausdrucke zu bleiben, auch im moralischen Deutschland vorkommen, und zwar **recht häufig** vorkommen, ist sicherlich nicht das Zeichen einer gesunden Entwickelung unserer Zustände. Es ließen sich aus den letzten Jahren ein paar ganz besonders krasse Fälle anführen, in denen **herabgekommene Träger vornehmer Namen** sich für verhältnismäßig recht bescheidene Summen hergaben, vor dem Standesamte Namensheiraten mit Damen zu schließen, die durch **die Freigebigkeit eines Freundes** in die Lage gesetzt waren, sich diesen kleinen Scherz zu leisten. Natürlich hat der Namensehemann nach vollbrachtem Trauungsakte schleunigst das Lokal zu räumen, ohne Flitterwochen oder Hochzeitsreise. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Höchstens wird seine schriftliche Mitwirkung später noch einmal erbeten, wenn es sich darum handelt, den Bund wieder zu lösen, wobei er selbstverständlich die Schuld auf sich nehmen muß, damit ihr Name und Titel verbleiben, — oder wenn es gilt, **ihn außer zum Gatten auch noch zum Vater** in partibus **zu befördern.** Sagt man doch, nach der „N. G.-C.", daß in Berlin schon eine Vermittelungsanstalt für Heiraten dieser Art besteht. Es kostet nur ein paar Tausendmarkscheine, — und schnell ist Fräulein Mieze Schulze, die vor kurzem noch im Chor sprang und sang, oder Fräulein Grete Müller, dritte Besetzung des Salondamenfaches, zur Baronin oder Gräfin geworden. „Namensheirat", man sollte nach einer juristischen Handhabe suchen, dem Scheingeschäfte, das sich hinter dem Worte verbirgt, die rechtliche Wirkung zu nehmen."

Und alles das passiert und zwar recht häufig im heutigen Staate. Rechnet man die vielen Heiraten hinzu, die überhaupt nur des Geldes wegen geschlossen werden, so gewinnt man erst ein richtiges Bild von der elenden Heuchelei, die unsere Gegner betreiben. Und das nennt sich dann Vorkämpfer für Erhaltung des Familienlebens, für Sittlichkeit und Moral!

Zu den Kirchenwahlen

rüstet sich wieder einmal die evangelische Bevölkerung Berlins. Die Mitglieder der Kirchengemeinden haben das Recht, sich ihre Vertretung zu wählen, durch die sie auf die Auswahl der Geistlichen und auf die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten einen mitbestimmenden Einfluß ausüben. Aber die Wahrnehmung dieses Rechtes ist den Gemeindemitgliedern erspart durch die Vorschrift, daß an den Kirchenwahlen nur teilnehmen darf, wer vorher sich zu einem der Geistlichen oder einem der Kirchenältesten bemüht hat und dort sich eigenhändig in die Wählerliste eingezeichnet hat. Dieser Umstand gibt der Agitation zu den Kirchenwahlen ein besonderes Gepräge.

Bisher waren die beiden Hauptrichtungen der Kirchenfreunde, die orthodox Kirchlichen und die liberal Kirchlichen, noch damit beschäftigt, ihre Anhängerschaft möglichst vollzählig zur Einzeichnung in die Listen heranzuschleppen. Zu diesem Zweck haben beide Parteien eine eifrige Agitation entfaltet, die durch Versammlungen, durch Zeitungsartikel, durch Flugblätter und durch persönliche Besuche betrieben wird. Natürlich werden auch diejenigen, die sich längst nicht mehr um die Kirche kümmern, aber noch nicht aus der Kirchengemeinschaft ausgeschieden sind, mit Flugblättern bombardiert und womöglich gar persönlich heimgesucht. In der Markusgemeinde haben die Liberalen sich der Jagd auf die Kirchenwähler, speziell auf die Wahlberechtigten aus der Arbeiterbevölkerung, mit solchem Eifer gewidmet, daß die Orthodoxen zu ihrer einzigen Hülfe gegriffen und das Konsistorium angerufen haben. Ein paar liberale Pastoren der Markusgemeinde hatten an den Zusammenkünften von Gemeindemitgliedern teilgenommen, die nach kleinen Bierlokalen einberufen worden waren, um die Erschienenen zur Einzeichnung in die Wählerliste zu bewegen. Drei ganzgläubige Männer der Markusgemeinde nahmen hieran Anstoß und meldeten dem Konsistorium, die Pastoren seien in Budiken und Destillen gegangen und hätten von dort aus die Wähler mit nach ihrer Wohnung genommen, um die Einzeichnung in die Liste zu veranlassen. Und das Konsistorium entschied, die „Leistung von Schlepperdiensten zu Wahlzwecken" könne Geistlichen nicht gestattet werden. Man sieht, daß unsere sonst so zart besaiteten Frommen samt dem hochwürdigen Konsistorium unter Umständen einer Derbheit des Ausdrucks fähig sind, die einem Sozialdemokraten vielleicht übel bekommen könnte, wenn er in dieser Form sich über Pastoren äußern wollte.

Von den Flugblättern, die diese Jagd auf die Kirchenwähler unterstützen sollen, sind uns einige aus unserem Leserkreise zugesandt worden. Interessiert hat uns von den Flugblättern der Ganzgläubigen dasjenige des „kirchlich positiven Wahlkomitees der Heilandsgemeinde", aber freilich nur aus einem äußerlichen Grunde. Wir finden nämlich in der langen Reihe der unterzeichneten Mitglieder dieses Komitees auch einen Kriminalschutzmann Neumann. Wenn es nicht in Moabit zwei Kriminalschutzleute Neumann gibt, so haben wir in diesem ganz- und strenggläubigen Christen, der nach der Versicherung des von ihm mitunterzeichneten Flugblattes mithelfen will, daß „Gottesfurcht und lebendige christliche Frömmigkeit in unserer großen Stadt und in dieser schweren Zeit unseren Kindern, unserem Volke bewahrt bleiben", einen alten Bekannten zu begrüßen. Aus der Tasche eines Kriminalschutzmanns Neumann, Oldenburgerstraße 11a, sind im vorigen Jahre 200 M. in die Kasse der sozialdemokratischen Partei geflossen. Neumann hatte die 200 M. einem unserer Genossen gezahlt, den er zum Verrat von Parteibeschlüssen verleiten zu können glaubte. Da der Herr Kriminalschutzmann der durch den „Vorwärts" an ihn ergangenen Aufforderung, sich sein Geld wieder abzuholen, nicht nachkommen wollte, so wurde es unserer Parteikasse überwiesen. Ist es wirklich jener unfreiwillige Beitragzahler, dem wir jetzt als einem Mitstreiter für Gottesfurcht und fromme Sitte wieder begegnen?

Auch ein Flugblatt der Halbgläubigen hat uns nachdenklich gestimmt; es ist dasjenige des „liberalen Parochialvereins von St. Markus". Unter all den Forderungen, die da aufgezählt werden, finden wir folgende: „Wir wollen eine vernünftige Ordnung des Begräbniswesens, daß im Tode wenigstens die Gleichheit all dessen gewahrt wird, was Menschenantlitz trägt." Wenigstens im Tode — ach, wie nett! Das ist doch immer etwas, und „man sieht doch die Liebe". Die liberal Kirchlichen ringen in diesen Tagen mit heißem Bemühen um die Wahlhülfe der Arbeiterbevölkerung. Sie wissen, daß die Arbeiter Berlins größtenteils sich längst nicht mehr um die Kirche kümmern. Aber das ist den Liberalen egal. Es ist ihnen ja nur darum zu tun, daß die Arbeiterschaft sich vor den liberalen Karren spannen läßt, um wenigstens bei den Kirchenwahlen ihn aus dem Dreck herausziehen zu helfen. Eine besondere Wirkung verspricht man sich da wohl von dem Hinweis auf die „Gleichheit all dessen, was Menschenantlitz trägt". Wir vermuten indes, daß gerade dieser Satz manchen Arbeiter daran erinnern wird, wie sehr die liberal Kirchlichen Arm in Arm mit den orthodox Kirchlichen sich dagegen sträuben, daß schon im Leben die „Gleichheit all dessen, was Menschenantlitz trägt", erreicht werde. Die liberal Kirchlichen rekrutieren sich größtenteils aus den Reihen des „liberalen Bürgertums". Das liberale Bürgertum zeichnet sich aber in Berlin durch einen ganz besonderen Mangel sozialen Empfindens aus und ist der wütendste Gegner der Arbeiterklasse, die um ihre Befreiung aus sozialer Ungleichheit ringt.

Die Tagesordnung der Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 11. Oktober, enthält u. a. folgende Punkte: Berichterstattung über die Vorlage betr. die Freilegung eines Teiles des im Eigentum der Stadtgemeinde befindlichen Straßenlandes an der Ecke der Josty- und Prenzlauerstraße usw. — Vorlage betr. die Bewilligung eines Beitrages an das Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz zugunsten des südwestafrikanischen Expeditionskorps. — Anträge von Mitgliedern der Versammlung: den Magistrat zu ersuchen, der Einsetzung einer besonderen Verwaltungsdeputation für die Hafen- und Speicherangelegenheiten zuzustimmen — und Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter und Bewilligung einer Teuerungszulage an diejenigen städtischen Arbeiter, die nicht mehr als 2000 M. Einkommen haben. — Berichterstattung über die Vorlage betr. die Verzichtleistung auf die Rechte der Stadtgemeinde aus einer letztwilligen Verfügung.

Das Kuratorium des städtischen Obdaches und Arbeitshauses beschloß in seiner letzten Sitzung, das Filialhospital in Reinickendorf, welches jetzt mit männlichen Insassen belegt ist, zukünftig mit weiblichen zu belegen, die Männer aber, sowohl aus Reinickendorf als einen Teil derjenigen aus Rummelsburg in den Räumen unterzubringen, welche durch die Eröffnung des Virchow-Krankenhauses im städtischen Familienobdach frei werden. —

Bei einer Revision des Arbeitshauses hatten die sozialdemokratischen Mitglieder des Kuratoriums moniert, daß im Lazarett daselbst geschlechtskranke Mädchen (Häuslinge) behandelt würden, und es wurde beantragt, solche nach der Geschlechtskrankenabteilung zu überführen; das Kuratorium hatte dementsprechend beschlossen, mußte aber den Beschluß, soweit er sich auf männliche Häuslinge bezog, aufheben, da für diese in der Krankenstation keine geschlossenen Räume vorhanden sind. Die Krankenhausdeputation soll ersucht werden, dafür Sorge zu tragen, daß bei dem Bau des neuen Krankenhauses für Geschlechtskranke Einrichtungen getroffen werden, welche auch die Entfernung geschlechtskranker Männer aus dem Arbeitshaus ermöglichen.

Auf eine Anfrage des Landesdirektors betreffs Unterbringung von jugendlichen Korrigenden zwischen 18 und 21 Jahren in einer Erziehungsanstalt, falls ihre Arbeitshaushaft ausgesetzt wird, beschloß das Kuratorium einstimmig, dem Landesdirektor mitzuteilen, daß die Verwaltung des Arbeitshauses sich von der bedingten Strafaussetzung ohne Ueberweisung an eine Erziehungsanstalt entschieden eher Besserungserfolge verspricht.

Alsdann wurde der Etat des Arbeitshauses für 1907 beraten, welcher mit einer Einnahme von 257 037 M. und einer Ausgabe von 856 965 M. abschließt. Hierzu kommt ein Mehrbetrag von 200 M., welcher auf Antrag von seiten unserer Genossen für bessere Ausgestaltung der Bibliothek eingesetzt wurde, da die vorhandenen Bestände sich bei den Revisionen in keiner Weise als ausreichend erwiesen haben.

Den achtstündigen Arbeitstag für die Arbeiter an den geneigten Retorten einzuführen, wurde von den städtischen Gaswerken der Versuch gemacht. Diese Versuche sind am 1. Oktober d. J. abgeschlossen worden und haben dazu geführt, die achtstündige Arbeitszeit für diese Kategorie Arbeiter einzuführen. Es sollen nunmehr diese Versuche auch auf die Arbeiter vor den horizontalen Retorten ausgedehnt werden. Gleichzeitig werden Versuche auf den Gasanstalten angestellt, die darauf abzielen, den Hofarbeitern eine neunstündige Arbeitszeit zu gewähren.

Diese Notiz wird verbreitet mit der Bemerkung, daß diese Maßnahme ganz unabhängig von den von den Arbeitern gestellten Forderungen sei. Das bedurfte es nicht. Die Arbeit an den Retorten ist eine so ungemein schwere und mörderische, daß viele andere Städte Berlin längst mit der Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in den Gaswerken vorangegangen sind, und es liegt gar keine Ursache vor, von den getroffenen Maßnahmen großes Aufheben zu machen. Eine achtstündige Arbeitszeit für die Arbeiter an den Retorten ist ohnehin noch zu lang.

Schulkinder im Dienste der Parteiorganisation. Konservative Blätter melden einen neuen Fall der Verwendung von Schulkindern zur Agitation für den Liberalismus. Wieder handelt es sich um die Agitation der Liberalen zu den Kirchenwahlen, die im nächsten Monat vorzunehmen sind. Und wieder wird gegen einen Schulrektor der Vorwurf erhoben, daß er die ihm anvertrauten Kinder in den Dienst dieser Agitation gestellt habe. Die „Staatsbürger-Zeitung" berichtet hierüber: „Ein freisinniger Rektor im Norden Berlins namens R. benutzt die Gesangstunde, um einige Schüler liberale Wahlaufforderungen schreiben zu lassen. Die Sache ist durch einen eigenartigen Zufall herausgekommen und wird voraussichtlich bald die Schulbehörde beschäftigen. In ganz kurzer Zeit ist das der zweite derartige Fall, der in der Oeffentlichkeit bekannt geworden ist — im ersten handelte es sich bekanntlich um den Rektor Dr. Leitzke." Leider wird in dieser Meldung nicht der volle Name des Rektors R. angegeben, wir sind daher nicht in der Lage, sie auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Das obengenannte Blättchen bemerkt übrigens zum Schluß: „Welch' ein Wutgeschrei würde sich wohl in der gesamten liberalen und sozialdemokratischen Presse erheben, wenn etwa ein konservativ-antisemitischer Rektor dergleichen versuchen wollte, Sobald ein Freisinnsmann in Frage kommt, sucht man vergeblich nach einem Wort des Tadels." Wie unsere Leser wissen, hat der „Vorwärts" den dem Rektor Leitzke nachgesagten Unfug am 23. September besprochen und dabei auch an einen früher vorgekommenen, noch schlimmeren Fall erinnert, der den freisinnigen Lehrer Otto betraf. Aber das Organ des ollen ehrlichen Stöcker läßt sich dadurch nicht abhalten, neben der liberalen Presse die sozialdemokratische zu nennen und dann dreist und gottesfürchtig zu schwindeln: „Wenn ein Freisinnsmann in Frage kommt" usw.

Die Erweiterung des Bahnhofes Friedrichstraße ist dahin gedacht, daß der zweite auf dem Bahnhof vorhandene, jetzt dem Stadtbahnverkehr dienende Bahnsteig mit den zwei Bahngleisen künftighin ebenfalls für den Fernverkehr bestimmt sein wird. Für den Stadtverkehr wird ein neuer dritter Bahnsteig nach Norden auf dem Gelände der jetzigen kleinen Verbindungsstraße zwischen Schlütersteg und Friedrichstraße und einem Teil der Kaiser Wilhelm-Akademie angebaut werden. Zwischen diesem Anbau und der Spree an der Weidendammerbrücke wird ein Bahnhofsvorplatz geschaffen werden. Die Brücken über die Friedrichstraße und Spree müssen nach Norden erweitert werden. Auch die Bahnhofsräume unterhalb der Bahnsteige werden umgebaut werden. Die Gesamtkosten der Erweiterung, die der Gegend am Bahnhof Friedrichstraße ein ganz verändertes Aussehen geben wird, werden auf zehn Millionen Mark einschließlich der Grunderwerbskosten veranschlagt. Die Verhandlungen betreffs Grundstückserwerbes sind bereits abgeschlossen. Mit dem Umbau dürfte erst 1908, vielleicht auch schon Ende 1907 begonnen werden.

Die Uebernahme der Haftpflicht der Lehrer, bezw. die Uebernahme der Haftpflichtversicherung der Lehrpersonen, um die die hiesigen Gemeindeschullehrer den Magistrat ersucht hatten, hat dieser, wie wir dieser Tage meldeten, abgelehnt. Ein Gegenstück hierzu wird, wie wir aus dem „Niederbarnimer Kreisblatt" ersehen, aus Birkenwerder gemeldet. Dort hat die zuständige Behörde die Haftpflicht zu übernehmen und die Lehrpersonen zu diesem Zweck bei einer Gesellschaft zu versichern. Berlin rangiert also in dieser Beziehung hinter Birkenwerder.

Das Herbeirufen zum öffentlichen Fernsprecher. Ueber das Herbeirufen von Personen zu Gesprächen an öffentlichen Sprechstellen sind vom Reichspostamt neue, zum Teil abgeänderte Bestimmungen ergangen. Die Meldung geht als Dienstnotiz weiter und erhält ungefähr folgende Fassung: Eckert-Neubrandenburg will Schulze-Wittenförden bei der öffentlichen Fernsprechstelle sprechen. Die gleiche Form der Ankündigung wird bei der Uebermittelung durch den Fernsprecher angewandt. Die gewünschte Person ist so genau zu bezeichnen, daß sie ohne Nachforschungen und Rückfragen ermittelt werden kann. In Orten mit mehreren öffentlichen Sprechstellen kann die Auswahl der Sprechstelle, zu der die gewünschte Person heranzurufen ist, der Vermittelungsstelle des Fernorts überlassen werden. Der Bestimmungsanstalt unmittelbar wird die Ankündigung durch Fernsprecher nur übermittelt, wenn es dazu weder der Zusammenschaltung von Leitungen noch der Inanspruchnahme von Zwischenanstalten zur Freigabe einer Leitungsteilstrecke bedarf. Die bei den öffentlichen Sprechstellen eingehenden Gesprächsankündigungen werden auf Telegrammankunftsformulare geschrieben und offen bestellt. Ist das Gespräch nur für die verkehrsschwache Zeit zugelassen und als solches angekündigt, so wird die herbeizurufende Person durch einen Zusatz in dem Formular auf die Zeit besonders aufmerksam gemacht, in der das Gespräch ausgeführt werden kann. Wenn der Herbeizurufende am Fernorte nicht angetroffen wird oder der Aufforderung zum Gespräche keine Folge leistet, so ist die öffentliche Sprechstelle, von der die Aufforderung ausgegangen ist, oder die Vermittelungsstelle, an die die Teilnehmerstelle des Auffordernden angeschlossen ist, sowie auch der Auffordernde selbst hiervon zu verständigen. Die Rückmeldungen können auch telegraphisch erfolgen, wenn es vorteilhaft erscheint.

Eine neue Feueralarmbeleuchtung, wie sie demnächst in der Hauptfeuerwache, Lindenstraße, eingeführt werden soll, wurde probeweise geladenen Vertretern der Staats-, Militär- und städtischen Behörden, Fachmännern usw. in den Geschäftsräumen der „Multiplex", Internationale Gaszündergesellschaft, Potsdamerstr. 22a, vorgeführt. Bisher waren die Feuerwachen Berlins mit dem System der Multiplex-Zündung derart eingerichtet, daß die Flammen im Falle des Nachtalarms zum Teil vom Telegraphenzimmer, zum Teil von den Remisen, Stallungen, Fahrerstuben usw. eingeschaltet und dadurch entzündet wurden. Branddirektor Reichel hatte nun, bald nachdem er die Leitung der Berliner Feuerwehr übernahm, der Gesellschaft die Aufgabe gestellt, die Alarmbeleuchtung so einzurichten, daß beim Ertönen der Feuerglocke sämtliche für den Alarm erforderlichen Flammen mit einem Schlage gezündet werden. Diese neue Einrichtung ist nach vielen Mühen jetzt fertiggestellt und wurde daher in den weiten Räumen der Multiplex-Gesellschaft, die für diese Alarmprobe die Diensträume der Hauptfeuerwache markierten, praktisch vorgeführt. Direktor Grünfeld ließ nach einleitendem Vortrage durch Betätigung eines elektrischen Knopfes das Licht erlöschen, die Alarmglocke ertönte und in demselben Augenblick erstrahlten die sämtlichen Räume in hellstem Licht. Auf der Hauptfeuerwache wird die neue Einrichtung schon in den nächsten Tagen in Betrieb genommen werden; Berlin ist die erste Stadt der Welt, die sie besitzt.

Die Volkszählungen kosten den größeren Städten ein Stück Geld. Die vom 1. Dezember 1900 kostete der Stadt Berlin rund 300000 Mark, obgleich viele Personen bei der Zählung ehrenamtlich tätig waren. Die Kosten der letzten Zählung im vergangenen Jahre werden sich auf etwa 415 000 Mark belaufen. Die Mehrkosten sind durch die Erweiterung des Fragematerials und die dadurch bedingte Mehrarbeit bei der Revision und Auszählung usw. entstanden.

Die städtische Stiftungsdeputation macht im „Gemeindeblatt" bekannt:

Aus den Mitteln der von Herrn Rentner R. Ludwig Zeitler hierselbst begründeten „Emil Zeitlers Fachschulen-Stiftung" können zum Oktober d. J. zunächst auf ein halbes Jahr drei Stipendien von je monatlich 20 M. an begabte, fleißige und bedürftige junge Handwerker, die ihre Lehrzeit mit Erfolg zurückgelegt haben, auch junge Künstler, welche zu ihrer weiteren Ausbildung im Kunsthandwerk noch eine Fachschule besuchen wollen, vergeben werden.

Meldungen sind baldmöglichst an das Stiftungsbureau, Poststraße 16 II zu richten.

Bewerber haben in den Gesuchen kurze Angaben über ihre Familien- und Vermögensverhältnisse zu machen und ferner ein Zeugnis über die genossene Schulbildung, sowie ein Zeugnis ihrer Lehrherren oder der Direktoren der von den Bewerbern besuchten Handwerker- und Fachschulen oder der Werkmeister der Fabriken oder Werkstätten, in denen sie arbeiten, über Fleiß und Begabung beizubringen. —

Aus der unter unserer Verwaltung stehenden Johann Jakob Zeitler-Stiftung sollen einmalige Unterstützungen im Betrage von wenigstens 30 M. an solche Weber und Stuhlarbeiter (d. h. Weber, Wirker, Raschmacher, Zeugmacher, Tuchmacher, Strumpf- und Seidenwirker), Meister und Gesellen vergeben werden, welche zwar der öffentlichen Armenpflege nicht anheim gefallen sind, aber sich in Geldverlegenheit, namentlich was die Zahlung der Wohnungsmiete betrifft, befinden.

Bewerber müssen sich seit mindestens zwei Jahren in Berlin niedergelassen haben; hauptsächlich sollen diejenigen berücksichtigt werden, welche mehr als 4 Kinder unter 14 Jahren haben.

Gesuche mit Angaben über die Dauer des Aufenthaltes in Berlin und über die Zahl der am Leben befindlichen Kinder unter 14 Jahren sind innerhalb 14 Tagen an die Deputation, Poststr. 16, 2 Treppen, zu richten.

Altersversorgung für Weber und verwandte Berufsgenossen. In der Weydingerschen Stiftung können wieder sechs hülfsbedürftige Personen männlichen Geschlechts Aufnahme finden. — Unbescholtene Männer, welche das 60. Lebensjahr überschritten haben und entweder aus den Familien des Gründers der Stiftungen, des Kaufmanns Johann Heinrich Weydinger, der Mutter desselben, Katharine Rosine Elisabeth geb. Schreiner, des verstorbenen Rentiers Johann Friedrich Hähnel und des Fabrikanten Johann Daniel Siegfriedt stammen, oder dem Stande der Zeug- und Raschmacher, Tuchmacher oder Weber angehören und die Aufnahme in genannte Stiftung wünschen, haben ihre diesbezüglichen schriftlichen Gesuche bei dem Rendanten der Stiftung, Herrn Oberstadtsekretär Fiedler, Poststraße 16, einzureichen.

Die Berliner Automobil-Verordnung, welche für den Landespolizeibezirk, also auch für die Nachbarstädte Charlottenburg, Schöneberg und Rixdorf Geltung hat, wird unter dem Datum des 29. September in dem soeben erschienenen Amtsblatt der königlichen Regierung amtlich veröffentlicht; sie wird danach, wie schon angedeutet, in Gemäßheit des § 141 des Landesverwaltungsgesetzes, mit Sonnabend, den 13. d. Mts., in Kraft treten. — Der Oberpräsident publiziert zugleich die Ausführungsbestimmungen, welchen wir das Folgende entnehmen: Um das Schreibwerk zu vermindern, empfiehlt es sich, die Anmeldung von Kraftfahrzeugen bei der Polizeibehörde auf Formularen (für welche ein Muster beigegeben ist) zu bewirken. Fabriken oder Händler, welche mit den zum Verkauf gestellten Fahrzeugen Probefahrten auf öffentlichen Wegen usw. veranstalten wollen, haben bei der für den Sitz der Firmen zuständigen Polizeibehörde die Zulassung der Kraftfahrzeuge im Sinne der §§ 4 und 5 zu beantragen. Zuverlässigen Firmen kann von der Behörde für solche Fälle eine Anzahl von Erkennungsnummern zu wiederkehrender Verwendung mit der Maßgabe überwiesen werden, daß beim Verkauf eines jeden Fahrzeuges, zwecks Zuteilung der endgültig zu führenden Nummer, ohne Verzug Anzeige an die für den neuen Eigentümer zuständige Polizeibehörde erstattet wird. Aehnlich ist das Verfahren beim Verkauf eines bereits zugelassenen Fahrzeuges; die früher zugeteilte Erkennungsnummer kann regelmäßig nur dann beibehalten werden, wenn Käufer und Verkäufer ihren Wohnsitz in demselben Polizeibezirk haben. Auf die vorschriftsmäßige Beschaffenheit der Nummerntafeln wird erfahrungsgemäß von den Eigentümern der Kraftfahrzeuge wenig Wert gelegt. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Polizeibehörden die für die Kennzeichnung bestehenden Bestimmungen nicht immer mit genügendem Nachdruck durchgeführt haben. Den Polizeibeamten ist daher zur Pflicht gemacht, in Zukunft darauf zu achten, daß die Bestimmungen über die Kennzeichnung genau befolgt werden. Beigefügt ist zugleich eine Liste der einzelnen Kennzeichen. Danach haben die Bundesstaaten entweder römische Ziffern oder große lateinische Buchstaben (die Anfangsbuchstaben des betreffenden Staates), also z. B. Preußen I, Bayern II, Württemberg III, Baden IV usw.; Oldenburg O, Braunschweig B, Sachsen-Altenburg SA usw.; hinter diesen Zeichen folgen bei den größeren Staaten Buchstaben, welche die Provinz kenntlich machen, z. B. A Berlin, E Brandenburg usw., und endlich tritt die Nummer des Fahrzeuges hinzu.

Ihren Verletzungen erlegen ist die bei dem Eifersuchtsdrama in der Schönholzer Straße vor wenigen Tagen schwer verletzte Frau Elisabeth Kreer. Wie wir mitteilten, wurde Frau K. in ihrer in der Schönholzer Straße 15 gelegenen Wohnung von der Ehefrau ihres Liebhabers mit einer stark ätzenden Flüssigkeit übergossen. Die Säure verletzte die Frau lebensgefährlich im Gesicht, am Hals, an der Brust und beiden Armen, so daß sie in hoffnungslosem Zustande in das Lazaruskrankenhaus gebracht werden mußte. Dort ist Frau Kreer nun verstorben.

Ein falscher Kriminalbeamter ist Montagabend am Schönhauser Tor festgenommen worden. Gegen 7 Uhr entstand in der Nähe des Oranienburger Tores eine Schlägerei, bei welcher angeblich auch mit einem Messer gestochen wurde. Der mutmaßliche Messerheld flüchtete und sprang an der Ecke der Elsasserstraße auf einen in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Stadtringlinie. Der Mann machte dem Schaffner den Vorwurf, daß der Wagen trotz seiner — des Passagiers — erfolgten Zurufe nach der Abfahrt von der Haltestelle nicht noch einmal gehalten habe. Der Fremde erklärte, daß er Kriminalbeamter sei und sich über den Schaffner bei seiner vorgesetzten Behörde beschweren werde. Der angebliche Geheimpolizist benahm sich bei der weiteren Fahrt derart ungebührlich, daß der Schaffner sich gezwungen sah, am Schönhauser Tor die Hülfe eines uniformierten Schutzmannes in Anspruch zu nehmen. Auf der Polizeiwache in der Alten Schönhauserstraße entpuppte sich der angebliche Polizeibeamte als der in der Frankfurter Allee 111 wohnende Buchdruckereibesitzer B., der sich nunmehr nicht nur wegen unbefugter Beilegung des Titels eines Kriminalbeamten, sondern auch wegen seiner Teilnahme an der Schlägerei am Oranienburger Tor zu verantworten haben wird.

Eine wild gewordene Kuh verursachte Montagnachmittag in der Bandel- und Turmstraße große Aufregung. Bei einem Molkereibesitzer in der erstgenannten Straße wurden mehrere Kühe abgeladen. Eines der Tiere riß sich los und rannte, verfolgt von einer größeren Menschenmenge, davon. Die Kuh lief die Turmstraße entlang bis zur Wilsnackerstraße und geriet in den Vorgarten eines dort befindlichen Café-Restaurants. Die Gäste flüchteten vor dem heranstürmenden Tier, welches in dem Garten viel Unheil anrichtete, Tische und Stühle umwarf und beschädigte. Den inzwischen herangekommenen Verfolgern gelang es nun endlich, die Kuh einzufangen, bevor sie weiteren Schaden anrichten konnte.

Bei dem Versuch, die scheu gewordenen Pferde eines Gespannes aufzuhalten, wurde am Montagnachmittag der Arbeiter Hubert schwer verletzt. Die Pferde eines Leiterwagens waren in der Müllerstraße wild geworden und jagten in der Richtung nach Tegel davon. An der Ecke der Berlinerstraße in Reinickendorf versuchte H. die Tiere aufzuhalten, wurde jedoch zur Seite geschleudert und stürzte so unglücklich gegen die Bordschwelle des Bürgersteiges, daß er eine schwere Schädelverletzung und einen komplizierten Armbruch davontrug. Er wurde nach dem Paul Gerhardt-Stift übergeführt.

Für 15 000 bis 20 000 M. Gold- und Silbersachen und 600 M. Bargeld fielen in der vergangenen Nacht in der Münzstraße Dieben in die Hände. In dem Hause Nr. 3 liegen im zweiten Stocke am Hofe die Geschäfts- und Lagerräume des Waren-Kredithauses von W. Grätz. Sie sind zwar durch eiserne Türen einigermaßen geschützt. Der Pförtner dieses Hauses wohnt noch dazu im vierten Stock. Die schwere Eisentür, die zum Grätzschen Geschäfte führt, brachen die Diebe mit Stemmeisen auseinander. Im Kontor bohrten sie den Geldschrank an und öffneten ihn dann mit Knobbern. Der Bestohlene ist versichert. Von den Einbrechern fehlt jede Spur.

Zu dem Unfall auf dem Bau Martin Luther-, Ecke Wartburgstraße, über den wir in unserer Sonnabendnummer berichteten, erhalten wir von der bauausführenden Firma Held u. Francke folgende Zuschrift:

1. Es ist nicht richtig, daß niemand Augenzeuge des Unfalles war. Der Arbeiter Drews sah, als er aus der Arbeitsbudentür trat, den Verunglückten aus einem den Buden gegenüberliegenden Fenster herabfallen. Dieser Arbeiter rief auch zuerst Hülfe herbei.
2. Es trifft nicht zu, daß dem Verunglückten ein Stein auf den Kopf fiel. Die Umstände sprechen dafür, daß der Verunglückte sich zu weit aus dem Fenster legte und auf den Hof stürzte. Die Verletzung entstand durch das Aufschlagen des Kopfes auf den Hof.
3. Die Schutzdächer haben nirgends gefehlt; diese sind von Anfang an vorhanden. Eingänge, die nicht benutzt werden sollten, waren durch Barrieren gesperrt.
4. Nach dem Unglück sind keinerlei Anordnungen auf Vermehrung der Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden, was durch die Baupolizei festgestellt worden ist.

Hierzu möchten wir bemerken, daß der Arbeiter Drews sich nach seiner Aussage wohl an jener Stelle befand, nähere Angaben über den Vorfall jedoch nicht machen konnte. Im übrigen werden unsere Mitteilungen von unserem Gewährsmann aufrecht erhalten.

Unter einen Geldschrank begraben wurden gestern vormittags die beiden Arbeiter Moritz und Schaller, welche in der Neuen Schönhauserstraße einen zirka zwei Zentner schweren Geldschrank auf einen Wagen laden wollten. Die Last entglitt den Händen des vorangehenden Schaller und stürzte nieder, wobei Sch. und M. mit zu Boden gerissen wurden. Die Kante des schweren Kastens schlug dem M. gegen die Schienbeine, während sie dem zweiten Arbeiter auf die Hacken fiel. Beide erlitten gefährliche Knochenverletzungen und mußten nach einem Krankenhause übergeführt werden.

Im Zirkus Schumann wird eine Pantomime: „Ein Tag in Monte Carlo" vorbereitet.

Sportpark Steglitz. Der „Große Herbstpreis" wurde am Montagabend zu Ende gefahren und zeitigte einen Sieg Robls, der die 100 Kilometer in 1 Stunde 13 Minuten 48 Sekunden zurücklegte. Zweiter wurde Guignard, 5010 Meter, dritter Conenet, 7140 Meter zurück. Dickentman hatte nach dem 60. Kilometer aufgegeben. Das Rennen war reich an Zwischenfällen aller Art und hatten alle Fahrer, mit Ausnahme von Robl, unter Rad- und Motorschaden zu leiden. Der einzige Fahrer, der gegen Robl standhält und ihn passieren kann, war Conenet, der schon aufgeholt hat, aber dann durch Radschaden außer Gefecht kam. Demke war durch seinen Sturz am Sonntag am Erscheinen verhindert und büßte das Rennen dadurch bedeutend an Interesse ein. Der Besuch war überaus zahlreich.

Im Zoologischen Garten ist die Hirschbrunst wieder im vollen Gange; alle Geweihträger der nördlichen Zonen, mit Ausnahme des Rehes, verkünden ihr Liebeswerben und die Herausforderung gegen den Rivalen in mehr oder weniger klangvoller, das Jägerohr ihrer Heimat aber immer begeisternder Weise. Von der hohen Fistelstimme des mächtigen nordamerikanischen Wapiti und dem ähnlichen kuhartigen Schrei seiner ebenso riesigen asiatischen Vertreter bis zum tiefen grunzenden Brummen des Atlashirsches, sind alle Stimmlagen zu hören, und die wehrhaften, aufs höchste erregten Recken kargen nicht mit ihren Vorträgen: für den Tier- und Jagdfreund ein erhabenes Naturkonzert im herbstlich geschmückten Park.

Der Eintritt in den im schönsten Herbstschmuck prangenden Park kostet für Erwachsene und Kinder 25 Pf. pro Person.

Feuerwehrbericht. Montagabend um 9 Uhr wurde der 16. Zug nach der Putlitzstraße gerufen. Auf dem Bahnhof Putlitzstraße war ein unbekannter Fahrgast vom Bahnsteig gefallen und zwischen diesem und einen Eisenbahnwagen fest eingeklemmt. Die Feuerwehr befreite den Mann, der aber schon tot war. Ein herbeigeholter Arzt stellte fest, daß der Mann das Genick gebrochen hatte. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht. Der Verkehr auf der Ringbahn hatte infolge dieses Unfalles eine halbstündige Unterbrechung erfahren.

Wegen der Beseitigung eines Verkehrshindernisses rückte der 1. Zug nach der Ecke der Münz- und Grenadierstraße aus, wo ein Pferd und Wagen auf den Schienen lag. Ferner hatte die Wehr in der Hochstraße 87 zu tun, wo in einer Küche Feuer ausgekommen war und das Zwischengebälk aufgerissen werden mußte. Auch am Grünen Weg 40 mußte ein Feuer gelöscht und das Zwischengebälk freigelegt werden. In der Kaiser Wilhelmstraße 20 brannten Gardinen und in der Hollmannstraße 16 Sägespäne usw.

Arbeiter-Samariter-Kolonne. Morgen, Donnerstag, abends 9 Uhr, Beginn des Kursus in der 3. Abteilung für Schöneberg und Umgegend bei Obst, Meiningerstr. 8. Vortrag über: „Anatomie" (Bau des menschlichen Körpers). Gäste haben einmaligen freien Zutritt. Einschreibegeld 25 Pf., Monatsbeitrag 25 Pf. Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Von einem Güterzuge totgefahren. Auf den Schienen hat eine unbekannte Frau den Tod gefunden, deren Persönlichkeit die Polizeibehörde festzustellen sucht. Auf den Gütergleisen zwischen den Stationen Rixdorf und Tempelhof wurde die Leiche einer etwa 40 Jahre alten Frauensperson aufgefunden. Die Unbekannte ist von den Rädern einer Lokomotive zermalmt und fast bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt worden. Auf welche Weise sie auf die Gleise gelangt ist, konnte noch nicht festgestellt werden. Auch steht noch nicht fest, ob die Unbekannte einem Unglücksfall zum Opfer gefallen ist oder ob sie sich in selbstmörderischer Absicht vor die Lokomotive geworfen hat.

27 000 M. unterschlagen hat der 45 jährige Agent Pohlmann. Unter eigenartigen Vorspiegelungen hat P. diese Summe von einem Rittergutsbesitzer an sich genommen und ist damit verschwunden. Der Gutsbesitzer hat auf die Ergreifung des P. 1000 M. Belohnung ausgesetzt.

Charlottenburg.

Bei den gestrigen Stadtverordnetenersatzwahlen der ersten Abteilung wurden gewählt: im ersten Bezirk für die Wahlzeit bis 1907 Rentier Max Thieme (lib.) mit 77 Stimmen gegen Geheimrat Dr. v. Siemens, der 75 Stimmen erhielt, für die Wahlzeit bis 1909 Fabrikant Otto Lemm (lib.) mit 85, Verlagsbuchhändler Alfred Paetel mit 84 Stimmen gegen Professor Dr. Pannewitz (72) und Bankier Robert Warschauer (75). Im vierten Bezirk wurde der liberale Kandidat Baumeister Richard Wolffenstein mit 50 Stimmen gegen den unpolitischen Kandidaten Dr. Liepmann, der 43 Stimmen erhielt, gewählt.

Schöneberg.

Der Verein zur Förderung der Kunst, hält am Sonntag, den 14. Oktober, abends ½8 Uhr, seinen ersten Kunstabend in dieser Wintersaison, im großen Saale des Hohenzollern-Gymnasiums, Belziger- und Eisenacherstraße-Ecke, ab. Dieser Abend ist dem Dichter Ibsen gewidmet. Einlaßkarten zum Preise von 80 Pf. sind in unserer Parteispedition beim Genossen Bäumler, Martin Lutherstraße 51 im Laden zu haben.

Ein schwerer Einbruchsdiebstahl ist im Hause Starnbergerstr. 2 bei dem im ersten Stockwerk wohnhaften Kaufmann Michalowitz verübt worden. Die Einbrecher erbeuteten Juwelen und Goldsachen im Werte von 30 000 M. Der Eigentümer hat für die Ermittelung der Diebe eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt.

Zehlendorf.

Zum Fürstenhofboykott ist zu berichten, daß der Einspruch, den die 16 Zehlendorfer Einwohner gegen den Einhaltsbefehl erhoben haben, von der Zivilkammer I des Landgerichts II verworfen ist und beschlossen wurde, jenen Einhaltsbefehl auch fernerhin aufrecht zu erhalten. Durch diesen Beschluß ist wieder einmal bewiesen, daß es auch ohne Ausnahmegesetze möglich ist, die Arbeiterschaft an der Ausübung ihres Rechtes zu hindern. Daß ein solcher Beschluß nur befruchtend auf die politische Organisation wirkt, ist durch alle Maßnahmen im Fürstenhofboykott vollauf bestätigt worden. Der Wahlverein ist noch in keiner Zeit so rapid gewachsen, als gegenwärtig. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Zehlendorfer Genossen die Stellen der 16, gegen die ein Tag Haft angedroht ist, wenn sie in der Nähe des Fürstenhofs mit Flugblättern angetroffen werden, besetzen werden. Der Fürstenhofboykott wird deshalb mit derselben Energie durchgeführt wie bisher. Herr Schwedhelm mag sich an zuständiger Stelle bedanken, wenn er erhebliche Einbuße in seinen Einnahmen hat; nur die bürgerlichen Herren tragen die Schuld, daß die Arbeiter als Bürger II. Klasse behandelt werden und ihnen der Saal für Versammlungen gesperrt ist. Solange diese Maßregel nicht aufgehoben wird, bleibt der Fürstenhof und seine Stehbierhalle gesperrt.

Mariendorf.

Von einer rührigen Parteitätigkeit zeugte in der letzten Generalversammlung des Wahlvereins der Bericht des Vorstandes. Es haben stattgefunden im letzten halben Jahr 4 Mitgliederversammlungen, 1 Generalversammlung, 3 Volksversammlungen und 11 Vorstandssitzungen. Versammlungen wie Zahlabende wurden gut besucht. Die Mitgliederzahl ist von 168 auf 212 gestiegen. Aus der Bibliothek entliehen wurden 141 Werke. Auch Marienfelde befindet sich, da die Genossen dort jetzt über einen schönen Saal verfügen, in bester Entwickelung. Die Presse, der „Vorwärts" ist in 362 Exemplaren, die „Neue Zeit" in 25 Exemplaren und der „Wahre Jacob" monatlich in 550 Exemplaren verbreitet. Die Diskussion über den Bericht gestaltete sich recht lebhaft. Als Parteispediteur wurde Genosse Müller gewählt; an Stelle des früheren Bezirksführers Ost wurde, weil Ost nicht mehr der Gewerkschaft angehört, Genosse Neustedt gewählt. In die Speditionskommission gewählt wurde Genosse Reichardt. Ein Antrag auf Ausschluß gegen den Genossen Kurzweg wurde angenommen. Die Wahl des Genossen Reichardt als Gemeindevertreter ist vom Kreisausschuß für ungültig erklärt worden.

Die außerordentlich stark besuchte Volksversammlung am 25. September hat nicht in Mariendorf, sondern in Marienfelde im Lokale von Berger, Dorfstraße 30, stattgefunden.

Britz-Buckow.

In der letzten Generalversammlung des Wahlvereins wurde zunächst das Andenken des verstorbenen Parteigenossen Weniger in der üblichen Weise geehrt. Aus dem Bericht des Vorstandes war ersichtlich, daß im verflossenen Vierteljahre 4 Vorstandssitzungen, 3 Vereinsversammlungen und 2 Handzettelverbreitungen stattgefunden haben. Die Einnahmen im dritten Quartal betrugen 200,65 M., die Ausgaben 82,10 M.; an die Zentralkasse wurden somit 118,55 M. abgeliefert. Die als zweiter Punkt auf der Tagesordnung stehende „Diskussion über den Parteitag" wurde vom Genossen Händel eingeleitet. Derselbe gab u. a. seiner Befriedigung Ausdruck, daß die Frage des Massenstreiks sowohl als auch die zwischen Partei und Gewerkschaften bestandenen Meinungsverschiedenheiten geklärt wurden. Die Ausführungen Bebels zum Massenstreik decken sich völlig mit seiner in Jena gezeichneten Auffassung. Im großen und ganzen könne man mit den Beschlüssen des diesjährigen Parteitags zufrieden sein. Genosse Kimmritz hält den Standpunkt Legiens, den derselbe zum Punkt „Partei und Gewerkschaften" einnehme, für den richtigen. Auch mit den Ausführungen Legiens zur Frage des Massenstreiks ist er einverstanden. Genosse Schröder findet, daß zwischen den Referaten Bebels in Jena und Mannheim ein ganz kolossaler Unterschied bestehe. Der Parteivorstand habe vor der Generalkommission der Gewerkschaften kapituliert. Die Gewerkschaften werden nach wie vor neutral zu bleiben suchen. Nach der einen Seite hin hat man weitestes Entgegenkommen gezeigt, während andererseits die Lokalisten, welche zum großen Teile alte Parteigenossen seien, ausgeschlossen werden sollten. Im weiteren Verlauf der Debatte, an welcher sich noch Genosse Ernst beteiligte, wurden die von Schröder geäußerten Ansichten bekämpft. — Unter Vereinsangelegenheiten machte Genosse Sandmann auf das am 20. Oktober stattfindende Herbstfest aufmerksam. Ein Vorschlag des Vorstandes, den Zutritt zu den Generalversammlungen des Vereins nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zu gestatten, fand keinen Widerspruch. Zum Schluß wies der Vorsitzende darauf hin, daß die durch den Tod des Genossen Weniger in der Gemeindevertretung entstandene Lücke in allernächster Zeit durch eine Nachwahl ausgefüllt werden wird.

Adlershof.

Der letzten Gemeindevertretersitzung lag der Voranschlag über die Ein- und Ausgaben der Kanalisationsverwaltung für die Zeit vom 1. Oktober 1906 bis 31. März 1907 zur Beschlußfassung vor, derselbe balanzierte mit 21 000 M. Nach den Mitteilungen des Gemeindevorstehers stellen sich die Verbandskosten der Kanalisation pro Kopf

der Bevölkerung auf 60,95 M., demnach entfallen auf Adlershof mit 8940 Einwohnern 544 898 M. Hierzu kommen die Kosten der Ortskanalisation in Höhe von 375 000 M., welche durch Anleihe gedeckt wurden, so daß Adlershof insgesamt 919 893 M. einmalige Kanalisationsunkosten zu tragen hat. Von dieser Summe muß laut Ortsstatut die Gemeinde 10 Proz. = 91 989 M. übernehmen, die verbleibenden 827 904 M. sind von den Grundbesitzern aufzubringen. Beschlossen wurde, für einen Frontmeter 12 M. und für den Quadratmeter Fläche 45 Pf. zur Erhebung zu bringen. Von den eingehenden Beträgen sollen 375 000 M. Anleihen zurückgezahlt werden und der Restbetrag, 425 940 M., zu einem Kapitalstock verwendet werden, dessen Zinsertrag und 5 Prox. des Gebäudesteuernutzungswertes, welcher von den Grundbesitzern zu erheben ist, zur Deckung der jährlichen Kanalisationsunkosten verwendet werden soll. — Zur Beseitigung der Mißstände in der Hackenbergstraße wurde der Bau einer Regenwasserleitung beschlossen, welche 47 000 M. kosten dürfte, und die Neupflasterung der Straße in baldige Aussicht gestellt. — In die Voreinschätzungskommission wurden auch unsere Genossen Büttner und Laube gewählt. Der letztere als Ersatzmann. — Der Antrag der Firma Wolf Netter u. Jacobi auf Genehmigung der Bebauung des Vorgartens in der Flucht der Moltkestraße mit Fabrikgebäude wurde abgelehnt. — Der Bebauungsplan des eingemeindeten forstfiskalischen Geländes wurde einer Kommission zur Vorberatung überwiesen, da von verschiedenen Vertretern eine anderweitige Regelung der festzulegenden Straßen gewünscht wurde. Bei Beratung dieses Punktes wurde auch ein Antrag angenommen, den Landrat des Kreises aufzufordern, auf den ihm im Februar d. J. übermittelten Beschluß betreffend der Verlängerung der Köpenicker Straßenbahn bis zum hi sigen Adlergestell endlich eine Antwort zu erteilen. Bei der Wichtigkeit dieser Angelegenheit für die fernere Entwickelung des Ortes dürften selbst einem vielbeschäftigten Landrat neun Monate genügen, um sich ein Urteil zu bilden und die Gemeinde einer Antwort zu würdigen.

Köpenick.

In Anbetracht der bevorstehenden Etatsberatungen hielten es die städtischen Arbeiter für angebracht, auch ihrerseits Wünsche und Forderungen einzureichen, welche dringend Berücksichtigung erheischen. In einer bei Golze abgehaltenen Versammlung, in welcher der Sekretär der Filiale Groß-Berlin des Gemeindearbeiterverbandes, Kollege May, referierte, wurde lebhaft beklagt, daß die Kommission zur Verwaltung der städtischen Gaswerke sich der Errichtung eines Arbeiterausschusses ablehnend gegenüber verhält. Der Vorsitzende dieser Kommission, der Verleger des „Köpenicker Dampfboot", ließ den Arbeitern folgenden köstlichen Entscheid zukommen:

„Einen Arbeiterausschuß wünschen wir nicht einzurichten, weil dadurch die Willensfreiheit unserer Arbeiter beschränkt werden würde, was nicht angängig ist, und weil derartige Arbeiterausschüsse sich in anderen Betrieben nicht bewährt und Veranlassung zu Differenzen gegeben haben."

Es ist begreiflich, daß dieser Erguß, der eine Mischung von gemeindlicher Bourgeois-Autokratie und zweifelhafter Fürsorge um die „Willensfreiheit" der Arbeiter darstellt, mit einem Gefühl sonniger Heiterkeit aufgenommen wurde. Die Arbeiter werden trotzdem von neuem die mit durchschlagenden Gründen belegte Forderung auf Errichtung eines Arbeiterausschusses stellen. — Ferner wurde seitens der Gasarbeiter gewünscht, daß ihnen für den Außendienst feuersichere Lampen beim Standaufnehmen und Regenpelerinen geliefert würden. Auch fehle es an Verbands- und Waschgelegenheit. Für die Betriebsarbeiter müsse ein besserer Speiseraum beschaffen werden, denn der jetzige, der 1,80 Meter breit und 7 Meter lang sei und noch 3 große Schränke beherberge und in dem ein unerträglicher — Geruch herrsche (er diente früher zur Ammoniakfabrikation) genüge nach keiner Richtung den Anforderungen, die man an eine kommunale Einrichtung zu stellen berechtigt wäre. In einer im Laufe dieses Monats noch einmal abzuhaltenen Versammlung, zu der die sozialdemokratischen Stadtverordneten geladen werden sollen, werden die leicht zu realisierenden Wünsche der städtischen Arbeiter endgültig festgestellt und dann dem Kollegium in geeigneter Form zur Kenntnis gebracht werden.

Groß-Besten.

Die Parteitagsliste Nr. 9796 sowie 20 Bons sind verloren gegangen; es wird gebeten, selbiges bei Otto Kietz, Groß-Besten abzugeben.

Spandau.

Die letzte Generalversammlung des Wahlvereins nahm den Vorstandsbericht vom letzten Quartal und vom ganzen Geschäftsjahre entgegen. Stattgefunden haben im Geschäftsjahre 13 öffentliche und 9 Generalversammlungen, 24 Vorstands- und 19 Parteileitungssitzungen. Die Mitgliederzahl ist von 645 am Beginn auf 800 am Schlusse des Geschäftsjahres gestiegen. Die Zahl der „Vorwärts"-Leser ist von 784 auf 1084 gestiegen. Wenn der Erfolg, so meinte der Vorsitzende Genosse Pieser, nicht ganz den Erwartungen entspricht, so liege das nicht allein am Vorstand, sondern zum guten Teile an den Mitgliedern, die sich nicht in gewünschter Weise an den Parteiarbeiten beteiligen. Zum Schluß sprach er den Wunsch aus, daß der neue Vorstand von den Mitgliedern mehr unterstützt werden möge. Der Kassenbericht zeigt eine Einnahme von 8826,66 M. und eine Ausgabe von 8826,66 M. In den Ausgaben sind enthalten an den Kreis 2179,50 M., Hauptvorstand in Berlin 60,05 M., für die Russen 296,69 M. usw. Es verbleibt somit ein Bestand von 300 M. Die Zugehörigkeit zur politischen Organisation nach Berufen und Gewerkschaften gestaltet sich wie folgt: Von 457 gewerkschaftlich organisierten Maurern waren 137 politisch organisiert, von 900 Arbeitern 117, von 250 Zimmerern 73, von 980 Metallarbeitern 62, von 340 Holzarbeitern 36, von 77 Töpfern 28, von 162 Malern 28, von 117 Schmieden 25, Brauer waren 20 politisch organisiert, Restaurateure 18, von 48 gewerkschaftlich organisierten Buchdruckern 15, von 33 Steinsetzern 15, von 50 Bäckern 10, von 127 Heizern und Maschinisten 8, von 23 Tapezierern 6, von 20 Zigarrenmachern 6, von 19 Schuhmachern 5, von 15 Böttchern 4 und von 4 Dachdeckern 3. Außerdem waren organisiert 8 Bäckermeister, je 2 Barbiere, Lagerhalter, Kaufleute, Kohlenhändler, Händler, Lackierer, Stellmacher und je 1 Gärtner, Buchhalter, Glaser, Einschaler, Weber, Berabzieher, Kapselbreher, Monteur, Bügler, Büchsenmacher, Schneidermeister, Rohrleger, Zahntechniker, Steinsetzmeister, Porzellanmaler, Spediteur, Buchbinder und Landwirt. Der Kassierer, Genosse Schuster, wies darauf hin, daß eine Anzahl Mitglieder mit Beiträgen restieren und ermahnte, mehr wie bisher die Pflicht zu erfüllen. In der Diskussion empfahl Genosse Trompter folgende Resolution zur Annahme: „In der Erkenntnis, daß die Bildungsbestrebungen der Arbeiter am hiesigen Orte nicht in Einklang zu bringen sind mit der stetigen Zunahme der Mitgliederzahl der hiesigen Arbeiterorganisationen, in der weiteren Erkenntnis, daß es den einzelnen Organisationen nicht möglich ist, mehr als bisher sich dieser Frage zu widmen, und bezugnehmend auf die Beschlüsse des Mannheimer Parteitages, beschließt die am 5. Oktober 1906 tagende Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Spandau, einen Arbeiterbildungsausschuß ins Leben zu rufen. Dieser Arbeiterbildungsausschuß besteht aus sieben Personen. Da beide Organisationen, die gewerkschaftliche sowohl wie die politische, an dieser Frage gleich viel interessiert sind, wählt die politische Organisation drei und die Gewerkschaftsorganisation vier Mitglieder." Nach längerer Diskussion fand diese Resolution Annahme. In den Bildungsausschuß wurden gewählt die Genossen Trompter, Kartowski und Koschoreck. Ebenfalls angenommen wurde ein Antrag des 8a Bezirks: „Der Vorstands- und Kassenbericht ist mindestens drei Wochen vor der Generalversammlung den Bezirksführern schriftlich zuzustellen. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde Genosse Pieser, nachdem es zu einem Resultat nicht gekommen war, auf Antrag Scholz mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt. Es wurden weiter gewählt, Genosse Krögerchen zum zweiten Vorsitzenden, Genosse Schuster als erster und Genosse Reichert als zweiter Kassierer, als erster Schriftführer Genosse Hornig und Genosse Schneeweiß als zweiter. Zu Revisoren gewählt wurden die Genossen Ganzer, Schmidt und Reinecke. In die Lokalkommission die Genossen Rührmund, Wilde und Sommer und in die Geschäftskommission die Genossen Reibeholz als Geschäftsführer, Götze als Kassierer und Rührmund als Beisitzer. Die noch auf der Tagesordnung stehenden Beratungsgegenstände wurden wegen vorgerückter Zeit vertagt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 10. Oktober.

Anfang 7½ Uhr.

Opernhaus. Der Barbier von Sevilla.
Schauspielhaus. Prinz Friedrich von Homburg.
Deutsches. Das Wintermärchen.
Westen. Das Glöckchen des Eremiten.
Lortzing. Der Freischütz.

Anfang 8 Uhr.

Lessing. Das Blumenboot.
Berliner. Sherlock Holmes.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Hoffnung auf Segen.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches-Theater). Frau Inger von Oestrot.
Neues. Die Hochzeit von Poel.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Residenz. Triplepatte.
Lustspielhaus. Die von Hochsattel.
Zentral. Tausend und eine Nacht.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Deutsch-Amerikanisches. Im wilden Westen.
Thalia. Wenn die Bombe platzt!
Luisen. Else vom Erlenhof.
Trianon. Der Hausfreund.
Bernhard Rose früher Carl Weiß. Der Millionenbauer.
Walhalla. Spezialitäten.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Apollo. Berlin im Omnibus. Spezialitäten.
Kasino. Alexander der Große.
Folies Caprice. Das Modell. — Das Provinzmädel.
Wintergarten. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Der jüngste Ausbruch des Vesuv. Hörsaal 8 Uhr: Dr. W. Scheffer: Photographischer Kursus.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonns

Berliner Theater.
Heute und folgende Tage:
Sherlock Holmes.
Anfang 8 Uhr.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die Hochzeit von Poël.
Morgen und folgende Tage:
Die Hochzeit von Poël.

Kleines Theater.
Zum 94. Male:
Ein idealer Gatte.
Lord Goring . . . Harry Walden.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: Man kann nie wissen.
Freitag z. 95. Male: Ein idealer Gatte.
Sonnabend: Man kann nie wissen.

Theater des Westens
Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12.
Heute:
Das Glöckchen des Eremiten.
Anfang 7½ Uhr.
Donnerstag: Stradella. Hierauf: Die schöne Galathee. Anf. 7½ Uhr.

Komische Oper.
Heute abend 8 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen.
Donnerstag: Carmen.
Freitag: Figaros Hochzeit.
Sonnabend: Hoffmanns Erzählungen.

Lortzing-Theater
Bellealliancestr. 7/8.
Heute abend 7½ Uhr:
Der Freischütz.
Abonnements gültig.
Morgen Donnerstag:
Der Troubadour.

Rixdorfer Theater
Bergstr. 147. Bürgersäle. Bergstr. 147.
Mittwoch, den 10. Oktober:
Romeo und Julia.
Trauerspiel in 5 Akten von William Shakespeare.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.

Zentral-Theater.
(Operette). 8 Uhr:
Tausend und eine Nacht.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Zum erstenmal:
Else vom Erlenhof.
Donnerstag: Else vom Erlenhof.
Freitag: Ein Wintermärchen.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Hänsel und Grekel. Abends: Die Hochzeit von Valeni.
Sonntag nachm.: Ein Wintermärchen.
Abends: Else vom Erlenhof.
Montag: Die Hochzeit von Valeni.

Deutsch-Amerikanisches THEATER, Köpenickerstr. 67-68.
Jeden Abend 8 Uhr:
Zum **50.** Male: „Der große Erfolg" **Im wilden Westen.**
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise: **Er und Ich.**

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr:
Triplepatte.
Schwank in 5 Akten v. Tristan Bernard und André Godfernaux.
Vicomte Robert de Houdan: Richard Alexander.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Die Höhle des Löwen.

Etablissement Neue Welt
Hasenheide 108/114.
Gastspiel des
Bernh. Rose-Theaters
Zur Aufführung gelangt:
Die Tochter des Herrn Fabricius.
Schauspiel in 3 Akten von Wildbrandt.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Billettvorverkauf von 10—1 Uhr an der Theaterkasse.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Hoffnung auf Segen.
Schiffer-Drama in 4 Bildern von Hermann Heijermans jun.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Der Herrgottswarter.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Herrgottswarter.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Frau Inger von Oestrot.
Schauspiel in 5 Aufzügen von Henrik Ibsen.
Deutsch von Wilhelm Lange.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Donna Diana.
Freitag, abends 8 Uhr:
Donna Diana.

Schwarzer Adler
Friedrichsberg. Fernsprecher Nr. 8.
Frankfurter Chaussee 5.
Jeden Sonntag im Königssaale:
Großer Ball
unter Leitung des Herrn O. Bürger.
Jeden Mittwoch:
Willy Walde-Sänger.
Gebr. Arnhold.
24762*

Metropol-Theater
Täglich:
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 9 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Dirigent M. Roth.
In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.
H. Bender. J. Giampietro.
J. Josephi. Fritzi Massary.
Phila Wolff a. D. usw.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen in allen Räumen gest.

Apollo-Theater.
Liane d'Eve, die Original-Matschiche-Tänzerin.
Die Seldoms plastische Darstellungen 1 Dame, 3 Herren.
Der Affe als Jockei. Dressur-Akt.
10 Uhr: **Berlin im Omnibus**
mit dem Omnibus-Trick.
Sonntag, den 14. Oktober, nachm. 3½ Uhr: Familienvorstellung. Halbe Preise.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Der Hausfreund.
Anfang 8 Uhr.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Heute im Theater 8 Uhr:
Der jüngste Ausbruch des Vesuvs.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. W. Scheffer
Photograph. Kursus.

Zoologischer Garten
Täglich ab nachmittags 4 Uhr:
Großes
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., v. 5 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Passage-Theater.
Das Gastspiel
Josefine Dora
in der Komödie
„Rieke"
mit dem Schlager
„Emil du bist eene Pflanze"
ist wegen d. außerord. Erfolges und der tägl. ausverk. Häuser für Oktober prolongiert.
Außerdem 14 neue Nummern.

Kasino-Theater
Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr
Alexander der Große
von Emil Thomas und Adolf Selig.
Neu! Fehér-Duett in ihrem Repertoir.
Klara Antonie × Fred u. Carman.
Sonntag 4 Uhr: Madame Bonivard.

Zirkus Alb. Schumann.
Heute abend präzise 7½ Uhr:
Grande Soirée équestre.
Elite-Programm und
Berlins gegenwärtig größte Sensation
Mr. **George Lettl,** der Mann mit den **30 Pferdekräften.**
Phänomenale Bravourleistung.
Ferner:
Aufhalten eines in voller Fahrt befindlichen Automobils.
Löwen-Baron, der Urkomische.
Mr. **Henricksens**
größte Tiger-Gruppe.
Auf der Pußta,
vorgef. v. Dir. **Alb. Schumann,**
Les Rixfords
Die fliegenden Menschen.
Mons. **Gulchenet,** Oberbereiter Seiner Majestät des Zaren.

Zirkus Busch.
Abends 7½ Uhr:
Mons. Romeo!
Ueberfahren eines lebenden Menschen
mit einem 70 PS. Fiat-Automobil (Gew. 30 Zentner u. 4 Insassen.)
Die größte Tiger- und Löwengruppe
Fräulein Martha Mohnke, Schulreiterin. Herrn E. Schumann mit seinem Sportakt sowie seinen 16 Fuchshengsten.
Aus der Pußta.
Original-Pantomime des Zirkus Busch.

Bernhard Rose-Theater
früher **Carl Weiß-Theater.**
Große Frankfurterstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Die Bluthochzeit.
Donnerstag: Der Millionenbauer.
Freitag: Die Bluthochzeit.
Sonnabend 4 Uhr: Dornröschen.
Abends 8 Uhr zum erstenmal:
Berliner Kinder.

Volks-Theater des Westens.
Spichernstr. 3, am Nürnbergerplatz.
In Zivil. Schwank in 1 Akt.
Hierauf:
Pension Schöller.
Schwank in drei Akten.
Anfang 6 Uhr.

Allen Zigaretten-Rauchern
zur gefälligen Beachtung!
Wollen Sie sicher sein, trotz der Steuer das bisherige, bewährte Fabrikat zu erhalten, so rauchen Sie
Bolero-Zigaretten per Stück **2** Pf.
Zenith-Zigaretten per Stück **3½** Pf.
Wir **garantieren** Ihnen: Unveränderte Qualität, unveränderte Formate — feinste Handarbeit!
Gleichzeitig empfehlen wir unsere
neue 3 Pf. Askari-Zigarette
in vorzüglicher, milder Qualität, ebenfalls nur Handarbeit!
2325L* **Gebr. Selowsky-Dresden.**

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Um Nancy
oder: Was Gott zusammenfügt, soll der Mensch nicht scheiden.
Historisches Schauspiel in 5 Akten.
Anf. 8 Uhr. Entree 30 bis 75 Pf.
Donnerstag: Die schöne Ungarin.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Stets erstklassige Riesenspielfolge.
Nach der Vorstellung: Gr. Tanz.
Tanzleitung: B. Sachse.
Anf. Sonntag 5, Donnerstag 8 Uhr.

Folies Caprice
Lisienstr. 132, Ecke d. Friedrichstraße.
Direktion Felix Berg.
Sereniasimus August XXVI.
Das Modell und **Das Provinzmädel.**
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf bei A. Wertheim und an der Theaterkasse 10—2 Uhr

Colosseum
Dresdenerstr. 97.
Das brillante
Oktober-Programm.
Spezialitäten und
Volks-Kabarett

Berliner Ulk-Trio.
Felix Scheuer Straßmannstr. 1.

Wintergarten

Das neue Oktober-Programm!

Ein glänzender Erfolg!

Bros. Permane, Exzentriks.
Charlene und Charlene, musik. Akt.
Robert Steidl, Humorist.
Launceston Elliot, Kraftproduktion.
Das Erntefest, englisches Ballett.
Les Mas-Andrés, Pariser Duettisten.
De Vry's lebende Marmor-Kolossal-Gruppen.
Maria Vinent, portugies. Sängerin.
Bros. Spissel und Mack, amerikanische Exzentriks.
Jackson-Truppe, Radfahrer.
Kitty Traney, Jongleuse.
Der Biograph.

Walhalla-Varieté-Theater

Weinbergsweg 19/20.
Am Rosenthaler Tor.
Täglich abends 8 Uhr:
Die lustigen Spezialitäten.
Emmi Kröchert, der weibl. Kom. | **Willy Prager,** neue akt. Coupl.
Chevalier Thorn.
Neue verblüffende Illusionen.
— Rauchen überall gestattet. —

Palast-Theater.

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Blanche Dorée,
Porzellan-Imitationen.
Chatérine Hegino,
als: I. Sklavin. II. Salome.
Ilket and Miß Jenny,
Sensations-Akt
und 9 Attraktionen ersten Ranges.
Dazu: **Die Loreley,** Posse.
Familienkarten, zum halben Kassenpreise gültig, in allen Barbier-, Friseur- u. Zigarrengeschäften gratis.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger

Anfang Wochentags 8, Sonntags 7 Uhr.

Sanssouci. Kottbuser Straße 4a.

Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntg., Montg. Donnerst.
Hoffmanns Nordd. Sänger
Neu! **Im Manöver.** Neu!
Sonntags Beginn 5 Uhr, Wochentags 8 Uhr.
F. Dienstag: **Theaterabend.**
In Vorbereitung: **Adele.** (Nach d. gleichn. Rom. d. „Berl. Lokal-Anz.")

Welt-Ausstellungs-Biograph- (St. Louis)

Theater lebender Photographien mit abwechselndem **Abnormitäten-Progr.**
Verbindung mit größter Films-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
◆ Den ganzen Tag Vorstellung. ◆
Otto Pritzkow. Münzstr. 16.

Gustav Behrens Theater,
Berlin O., Frankfurter Allee 85.
Kolossaler Erfolg
des sensationellen neuen
Oktober-Programms.
22 Nummern.
Anfang 7½ Uhr. Sonntags 5½ Uhr.

Das Problem der Fortpflanzung gelöst!

Soeben erschien:
Das Wesen der Fortpflanzung
Von
Dr. Emil Koenig.
Preis brosch. 1,50 M.
Zu beziehen durch jede Buchhandlung und direkt vom Verlag Seitz u. Schauer, München. 1844b*

!! Von 36 Mk. an !!

Ohne Konkurrenz. Gelegenheitskäufe, spottbillig, von besten **Tuch-Fabrik-Resten** **Herren-Anzug oder Paletot** nach Maß, neueste Muster, reinw. Stoffe, feinste Zut., 2 Anpr., für tadell. Sitz goldene Medaille. **Ludwig Engel,** Prenzlauerstr. 23 II, Alexanderplatz. 75/3*

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Donnerstag, den 11. Okt., abends 8½ Uhr, bei **Habel,** Bergmannstr. 5/7:

Vertrauensmänner-Versammlung

sämtlicher auf inneren **Ausbau und Möbel nach Zeichnung** arbeitenden Werkstätten Berlins.

Tagesordnung:
1. Bericht der Vertrauensleute über Lohn- und Arbeitsverhältnisse.
2. Unsere Stellung zum Vertrage.
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

94/9 J. A.: **Die Südwest-Kommission.**

Donnerstag, den 11. Oktober, abends 8½ Uhr, im „Rosenthaler Hof", Rosenthalerstraße 11–12:

Außerordentliche Branchen-Versammlung der Stellmacher.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. **Max Schütte** über: „Urgeschichte des Menschen." 2. Diskussion. 3. Können und wollen wir in Berlin eine eigene Fachzeichenschule errichten? 4. Branchenangelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Die äußerst reichhaltige Tagesordnung macht das Erscheinen jedes Kollegen zur unbedingten Notwendigkeit. **Die Kommission.**

Perlmutter-, Horn- und Steinnuß-Arbeiter.

Donnerstag, 11. Oktober, abends 6½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 3:

Vertrauensmänner-Sitzung
mit
Werkstatt-Kommissionen.

Abends 8 Uhr, ebenda, Saal 7:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Unsere Forderungen an die Arbeitgeber. 2. Bericht der Kommission. 3. Verschiedenes.

Alle Kollegen müssen erscheinen.
Die Kommission.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Zimmer 34, Amt 4, 3353. | **Verwaltungsstelle Berlin** Engel-Ufer 15. | **Hauptbureau:** Zimmer 1–5, Amt 4, 9679.

Donnerstag, den 11. Oktober, abends 8½ Uhr:

Bezirks-Versammlung für Moabit und Umgegend

in Peters Gesellschaftshaus, Wiclefstr. 24.

Tages-Ordnung:
1. **Industriekonzentration und Gewerkschaftszersplitterung.** Referent: Kollege **Cohen.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 154/6

Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend erforderlich.

Donnerstag, den 11. Oktober, abends 8 Uhr:

Bezirks-Versammlung für Köpenick und Friedrichshagen

im Lokal von Fritz Schüler, Köpenick, Hohenzollernplatz 6.

Tages-Ordnung:
1. Wahl des Schriftführers. 2. **Vortrag** des Kollegen **Karl Schmidt** über: **„Krankenversicherung".** 3. Verbandsangelegenheiten.

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Zentralverein d. Bildhauer Deutschlands.

Donnerstag, den 11. Oktober, abends 8½ Uhr:

Versammlung

im **Gewerkschaftshause,** Saal I.

Tages-Ordnung: 21/6
1. Geschäftliches (darunter Wahl eines Schriftführers).
2. Bericht der Delegierten von der Generalversammlung in Frankfurt a. M.
3. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Oktobertagung 1906 der Versuchs- und Lehranstalt für Brauerei in Berlin.

vom 6.–14. Oktober
in Berlin N., Seestraße (Institut für Gärungsgewerbe).
Brauerei-Maschinen-Ausstellung. Gersten- u. Hopfen-Ausstellung nebst Abteilung für Brauweizen.
Pferde-Ausstellung.
Eröffnung: Sonnabend, den 6. Oktober, mittags 1 Uhr.
Täglich geöffnet von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags.
Vorführung der Pferde im Ring: täglich 1 Uhr.
Die **Pferde-Ausstellung** schließt am 10. Oktober.
Eintrittskarten: Dauerkarten 10 M., Tageskarten 2 M., Sonntagskarten 50 Pf.
Volkstümliche Vorträge: nachmittags 2 Uhr.
Näheres an den Säulenanschlägen.

Heute Mittwoch, 8½ Uhr, Königsbank, Gr. Frankfurterstr. 117:
Vortrag des Herrn
Reinh. Gerling:

Liebe und Ehe

der Vergangenheit und Gegenwart.
Damen und Herren, jung und alt, herzlich willkommen. Eintritt 20 Pf. 1941b **Berliner Naturheilverein II.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Schöneberg.

Donnerstag, den 11. Oktober, abends 8¼ Uhr, bei Obst, Meiningerstr. 8:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht. 2. Bericht über die Tätigkeit des Gewerbegerichts. 3. Diskussion. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Es ist Pflicht jedes Kollegen, zu erscheinen!

94/11 **Die Verwaltung.**

Blitz Blitz Blitz

Total-Ausverkauf.

Wegen **Aufgabe** des **Ladens** verkaufen wir zu jedem annehmbaren Preise das von der

Firma S. Böhm
43 Kommandantenstr. 43

gekaufte Lager.

Unsere Riesen-
Läger wollen wir um jeden Preis räumen; die
Erfolge und
unsere **enormen Massen-Einkäufe** gestatten uns zum **Glück** der **Kundschaft** zu
spottbilligen Preisen
zu verkaufen. Wir geben einen **Extra-Rabatt** von **10–50 %** auf unsere Verkaufspreise und
bringen die
allerneuesten **Muster** und **Fassons** der **Gegenwart** und bitten die geehrte Kundschaft, bevor sie bei der
Konkurrenz
ihren Bedarf deckt, in ihrem Interesse erst unsere Fenster zu besichtigen, denn
zur Verzweiflung
kann ein mancher kommen, wenn er nach seinem Einkauf sieht, wie unglaublich billig wir verkaufen.
Zum wirtschaftlichen
Bedarf empfehlen wir **Schlafröcke, Hausjoppen** teilweise bei **60 %** **Rabatt,** denn zum
Wohle der
Gesundheit ist es **erforderlich,** daß man sich zur Winter-Saison **warme Kleidung** beschafft. Der
Bevölkerung Berlins
bieten wir deshalb mit unserem **Ausverkauf** eine seltene **Gelegenheit** zum Einkauf von **erstklassigen Anzügen, Paletots** usw. **zu selten billigen Preisen,** es
ist unser
Prinzip, jeden unserer Kunden vollauf zu befriedigen, denn das
Konfektionshaus Blitz
hat durch seinen **enormen Bedarf** selbst für die allergrößten **Warenposten Verwendung,** es ist dadurch
eine Notwendigkeit
für jeden Kunden, unsere Geschäfte und Läger **zu besichtigen.**

Total-Ausverkauf nur
43 Kommandantenstr. 43

Blitz
80 Chausseestr. 80

Blitz
137 Gr. Frankfurterstr. 137

Blitz
9 Rosenthalerstr. 9

Blitz Blitz Blitz

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Schöneberg.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

August Berndt

am 6. Oktober verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet **heute,** Mittwoch, den 10. Oktober, nachmittags 4½ Uhr, auf dem städtischen Friedhofe Marzstraße statt.

Um rege Beteiligung ersucht
94/10 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere beste, fürsorgliche Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Frau Lisette Klein

geb. **Krüger**

im 56. Lebensjahre nach kurzen, schweren Leiden am 7. d. Mts. sanft verschieden ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Friedhofes zu **Adlershof** statt.

Um stille Teilnahme bitten
Adlershof, 9. Oktober 1906.
Die trauernden Hinterbliebenen
Julius Klein nebst Kindern.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben unvergeßlichen Mannes und unseres Vaters des Restaurateurs 1953b

Ernst Schwarz

sagen wir allen, insbesondere dem Gesangverein „Rote Nelke I" sowie den Mitgliedern des Wahlvereins und den Arbeitern der Fabrik Ernst Oeser u. Comp., unseren herzlichsten Dank.
Witwe Schwarz nebst Kindern.

Orts-Krankenkasse Weißensee.

Durch die am 1. Oktober 1906 abgelaufene Wahlzeit ist eine Neuwahl sämtlicher Vertreter erforderlich.

Es sind zu wählen:
129 Arbeitnehmer-Vertreter,
61 Arbeitgeber-Vertreter.

Die Wahlen finden im Restaurant „Enders Festsäle" in Weißensee, König-Chaussee 5/6, statt und zwar wählen die

Arbeitnehmer
am Mittwoch, den 17. Oktober 1906, abends von 7 bis 9 Uhr, die
Arbeitgeber
am Freitag, den 19. Oktober 1906, abends von 7 bis 8 Uhr.

Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassenmitglieder und Arbeitgeber, welche großjährig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Die Arbeitnehmer haben das Quittungsbuch bei der Wahl vorzulegen. Die Arbeitgeber wollen zwecks Legitimation sich ebenfalls mit einem Ausweis versehen.

Weißensee, den 8. Oktober 1906.
Die Ortskrankenkasse.
Dr. Albert, 276/12
kommissarischer Verwalter.

Bekanntmachung.

Vierte Abänderung zum Statut der Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Artikel I.
§ 13.
Absatz I Ziffer 3 Zeile 1: Die Worte „vom **dritten** Tage" werden gestrichen und dafür gesetzt: **„vom zweiten** Tage".
§ 53.
Absatz II. Die Worte „sowie die Höhe der von ihnen zu bestellenden Kaution" werden gestrichen.
Artikel II.
Diese Abänderung tritt mit dem Tage der statutenmäßigen Bekanntmachung in Kraft.

Berlin, den 16. März 1906.
Der Vorstand der Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter und verwandten Gewerbe zu Berlin.
H. Blank. K. Köster.

Genehmigt durch Beschluß vom 11. September 1906.
Der Bezirksausschuß zu Berlin.
Abteilung II.
(L. S.) Kayser.
II. C. 88. 06. 1954b

I.
Diejenigen Mitglieder, welche auf Grund des § 2 des Statuts in versicherungspflichtiger Beschäftigung stehen, erhalten diese Abänderung bei der nächsten Lohnzahlung durch ihren Arbeitgeber, die Beitrittsberechtigten (§ 5 bezw. § 8 Absatz 1 Ziffer 3 des Statuts) im Kassenlokal ausgehändigt.

Berlin, den 10. Oktober 1906.
Der Vorstand. H. Blank.

Ich habe mein Bureau nach
Kaiser Wilhelmstr. 46
verlegt und mit dem der Rechtsanwälte **Theodor Liebknecht** und **Dr. Karl Liebknecht** vereinigt.
Dr. Oskar Cohn
Rechtsanwalt. 160/1

„Armin-Hallen"
Kommandantenstr. 20,
Amt I, 8985 **Gr. u. kl. Festsäle** Amt I 8985,
dieses und nächstes Jahr an Sonnabenden und Sonntagen noch frei.

Verlangen Sie Tellus-Zigaretten

371L*

garantiert Handarbeit

Mit peinlichster Sorgfalt von bestbezahlten Zigaretten-Arbeitern hergestellt.

M. Butze, Orientalische Zigaretten-Fabrik „Tellus", Berlin N. 54.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Aus der Frauenbewegung.

Vom Kampf um das Frauenwahlrecht.

Die schottischen Liberalen erklärten sich (wie die Londoner „Tribune" berichtet) auf ihrem Parteitage, an dem über 200 Delegierte teilnahmen, einstimmig für die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen. Die Liberalen sind damit einverstanden, daß die Frauen sich an den Parlamentswahlen beteiligen und daß sie zu Mitgliedern in lokalen Körperschaften gewählt werden können. Warum nicht auch ins Parlament? —

* * *

Die englischen Frauen verlangen, daß sie zu den Stadt- und Gemeinderäten als Mitglieder zugelassen werden. Sie klopfen überall an und begehren Einlaß, wenn sie auch oftmals zurückgewiesen werden und viel Hohn und Spott erdulden müssen. Im Westminster City Rat machte letzten Donnerstag ein Mitglied den Vorschlag, dahin zu wirken, daß die Londoner Regierungsakte so amendiert werde, daß auch Frauen zu Gemeinderäten gewählt werden könnten. Nur sechs der Räte unterstützten den Vorschlag, der 2½ Stunden lang diskutiert wurde. Bezugnehmend auf die lange Diskussion, meinte ein Gegner: „Wir haben jetzt schon genug alte Weiber unter uns sitzen. Die Götter mögen wissen, was daraus werden soll, wenn drei oder vier vom weiblichen Geschlecht noch dazu kommen." Mit solchen Witzen wird gewöhnlich ein vernünftiger Vorschlag erfolgreich abgetan, aber nur für den Augenblick, denn die Frauen kommen wieder. —

* * *

Wie die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer in Schweden seit etwa 20 Jahren von den verschiedenen Regierungen immer wieder von neuem erwogen wird, so geschieht es neuerdings auch mit dem Frauenwahlrecht, und, sobald eine neue Regierung sich mit der Wahlrechtsfrage befaßt, treten denn auch die Frauen hervor, um zu erfahren, was sie von den Erwägungen der Ministerexzellenzen zu erwarten haben.

Am Sonnabend war eine Deputation der schwedischen Frauenwahlrechtsvereinigung beim Staatsminister Lindman. Sie erhielt die hoffnungsreiche, aber leider schon etwas veraltete Antwort, daß die Frage des politischen Wahlrechts für Frauen erwogen werde. Der kommende Vorschlag über Verhältniswahlen zu beiden Kammern des Reichstags dürfe jedoch durch diese Frage nicht verzögert werden, sagte der Staatsminister weiter. Wie weit es möglich und zweckmäßig sei, zwei so sehr umfassende Fragen im Zusammenhang zu behandeln, darüber könne er sich nicht äußern. Nach den im vorigen Jahre bei dem Wahlrechtsvorschlage Staafs unter den Konservativen plötzlich hervorgetretenen Sympathien für das Frauenwahlrecht hätte man annehmen können, daß das neue, konservative Ministerium die Frauenwahlrechtssache vielleicht zu weiterer Verzögerung der allgemeinen Wahlrechtsfrage ausnutzen werde. Die Absicht scheint nach den Aeußerungen Lindmans nicht zu bestehen. Wahrscheinlich wird der neue Wahlrechtsvorschlag genugend Sicherheit gegen die Wirkungen des allgemeinen Wahlrechts enthalten, so daß es der Frauenwahlrechtsfrage nicht bedarf, die Festlegung des allgemeinen Wahlrechts für die Männer auch ohnehin im nächsten Jahre wieder hintertrieben wird.

Zur Dienstbotenbewegung.

Genossin Braun ersucht um Aufnahme folgender Erklärung:

Genossin Baar fragt am Schlusse ihrer gestrigen Ausführungen: „Warum hat sich Genossin Braun nicht vor acht Jahren der Dienstbotenbewegung angenommen?" Ich bin gern bereit, ihr, die wohl damals noch nicht in der Parteiagitation gestanden hat, mein reichhaltiges Material aus jener Zeit — es ist übrigens 7, nicht 8 Jahre her, womit ich meine Angabe gleich berichtigen will) — zur Verfügung zu stellen, aus dem sie ersehen wird, daß ich, wie die bürgerliche Presse empört bemerkte, mit meinen sozialdemokratischen Anschauungen die Dienstbotenversammlungen „unsicher" machte Von seiten der Berliner Genossinnen war am 17. August 1899 eine besondere Dienstbotenversammlung einberufen worden, in der ich referierte und eine Resolution vorlegte, die mit der in Mannheim angenommenen fast identisch ist. Ich war später fast anderthalb Jahr von Berlin abwesend, glaube aber, daß in dieser Zeit weitere Dienstbotenversammlungen nicht abgehalten worden sind. Es fehlte jedenfalls an derjenigen Unterstützung von seiten der Partei, die in Nürnberg, nach dem Bericht der Genossin Grünberg, in so reichem Maße vorhanden war, und ohne die es unmöglich ist, eine so schwierige Organisation, wie die der Dienstmädchen, zu bewerkstelligen. Lily Braun.

* * *

Wir erhalten weiter folgende Zuschrift:

Unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes ersuche ich Sie um Aufnahme folgender Berichtigung:

„In der Nr. 230 vom 2. Oktober dieses Jahres schreiben Sie unter der Spitzmarke: „Die Bewegung unter den Dienstboten in Berlin" von dem Eintritt der Sozialdemokraten in den „Verein für die Interessen der Hausangestellten", der bis Ende Mai von mir, einer bürgerlichen Frau, geleitet wurde. Sie fahren dann fort: „Die Abschaffung der Gesindeordnung, die durch einen freien Dienst- oder Arbeitsvertrag ersetzt werden soll, wurde gefordert. Das alles gefiel den bürgerlichen Damen gar nicht mehr; an eine Abschaffung der Gesindeordnung hatten sie nie gedacht."

Diese Behauptung ist unrichtig; genau das Entgegengesetzte ist der Fall. Seit Jahren habe ich und der von mir geleitete Verein diese Forderung in Wort und Schrift vertreten; in zahlreichen Versammlungen habe ich und haben andere unter meinem Vorsitz diesen Punkt als Anfang aller Reformen auf diesem Gebiet bezeichnet. Die von mir herausgegebene Zeitschrift hat in vielen Nummern die Gesindeordnung bekämpft. Das hätte Ihnen nicht entgehen können, wenn Sie sich die Mühe genommen hätten, die Blätter, die Sie als Beweis gegen die bürgerlichen Frauen anführen, einmal anzusehen. Ich verzichte, auf weitere Unrichtigkeiten Ihres Artikels einzugehen. Regine Deutsch.

* * *

Zu der geharnischten Erklärung der Frau Regine Deutsch haben wir folgendes zu bemerken: Die Dame ist in der Notiz weder persönlich genannt noch angegriffen worden. Sie fühlt sich getroffen durch den Vorwurf, die bürgerlichen Frauen im „Verein der Hausangestellten" seien nicht für die Abschaffung der Gesindeordnung eingetreten.

Wenn es mit schönen Worten und wehmutsvollen Seufzern über „die Schlechtigkeit der Welt" getan wäre, dann dürften die gnädigen Frauen ihr Teil an der Agitation gegen die Gesindeordnung beanspruchen. Wann, wo und wie wurde ein ernstlicher Widerstand der Dienstmädchen gegen die Gesindeordnung organisiert? — Wurde je ein freier Arbeitsvertrag vorgeschlagen, ausgearbeitet und zur Beratung gestellt? — Ging eine bürgerliche Frau mit einem Musterbeispiel voran und schloß einen solchen Vertrag mit ihrem Dienstmädchen ab? Nichts von alledem; nur Worte, schöne Worte gab es und stille Seufzer der Gnädigen! — Der Stolz auf solche Tätigkeit kann nur komisch wirken. Freilich man durfte von den Herrschaften nicht erwarten, daß sie den Widerstand gegen sich selbst stärken, daß sie den Samen der Unzufriedenheit selbst in die Herzen der Dienstboten legen sollten; sie strebten nur nach der Harmonie, in der sie selbst die erste Geige spielten. In diese Harmonie brachten unsere Genossinnen einen Mißton und nun sind die Gnädigen fuchswild geworden. Sie verließen den Verein, und das ist gut so; die Dienstmädchen sind froh darüber. Und wenn Frau Deutsch zu denen gehört, die dessen sich ebenfalls freuen, dann hätte sie nicht Ursache gehabt, mit Berufung auf § 11 des Preßgesetzes ihrer Entrüstung Ausdruck zu geben.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Wilmersdorf. Donnerstag, 11. Oktober, 8½ Uhr, im „Luisenpark" Vortrag.

Köpenick. Mittwoch, 10. Oktober, Vortrag.

Gerichts-Zeitung.

Reizen Soldatenbilder zur Gewalttat auf?

Vom Landgericht Essen (R.) ist am 26. April der Händler Anton Musielak in Wanne zu einer Geldstrafe von 100 M. wegen Vergehens gegen § 130 des Strafgesetzbuchs verurteilt worden. In Katernberg fand eine Versammlung der polnischen Sokol- (Turn-) Vereine statt, auf welcher Preise verteilt wurden. Diese bestanden in Bildern, von denen das eine nach Ansicht des Gerichts den Tatbestand des § 130 erfüllt. Es ist das Bild in der Reichstagsverhandlung über den Antrag der polnischen Fraktion auf Aenderung des § 130 des Strafgesetzbuchs vorgelegt. Es zeigt einen Turner, der eine Lanze und eine brennende Fackel trägt. Das Bild in Verbindung mit einer darunter befindlichen Unterschrift, die nationalpolnischen Hoffnungen Ausdruck gibt, soll nach Ansicht des Gerichts geeignet sein, die polnische Bevölkerungsklasse zu Gewalttätigkeiten gegen die deutsche anzureizen. — Die Revision des Angeklagten wurde am Montag vom Reichsgericht verworfen.

Soll gleiches Recht gelten, so müßten nach dieser Entscheidung auch Soldatenbilder oder gar Kriegsgemälde strafbar sein. Werden die Direktoren der Nationalgalerie und der königlichen Museen und Händler von Soldatenbildern auch wegen „Anreizung zu Gewalttätigkeiten" unter Anklage gestellt werden? Oder ist ein polnischer Turner gefährlicher als ein Regiment preußischer Soldaten?

Roheiten gegen einen Chinesen.

Vom Konsulargerichte Tientsin ist am 2. Dezember v. J. der in Schwerin geborene Gastwirt Ernst Melzer zu einer Woche Gefängnis und einer Buße von 20 Dollar verurteilt worden. Der Angeklagte, welcher Inhaber der China-Denkmünze ist und in China wegen Anhaltens eines Eisenbahnzuges und Widerstandes verurteilt ist, hat seinen Boy Sun-Yu-Schan gemißhandelt. Der Boy hatte das Abendessen Melzers verzehrt und dieser hat ihm dafür im Zorn den leeren Teller an den Kopf geworfen. Der Teller zerbrach und der Boy erhielt etwa 20 Hautwunden im Gesicht. Das Urteil betont, daß der Angeklagte als gewalttätiger Mensch bekannt sei, aber es sind ihm doch mildernde Umstände bewilligt worden, da er schwer gereizt worden sei. — Die trotz der niederen Strafe vom Angeklagten eingelegte Berufung wurde am Montag vom ersten Strafsenat des Reichsgerichts verworfen.

Kaufhaus Max Mannheim

Ecke Königsberger Straße • **Frankfurter Allee 109-112** • Ecke Königsberger Straße

Um meiner geehrten Kundschaft eine Gelegenheit zu bieten, Ihren
Herbstbedarf an Kleiderstoffen
für Blusen, Kostüme, Hauskleider etc. **günstig wie nie zuvor** decken zu können, habe ich grosse Posten

ca. dreitausend Meter

verschiedener vorzüglicher Stoffe preiswert erworben und stelle dieselben zu noch **nicht da gewesenen Preisen** von heute ab zum Verkauf, so weit der Vorrat reicht:

Reinwollene Tuche	in neuen Farben	regulärer Wert 2.50 jetzt	1.35
Reinwollene Tuche	mit Mohair-Karos, in frischen Farben	regulärer Wert 2.50 jetzt	1.35
Reinwollene Elsasser Cheviot-Karos		regulärer Wert 2.60 jetzt	1.45
Reinwollene engl. Karos	110 cm breite ganz schwere; auf gestreiftem Fond für elegante Kostüme und Promenaden-Kleider	regulärer Wert 2.95 jetzt	1.75
Reinwoll. schwere **Zibeline-Karos und Streifen**	für praktische Strassen- und Hauskleider, sehr empfehlenswert	regulärer Wert 2.25 jetzt	1.35
Halbwoll. schweres **Winter-Tuch für Hauskleider**		regulärer Wert 1.75	95 Pf.
Reinseidene Louisine-Karos	mit Atlasstreifen, blau/grün	regulärer Wert 3.00 jetzt	1.95
Reinseidene Chinés	für Blusen und Kleider, hell u. dunkelgrundig	regulärer Wert 3.00 jetzt	1.95
Echte Blusen-Samte	blau/grün gestreift	regulärer Wert 1.50	95 Pf.

Ein grosser Posten reinwollener Tuch-Unterröcke
extra schwere Qualität, elegant garniert, Wert 7.50 jetzt 3.95 ‖ extra prima Qualität, sehr elegant garniert, Wert 8.50 jetzt 4.95

An den Sonntagen des Monats Oktober ist von 8–10 und 12–2 Uhr geöffnet!

Der reich illustrierte Haupt-Katalog ist erschienen und wird auf Wunsch gratis zugesandt.

Kufeke's Kindermehl

Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei und leiden nicht an Verdauungsstörung. 5601L*

Hervorragend bewährt bei Brechdurchfall, Darmkatarrh, Diarrhöe etc.

Neu erschienen

sind folgende Schriften, die wir unseren Lesern bestens empfehlen:

Jena und Tilsit.
Ein Kapitel ostelbischer Junkergeschichte von Franz Mehring.
Preis 1,00 M.

Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten
von Morris Hillquit.
Autorisierte Uebersetzung von Karl Müller-Bernberg.
Preis brosch. 2,50 M., geb. 3,00 M.

Geschichte der Kommune von 1871
von Lissagaray.
Dritte illustrierte Auflage.
Preis brosch. 2,50 M., geb. 3,00 M.

Die Lessing-Legende.
Zur Geschichte und Kritik des preußischen Despotismus und der klassischen Literatur von Franz Mehring.
Zweite unveränderte Auflage mit einem neuen Vorwort.
Preis brosch. 2,50 M., geb. 3,00 M.

Die Stadt Berlin und ihre Arbeiter.
Ein Beitrag zur Sozialpolitik der größten deutschen Gemeinde von Emil Dittmer.
Preis 1,00 M.

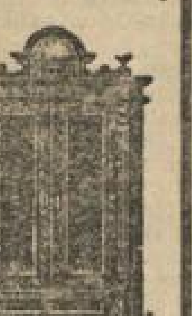
Sozialdemokratie und Anarchismus
von Wilh. Herzberg.
Preis 20 Pf.

Ziele und Wege.
Erläuterungen der sozialdemokratisch. Gegenwartsforderungen Unter Mitarbeit von Adolf Braun, Hugo Lindemann, Max Süßheim, Friedrich Stampfer, Klara Zetkin. Herausgegeben von Ad. Braun.
Preis 20 Pf.

Expedition des Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden.

R. Rosien
Schwedterstraße 26. Telephon: Amt III. 169.
Komplette Wohnungs-Einrichtungen
60 kompl. aufgestellte Zimmer in den neuen Fabrikräumen.
1 Zimmer und 1 Küche 300 Mark

Paneel-Plüschsofa mit Satteltaschen von 85 M.



Echt Nußbaum fourniert. Kleiderschrank mit Pilaster 45 M.

2497L*
Besichtigen Sie unsere erprobten bewährten
Spiritus-Glühlicht-Lampen und Brenner.
Centrale für Spiritus-Verwerthung
BERLIN NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.
Kein Kaufzwang! Preisliste kostenlos!

Husten, Heiserkeit beseitigen wunderbar leicht und schnell die berühmten **Hustentropfen** von Otto Reichel. Nur echt, wenn mit Marke „Medico" verschlossen. Flasche 50 Pf.
In allen Drogerien, u. b. Otto Reichel, Berlin SO. 43, Eisenbahnstraße 4. *

Schnell-Dampf Waschmaschine „Waschfrau" Montag Mittwoch Freitag 4 Uhr. Probewaschen A. Märker Berlin C. Spandauerstr. 49.

Rote + Lose
Ziehung 23. bis 26. Oktober
Haupt-Gewinn 100000 Mk.
Originallose à 3,50, Porto und Liste 30 Pf., versendet 168/20
Bernhard Henschke, Bank- und Lotteriegeschäft
Berlin NO. 18, Landsbergerstr. 36.

Steppdecken billigst direkt in der Fabrik *
72. Wallstr. 72,
wo auch alte Steppdecken aufgearbeitet werden. Bernhard Strohmandel, Berlin Ks. Illustr. Katalog gratis.

Große Betten M. 10,50
bestehend in Deckbett, Unterbett, 2 Kissen.
Bessere Ausführung: 12, 15, 18, 22, 24, 27 M.
Daunen-Betten 30, 33, 36, 42, 45 M.
Füllkräftige Bettfedern pro Pfund 37 Pfennig.
Mandarinen-Daunen pro Pfund 2 M. 25 Pf.
3–4 Pfd. genüg. z. groß. Deckbett.
Gänsefedern in jeder Preislage.
Kinder- und Metallbettstellen, Matratzen, Keilkissen in größter Auswahl.
Dampfbettfedern-Reinigungs-Anstalt. Abholung und Zusendung frei Haus.
Bettfedern- u. Bettenfabrik **E. Becker,** Berlin, Landsbergerstr. 41.
Tel. Amt VIIa, 7805.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für 137/13* Haut- und Harnleiden. 10–2, 5–7. Sonntags 10–12, 2–4.

Portieren
Spezialität! (ca. 200 Genre).
Einz. Garnituren spottbill.
Spezial-Katalog (ca. 600 Illustr.) gratis u. franko.
Teppich-Spezialhaus Emil Lefèvre
Oranienstr. 158 Berlin S.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattrotem Inlett, 10,50, Pfandleihe Andreasstraße achtunddreißig. 17748*

Rotrosa-gestreiftes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 18,00, Andreasstraße achtunddreißig. Pfandleihe. *

Bauerndeckbett, Unterbett, zwei Kissen, 27,00, Große Laken 1,00. Leihhaus Andreasstraße achtunddreißig. Elektrische nach überall. *

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1†

Bettenlagerei. Gardinenverkauf, Steppdecken, spottbillig Pfandleihhaus Weidenweg neunzehn. †41*

Bauernbetten, Garderobenlagen, Aussteuerwäsche, spottbillig Weidenweg neunzehn. †41*

Brautbetten, Bettinlette, Gardinenverkauf, Tischdecken, Teppichlager, staunenerregend, Weidenweg neunzehn. †41*

Bettenverkauf, Wanduhren, Taschenuhren, Uhrketten, Festgeschenke, Pfandleihhaus Weidenweg neunzehn. †42*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 288/14*

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 18425

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36 b. 18149*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00. Holz, Blumenstraße 36 b. *

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Dame verkauft Muschelkleiderspind 28 Mark, moderne Küchenmöbel, Ausziehtisch 16, Bettstellen mit Federmatratzen und Keilkissen 29, Ruhebett 25, Waschtoilette, Nachttisch, Sofatisch 15, Kommode, Muschelspiegel 12, Paneelsofa 75, Taschensofa 50, Rohrlehnstühle, Stand Betten 20, Bilder, Gardinen, Teppich 8, Steppdecken 7. Dresdenerstraße 38, vorn II links. *

Fahrräder, Zubehör, Reparaturen. Rosenthalerstraße 16/17. 18156*

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teschings, Uhren, Goldsachen, Kessel, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131.

Reisegläser, Operngläser, Reißzeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern, Bilder, Teppiche, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 19256*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Nähmaschinen! Zahle bis 15,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte. Brauser, Tilsiterstraße 90. †48*

Herrenjackett-Anzüge, Paletots, vorjährige, nach Maß bestellt, nicht abgeholt, verkaufe Hälfte Kostenpreis. Prenzlauerstraße 23 II. 75/6*

Möbelfabrik Oranienstraße 172/173, am Oranienplatz, liefert geschmackvolle Einrichtungen von 285,00 bis 428,00, elegante 650,00 bis 5000,00. Englisches Schlafzimmer 290,00, Taschensofa 65,00, Kleiderschrank, Vertiko 45,00, geschnitztes Büfett. Muschelbettstelle mit Matratze 45,00, Schreibtisch 52,00, Spiegel 15,00, Spiegelspind 25,00, Plüschgarnitur 100,00, verliehene und zurückgesetzte Möbel spottbillig. Küchenmöbel. Auch Teilzahlung. 17828*

Teppiche, Rückseite angeschmutzt, unter Fabrikpreis. Stoehr, Münzstraße 17.

Möbel, billig. In meiner seit 1880 bestehenden Möbelfabrik Gneisenaustraße 15, am Halleschen Tor, stehen viele Wohnungseinrichtungen, verliehen gewesene und neue Ausstattungen zu sehr billigem Verkauf. Teilzahlung bei geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Ich liefere gediegene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante 500 bis 10 000 Mark. Besonders empfehlenswert ist der große Vorrat verliehen gewesener Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderspind 20, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Sprungfedermatratze 23, Muschelspinde, Vertiko 34, Ruhebett 18, Säulentrumeau 30, Taschendiwan 43, Paneelsofa mit Satteltaschen 78, englische Plüschgarnitur 96, Muschelbettstelle mit Matratze 36, Schreibtisch 25, geschnitztes Büfett 115, englische Schlafzimmer, Speisezimmer, besonders preiswerte Salons. Gekaufte Möbel werden kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Gespanne geliefert. Musterbuch gratis. Sonntags von 8–10 und 12–2 Uhr geöffnet.

Kleiderspind 20 Mark, Kommode 21, Vertiko 29, furniertes Kleiderspindvertiko, modern 40, Säulenschränke 54, Garderobenschränke 38, Waschtoiletten 21, Ruhebett 27, Schlafsofa 38. Muschelbettstelle, englische Schlafzimmer, Küchenmöbel. Auch Teilzahlung. Transport frei. Wallstraße 81. 168/15*

Monatsanzüge und Winterpaletots von 5,00, Joppen von 4,50, Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Naß, Mulackstraße 14. 19525*

Kranstraße 50. Brautleute kaufen Möbel, Spiegel, Polsterwaren spottbillig. Saalfelds Möbelspeicher. Kein Laden. 19495*

Nähmaschinen, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Wienerstraße 1–6, Warschauerstraße 67, Ackerstraße 111.

Nähmaschinen, 10,00, 15,00, 20,00, 25,00, Garantie. Unglaube, Brunnenstraße 90. †102*

Grünkramgeschäft, gutgehend, verbunden mit Materialwaren, Obst, Holz und Kohlen, sofort verkäuflich Manteuffelstraße 14. Tägliche Einnahme 30–40,00. 19265

Ein Zigarrengeschäft billig zu verkaufen Liegnitzerstraße 14. 19155*

Schankwirtschaft. Miete 1100 Mark, Umsatz 27 Halbe, wegen anderweitiger Geschäftsübernahme sofort verkäuflich. Auskunft Eberstraße 15 bei Rennthaler, Laden. †134

Restaurant zu verkaufen Seelowerstraße 25, Todesfall. †67*

Verschiedenes.

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 9275*

Rixdorf. Bruses Festsäle, Knesebeckstraße 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Parkettsaal (600 Personen). Sonntags Ball. †119*

Kunststopferei von Frau Kolosky, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Platina, alte Goldsachen, Silber, Bruchgold, Tressen, alte Uhren, Kehrgold, Brillanten sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle kauft Gold- und Silberschmelze Broh, Wrangelstraße 4. Telephon IV, 6958. 167/3*

Aufpolsterung. Matratze 5,00, Sofa 6,00. Roller, Neue Königstraße 2. 168/9*

Altes Kleiderspind, Wäschespind, Kommode, Schreibtisch kauft Verwalter, Palisadenstraße 95. 168/10*

Vereine! Saal, Vereinszimmer Sonnabende frei. (Weißbier!) Klubhaus, Annenstraße 16. 246/18*

Tanzunterricht! Grupe, Annenstraße 16, zweimonatliche Anfängersonntagskurse, Herren 4,00, Damen 3,00. monatlich. Speziell Walzerunterricht. 246/17*

Bücher kauft, beleiht Antiquariat Kochstraße 56, I. 18722

Vereinszimmer 20–100 frei. Engel, Seydelstraße 30. 11995*

Gänseausspielen jeden Montag abend. Robert Kühn, Neue Friedrichstraße 96. 18285*

Pfandleihe, Prinzenstraße 63, täglich 8–8, Sonntags bis 2. [19088*

Teilzahlung. Anfertigung eleganter Herrengarderobe. Marcus, Poststraße 14. 168/16

Volkshumorist Schmelzer. Auch Gesellschaft. Stettinerstraße 57. †102

Erkläre die Aeußerung gegen Herrn Fournier, Wrangelstraße 89, für unwahr. Karl Boost, Cuvrystraße 15. †133

Achtung! Putzer! Die schwere Beleidigung gegen den Kollegen Thiemke nehme ich hiermit zurück und erkläre denselben als Ehrenmann. Bodenbach, Borsigstraße 20. †93

Vermietungen.

Zimmer.

Möbliert. 2 Herren, November, Witwe Heintz, Waldemarstraße 21, vorn I. 19485

Möblierte zweifenstrige Stube zum 15. Oktober oder 1. November vorn III, Dieffenbachstraße 66, Frau Abend. †112

Schlafstellen.

Schlafstelle, Herrn oder anständige Dame, vermietbar Rixdorf, Schönstedtstraße 14, Deuter. †121

Mietsgesuche.

Möblierte Zimmer in der Nähe des Gewerkschaftshauses für die Zeit vom 14. Oktober bis 13. November gesucht. Angebote mit genauer Preisangabe an Sassenbach, Engel-Ufer 15. 209/17

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläser, Mulackstraße 27. 14685

Stellenangebote.

Kunstschmiede und Schlosser auf Baubeschlag verlangt Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. 18805

Wiederverkäufer für Neuheit gesucht. Hoher Nebenverdienst. H. Voll, Zwickau, Nordstraße. *

Ein kräftiger Lehrling wird gesucht Maschinenbauanstalt F. Wild, Berlin, Krögel am Molkenmarkt. 19295

Rohrdeckenarbeiter suchen Schmidt u. Braun, Lüneburgerstraße 9.

Versilberer, Versilberinnen. Rixdorf, Steinmetzstraße 23. †120

Korbmacher sofort gesucht. Pech u. Daue, W. 62, Kleiststraße 6.

Verleger, selbständige, für fugenlose Steinholzfußböden sofort gesucht. Deutsche Steinholzwerke, Kantstraße 30a. 19288

Balgenmacher verlangt Harmonikafabrik von Kalbe, Gipsstraße 13. *

Fahrstuhlmonteur, nur mit mehrjähriger Erfahrung sofort verlangt. Meldungen bei Kurka, Rosenthalerstraße 46, zwischen 2–4 oder schriftlich. 19605

Tüchtige Lithographie-Steinschleifer verlangt R. Barnick, Hollmannstraße 18. 19435

Marmor-Steinmetzen und Schleifer auf Bau- und Möbelarbeit verlangt H. Knorr, Falkenbergerstraße 7.

Tüchtige Farbigmacherin verlangt Goldleistenfabrik, Reichenbergerstraße 88. †2

Zeitungsfrau für Tiergartenstraße, Lohn 40 Mark, verlangt Walter, Kronenstraße 65. 19445

Lehrmädchen mit guter Schulbildung bei monatlicher Vergütigung zum baldigen Antritt gesucht. Meldungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes mittags 1–2 oder abends 8–9 Uhr. A. Jandorf u. Co., Belleallancestraße 1/2. [1927K*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Elektromonteure, selbständig, sucht sofort **Heike,** Neue Friedrichstraße 37. Meldungen morgens zwischen 7 und 8 Uhr. [26142

20 gute Zementierer werden sofort eingestellt. *
NW., Quitzowstraße 51.

Mehrere selbständige **Elektromonteure** bei dauernder Beschäftigung und hohem Lohn sofort gesucht.
E. Schiller, Braunschweig.

Stuhlpolierer finden gegen hohen Akkord dauernde Beschäftigung. Nach dreimonatlicher Beschäftigung wird Reisevergütung sowie Verheirateten Zuschuß zum Umzuge gewährt. 212/4
Banneitz & Co., Stuhlfabrik, Springe a. Deister.

Packerinnen zum Einpacken und Kontrollieren von Waren an unseren Kassen sofort gesucht. Meldungen mittags 1–2 oder abends 8–9 Uhr. **A. Jandorf u. Co.,** Belle-Alliancestraße 1/2. 26082*

Achtung! Achtung!
Klavierarbeiter!
In der Pianofabrik von **Bell & Co., Andreasstr. 32,** haben sämtliche Kollegen wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. 141/16*
Zuzug ist fernzuhalten.
Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter.

Achtung!
Rahmenmacher, Tischler, Polierer, Vergolder, Buchbinder u. Hülfsarbeiter.
Die Arbeiter der Photographierahmenfabrik **Pfriemer,** Alexandrinenstraße, befinden sich im Streik. Zuzug ist fernzuhalten. 92/17*
Die Ortsverwaltungen.

Achtung! Kürschner!
Der Verein selbständiger Kürschner (Pelzbranche) hat über die Firma **Joka u. Co.** die **Sperre** verhängt. Wir ersuchen die selbständigen Kürschner, sich streng an den Beschluß zu halten.
103/2* **Der Vorstand.**
Die Zahlstelle Berlin des Deutschen Kürschnerverbandes ersucht die Mitglieder, diese Werkstelle streng zu meiden, da selbige ebenfalls die Sperre verhängt hat über die Firma.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!
Textilarbeiter!
Die Arbeiter und Arbeiterinnen der **Teppich-Fabrik M. Protzen u. Sohn** in Stralau bei Berlin befinden sich im Ausstand. Zuzug ist streng fernzuhalten. 197/10
Filiale Stralau-Rummelsburg.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen".

Osten:
Mann, Petersburgerplatz 4.
Wengels, Rüdersdorferstr. 3.
Gustav Vogel, Koppenstr. 83.

Nordosten:
L. Zucht, Weibelstr. 42.
J. Neul, Barnimstr. 42.

Norden:
H. Naschke, Ackerstr. 36.
F. Trapp, Rügenerstr. 24.
Karl Mars, Lychenerstr. 123.
Karl Wethe, Wiesenstr. 41/42.
L. Dechand, Ruheplatzstr. 24.
H. Vogel, Lortzingstr. 37.
R. Tiey, Invalidenstr. 124.

Nordwesten:
Karl Anders, Salzwedelerstr. 8.
W. Schroffe, Gotzkowskystr. 29.

Südwesten:
H. Werner, Mittenwalderstr. 30.
H. Schröder, Kreuzbergstr. 15.

Süden:
St. Fritz, Prinzenstr. 31.
F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8.

Südosten:
Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15.
P. Horsch, Engel-Ufer 15.

Charlottenburg:
G. Scharnberg, Sesenheimerstr. 1.

Friedrichsberg:
O. Seifel, Kronprinzenstr. 50.

Rixdorf:
M. Heinrich, Neckarstr. 7.
Conrad, Hermannstr. 50.

Schöneberg:
Wilh. Bäumler, Martin Lutherstr. 51.

Weißensee:
W. Meske, Sedanstr. 105.
Jul. Schillert, König-Chaussee 39a.

Reinickendorf:
P. Gurisch, Provinzstr. 108.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.